BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Stadtbürgerschaft 15. Wahlperiode

Plenarprotokoll 32. Sitzung 24.01.02

32. Sitzung am Donnerstag, dem 24. Januar 2002

Inhalt

Kle Ein	ngänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung
Fra	agestunde
1.	Situation und Zukunft der ULE - Umweltlernwerkstatt Anfrage der Abgeordneten Frau Sauer, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 6. Dezember 2001
2.	Sachstand Nutzung Polizeihaus Am Wall Anfrage der Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Januar 2002
3.	Ankermieter im Space-Park Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Januar 2002
5.	Prävention von Schulvermeidung Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Mützelburg, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. Januar 2002
7.	Faulenstraße 69 Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Januar 2002
8.	Lärmminderungsplanung beschleunigen Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Januar 2002
9.	Teilnahme Bremer Schulen am bundesweiten Vorlesewettbewerb Anfrage der Abgeordneten Mützelburg, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Januar 2002

10. Gerüst am Rathaus Anfrage der Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Januar 2002	1425
Aktuelle Stunde	
Neue Ungereimtheiten über die Konditionen des Einstiegs der Firmengruppe KPS Programme Schulenberg GmbH und Co. beim Musical "Hair" in Bremen	
Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen) Abg. Focke (CDU) Abg. Frau Lemke-Schulte (SPD) Senator Hattig Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen) Abg. Frau Lemke-Schulte (SPD) Abg. Eckhoff (CDU)	1429 1431 1432 1434 1435
Förderung und Integration von Kindern mit Behinderungen in der Schule Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Oktober 2001 (Drucksache 15/375 S)	
Dazu	
Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2001 (Drucksache 15/501 S)	
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen) Abg. Frau Jansen (SPD) Abg. Frau Jamnig-Stellmach (CDU) Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen) Senator Lemke	1440 1442 1444
Einführung von Ganztagsangeboten in Bremer Sek-I-Schulzentren Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 6. Dezember 2001 (Drucksache 15/507 S)	
Abg. Frau Hövelmann (SPD) Abg. Rohmeyer (CDU) Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen) Senator Lemke Abstimmung	1449 1451 1453

Ortsgesetz zur Umstellung der Beitragsordnung für die Kindergärten und Horte der Stadtgemeinde Bremen auf Euro Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2001	
(Drucksache 15/514 S)	1454
Vorhaben- und Erschließungsplan 17 (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für den Bau der "Botanika im Park" im Rhododendronpark in Bremen-Horn-Lehe Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2001 (Drucksache 15/518 S)	
Sicherung der Arbeitsplätze im Instandhaltungswerk Sebaldsbrück der Deutschen Bahn AG Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Januar 2002 (Drucksache 15/520 S)	
Sicherung der Arbeitsplätze im Instandhaltungswerk Sebaldsbrück der Deutschen Bahn AG Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD vom 22. Januar 2002 (Drucksache 15/526 S)	
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen) Abg. Liess (SPD) Abg. Kastendiek (CDU) Senator Hattig Abstimmung	1456 1457 1458
Transparentes Verfahren für das Grundstück am Bahnhofsvorplatz Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Januar 2002 (Drucksache 15/523 S)	
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) Abg. Dr. Sieling (SPD) Abg. Pflugradt (CDU) Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) Abg. Pflugradt (CDU) Senator Hattig Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen) zu einer Erklärung nach § 42 der Geschäf ordnung Abstimmung	1461 1463 1466 1467 . 1467 ts- 1469

Ortsgesetz zur Änderung des Hundesteuergesetzes Bericht über die Entlastung des Bremer Tierheims durch die Novellierung des Hun- desteuergesetzes von 1999 Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2002 (Drucksache 15/524 S)
Abg. Frau Emigholz (SPD)
Ortsgesetz zur Änderung der Benutzungs- und Gebührenordnung der Stadtbibliothek Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen (BremStBOG) Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2002 (Drucksache 15/525 S)

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Kurpiers, Leo, Frau Reichert, Frau Striezel.

Präsident Weber

Vizepräsident Dr. Kuhn Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Arnold-Cramer Schriftführerin Hannken Schriftführer Schildt

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats, Senator für kirchliche Angelegenheiten und für Justiz und Verfassung

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Finanzen

Senatorin für Bau und Umwelt Wischer (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen Hattig (CDU)

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Böse** (CDU)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat Köttgen (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Mäurer** (Senator für Justiz und Verfassung)

Staatsrat **Metz** (Senator für Finanzen)

Präsident des Rechnungshofs Spielhoff

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 32. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Sicherung der Arbeitsplätze im Instandhaltungswerk Sebaldsbrück der Deutschen Bahn AG, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD vom 22. Januar 2002, Drucksache 15/526 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Meine Damen und Herren, wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit dem Tagesordnungspunkt sieben, Sicherung der Arbeitsplätze im Instandhaltungswerk Sebaldsbrück der Deutschen Bahn AG, zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist die Stadtbürgerschaft damit einverstanden.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Bebauungsplan 980 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen

- Schönebecker Heidberg (einschließlich),
- Ziegeleiweg und

Schönebecker Hagen (rückwärtige Grundstücksgrenze)

Mitteilung des Senats vom 22. Januar 2002 (Drucksache 15/527 S)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Februar-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der @-schäftsordnung

 Plätze und Freiräume in den Stadtteilen in Bremen Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 16. Oktober 2001

Dazu

Antwort des Senats vom 18. Dezember 2001 (Drucksache 15/519 S)

- Sachstand Siemens-Hochhaus Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Dezember 2001
- Austausch von Trinkwasser führenden Bleileitungen in Kindertagesheimen, Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Januar 2002

III. Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung

Beschluss des Beirates beim Ortsamt Neustadt/Woltmershausen "Zukunftsprogramm Neustadt".

Diese Eingabe kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

IV. Sonstiger Eingang

Wohnungsbericht der Stadt Bremen 2000/2001

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunkts acht, Leitbilder von Behinderten- und Alteneinrichtungen auch an Migranten und Migrantinnen ausrichten, und außerhalb der Tagesordnung, Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Kultur, sowie zur Vereinbarung von Redezeiten zu einigen Tagesordnungspunkten.

Meine Damen und Herren, wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Bevor wir nun in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen Kenntnis geben von einem Schreiben des Präsidenten des Senats mit Datum vom 22. Januar 2002: "Sehr geehrter Herr Präsident, ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass der Senat am heutigen Tage Frau Senatorin Wischer an Stelle der verstorbenen Frau Senatorin Hilde Adolf bis zur Neuwahl eines Mitglieds des Senats durch die Bremische Bürgerschaft und der Amts-

übertragung durch den Senat kommissarisch das Ressort 'Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales' sowie die unmittelbar damit verbundenen Ämter beziehungsweise Funktionen in Deputationen und im Bundesrat übertragen und Frau Senatorin Wischer kommissarisch zur Senatskommissarin für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau bestellt hat."

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen zehn frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die Anfragen Nummer vier und Nummer sechs wurden zwischenzeitlich von den Fragestellern zurückgezogen.

Die erste Anfrage bezieht sich auf die **Situation** und **Zukunft der ULE - Umwelt-Lernwerkstatt.** Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Sauer, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Sauer!

Abg. Frau **Sauer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die Arbeit der ULE, Umwelt-Lernwerkstatt, in Osterholz-Tenever?

Welche Möglichkeiten sieht der Senat für die Scherstellung und Weiterführung des größten Umweltbildungsträgers in Bremen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Staatsrätin Motschmann.

Staatsrätin Motschmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senat ist davon überzeugt, dass die Umwelt-Lernwerkstatt bislang gute Arbeit geleistet hat und dies auch weiterhin tun wird. Hervorzuheben sind insbesondere die gut angenommenen Angebote an Schulklassen und Gruppen aus Kindertagesheimen sowie die Verstärkung der Arbeit mit Erwachsenen und Multiplikatoren.

Alle beteiligten Ressorts bemühen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten um die Weiterführung der Umwelt-Lernwerkstatt. Neben der Bremer Volkshochschule als Trägerin der ULE haben sich das Ressort für Bildung und Wissenschaft und das Ressort für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales bereit erklärt, sich im Jahr 2002 für die Absicherung der ULE einzusetzen. Das Ressort für Bau und Umwelt unterstützt die Umwelt-

Lernwerkstatt im Rahmen der Umweltprojektförderung in den Jahren 2002/2003.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. Frau Sauer [CDU]: Nein, danke schön!)

Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff "Sachstand Nutzung Polizeihaus Am Wall". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Krusche!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Trifft es zu, dass neben der Zentralbibliothek weitere öffentliche Einrichtungen in das Polizeihaus Am Wall einziehen sollen, und wenn ja, um welche öffentlichen Einrichtungen handelt es sich?

Zweitens: Hat die Nutzung des Polizeihauses Am Wall durch eine weitere öffentliche Einrichtung Einfluss auf das gesamte Nutzungskonzept, und wenn ja, welchen?

Drittens: Wie sieht das derzeitige Nutzungskonzept aus, und inwiefern unterscheidet es sich von dem ursprünglichen Konzept, das für die Entscheidung, das Polizeihaus Am Wall trotz niedrigeren Gebots an die Firma Zechbau zu verkaufen, ausschlaggebend war?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Staatsrat Mäurer.

Staatsrat Mäurer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Seitens des Senators für Justiz und Verfassung sind Überlegungen angestellt worden, Büroflächen im Polizeihaus Am Wall für die Fachgerichte anzumieten. Die bestehende Senatsbeschlusslage sieht diese Überlegungen nicht vor.

Zu zwei und drei: Das Nutzungskonzept, das dem Vermögensausschuss am 8. Dezember 2000 für die Zustimmung zu dem Verkauf des ehemaligen Polizeihauses vorgelegt worden war, sah eine Mischnutzung durch Einzelhandel, Gastronomie, Büros und Dienstleistungen sowie Zentralbibliothek und Innenstadtwache der Polizei vor. Der Anmietung für Zwecke der Stadtbibliothek und der Innenstadtwache lag ein Beschluss des Senats

vom 1. August 2000 zugrunde. An dieser Beschlusslage hat sich nichts geändert.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe Ihre Antwort so verstanden, dass das, was in der Zeitung zu lesen war, dass also Gerichte als weitere öffentliche Einrichtungen in das Polizeihaus Am Wall einziehen sollen, nicht zutrifft!

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Mäurer: Es ist richtig, dass wir Überlegungen angestellt haben. Es wird geprüft, ob überhaupt die räumlichen Voraussetzungen gegeben sind. Hierzu bedarf es aber einer neuen Beschlussfassung im Senat.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Schließen Sie aus, dass der Senat sich diesbezüglich noch für eine Verlagerung der Gerichte in das Polizeihaus entscheiden kann?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Mäurer: Ich möchte der Entscheidung des Senats nicht vorgreifen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema "Ankermieter im Space-Park". Die Anfrage ist unterzeichnet von der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann wird der Senat einen Ankermieter für den Space-Park bekannt geben können?

Zweitens: Wird der Space-Park, wie geplant, im Oktober 2002 eröffnen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantwortete ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Die Vermietung der Flächen im Einzelhandelsbereich und somit auch der Fläche für einen so genannten Ankermieter ist Angelegenheit der privaten Seite. Diese Verhandlungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Der Senat wird über das Ergebnis der Verhandlungen nach deren Abschluss berichten.

Zu zwei: Der private Betreiber geht weiterhin davon aus, dass die Eröffnung des Space-Parks im Oktober 2002 möglich wird. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, wenn man mit den privaten Betreibern spricht, dem Geschäftsführer und vor allem auch dem Pressesprecher des Space-Parks, die sich um die Promotion dieser Einrichtung bemühen, geben sie zurzeit ja zu, doch enorme Probleme damit zu haben, einen Ankermieter zu finden. Ich würde Sie vor dem Hintergrund gern fragen, ob Sie auch so etwas wie eine Teileröffnung im Oktober für denkbar halten.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Der genannte Termin ist für mich Orientierung. Sie wissen, dass der Space-Park mit rund 700 Millionen privat finanziert wird. Der Finanzier ist die DEGI, ein offener Immobilienfonds. Die DEGI ist eine Tochter der Dresdner Bank und damit heute eine Tochter der Allianz. Ich muss bei der Qualität dieses Namens nicht weiter begründen, dass der private Investor die Frage des Ankermieters und des Eröffnungstermins mit hoher Priorität bearbeitet.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn Sie jetzt so darauf beharren, Herr Senator, dass es sich um einen privaten Betreiber, um eine privatwirtschaftliche Lösung handelt, wenn auch nicht ausschließlich, weil die Infrastrukturkosten von der Freien Hansestadt Bremen getragen werden, aber immerhin haben wir es hier mit einem privaten Investor zu tun, heißt das, dass Ihr Beharren darauf, dass es eine rein privatwirtschaftliche Lösung ist, so zu verstehen ist, dass sie ähnlich gehandhabt werden könnte wie beim Musical, oder gibt es einen deutlichen Unterschied?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Ich will nur darauf hinweisen, bei dem privaten Investor mit diesem Kapitaleinsatz, bei den wirtschaftlichen Konsequenzen durch eine Verschiebung und, ich sage noch einmal, bei der Qualität dieses Investors, dass ich davon ausgehe, dass ein hohes Interesse und damit eine hohe Priorität zur zeit- und sachgerechten Erfüllung besteht. Bitte haben Sie Verständnis, wenn ich mich angesichts der Qualität dieses Vorhabens und auch angesichts der Qualität des Investors so ausdrücke, wie ich es getan habe!

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie haben nun einiges ausgeführt. Ich würde Sie gern vor dem Hintergrund dessen, dass Sie die EU-Notifizierung für die GRW-Finanzierung des Space-Centers nicht bekommen haben und Bremen nun eine Beteiligungslösung an den Köllmann-Firmen erwägt, fragen, wann uns das denn zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Ich würde es gern präzise beantworten, sehe mich dazu aber nicht in der Lage, und zwar nicht, weil wir uns nicht hinreichend um dieses Thema kümmern, sondern weil es seine eigenständigen formalen Zuständigkeiten hat. Wir müssen das in Abstimmung mit dem zuständigen Bundesministerium tun. Mit dem sind wir seit langem im Gespräch. Es hat auch eine Vorabstimmung mit Brüssel stattgefunden. Danach ist eine Lösung, wie sie vom Bundesminister der Finanzen und uns erarbeitet worden ist, für denkbar erklärt worden. Wir warten auf den definitiven und zustimmenden Bescheid.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Wie erklären Sie sich die Verzögerungen, denn es war ja nun schon öfter annonciert worden, dass der Abschluss dieser Verhandlungen und die Beteiligungslösung kurz vor dem Abschluss stehen würden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Ich kann das nur wiederholen. Ich weiß nicht, ob insoweit in den letzten Tagen etwas passiert ist, aber wir brauchen dazu ein einverständliches Verhalten mit dem zuständigen Bundesfinanzministerium. Das haben wir bisher erreicht, und ich gehe davon aus, dass es auch mit Brüssel zu einer definitiv positiven Antwort

kommt. Ich bitte aber um Verständnis, wenn ich diese Antwort nicht vorwegnehmen kann.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage ist inzwischen von den Fragestellern zurückgezogen worden. Wir kommen dann zur fünften Anfrage. Sie bezieht sich auf die **Prävention von Schulvermeidung.** Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Stahmann, Mützelburg, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann ist mit der angekündigten Unterzeichnung der Kontrakte zwischen den Ressorts Jugend und Soziales, Inneres und Bildung zu rechnen, in denen die Arbeit der Schulvermeidungspräventionsausschüsse, SCHUPS, in den Stadtteilen verbindlich geregelt werden sollen?

Zweitens: Warum wurden die Kontrakte bisher nicht unterzeichnet?

Drittens: Wurden im Jahr 2001 neue SCHUPS gegründet, und wenn ja, in welchen Stadtteilen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Unterzeichnung der Kontrakte zwischen den Ressorts soll spätestens bis Ende März 2002 erfolgen.

Zu Frage zwei: Durch die Umstrukturierung des Amtes für Soziale Dienste, die Einrichtung von Sozialzentren und die dabei zu lösenden Personalzuordnungen müssen auf Seiten des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales wichtige Vorfragen noch geklärt werden. Das Ressort Inneres, Kultur und Sport hat seine Bereitschaft zur Kontraktschließung erklärt.

Zu Frage drei: Im Jahr 2001 wurden die Pilotprojekte in der Neustadt und Walle/Findorff ausgebaut und in Obervieland, Huchting, Gröpelingen und Horn-Lehe neue SCHUPS eingerichtet. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Zu Punkt zwei haben Sie mir geantwortet, dass jetzt noch bestimmte Vorarbeiten im Bereich Jugend und Soziales zu leisten sind. Können Sie das noch einmal konkretisieren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Wie Sie wissen, sind die sozialen Dienste in einem Umstrukturierungsprozess, dort wird auch daran gearbeitet, die PEP-Quote zu erbringen. In so einer Phase der Umstrukturierung war es nicht ganz einfach, die notwendigen personellen Kapazitäten freizusetzen, um diese unbedingt erforderliche Kooperation zwischen Bildung, Inneres und Jugend und Soziales in der Form zu gewährleisten, wie uns das gemeinsam vorschwebt. Deshalb hat es die Verzögerungen gegeben, die ich bedauere.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben gesagt, die Verträge sollen im März 2002 abgeschlossen sein. Ist das realistisch, oder rechnen Sie noch mit weiteren Verzögerungen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Meine Hoffnung war, dass wir es sogar noch ein bisschen früher schaffen, aber bedingt durch die tragischen Umstände der letzten Woche gehe ich davon aus und hoffe, dass wir das im März 2002 unterschreiben können.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage mit dem Titel "Zusatzausbildung für Erzieher/Erzieherinnen" ist inzwischen von den Fragestellern zurückgezogen worden.

Die siebte Anfrage trägt den Titel "Faulenstraße 69". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wer ist zurzeit Eigentümer und wer Nutzer des Gebäudes Faulenstraße 69, ehemaliges Kaufhaus Bamberger?

Zweitens: Welche Planungen hat der Senat bezüglich der zukünftigen Nutzung des Gebäudes Faulenstraße 69?

Drittens: Welche Erkenntnisse hat der Senat über mögliche Auflagen aus Gründen des Denkmalschutzes?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Metz.

Staatsrat Metz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Eigentümer des Grundstücks Faulenstraße 69 ist die Stadtgemeinde. Nutzer dieses Gebäudes sind der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und die Bremer Arbeit GmbH.

Zu zwei: Nach Belegung des Siemens-Hochhauses unter anderem durch den Fachbereich Bauordnung des Amtes für Stadtplanung und Bauordnung sollen die dadurch frei werdenden Räumlichkeiten an der Doventorscontrescarpe 172, Block D, durch Nutzer der Faulenstraße 69 belegt werden. Die Folgenutzung für die Bremer Arbeit GmbH ist noch zu klären. Die derzeitige Beschlusslage in Verbindung mit der Belegung Siemens-Hochhauses, siehe Senatsbeschluss vom 30. November 1999, sieht die Freimachung des Gebäudes und die Veräußerung vor. Das Gebäude Faulenstraße 69 ist eines der Schlüsselprojekte zur Weiterentwicklung des Faulenguartiers zu einem modernen Dienstleistungsstandort.

Zu drei: Das Gebäude steht nicht unter Denkmalschutz. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Von wann war der Senatsbeschluss bitte?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Metz: Vom 30. November 1999!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Der Senatsbeschluss vom 30. November 1999 sieht eine Freimachung des Gebäudes Faulenstraße 69 vor

(Staatsrat Metz: Ja!)

und eine Einbeziehung in ein Gesamtkonzept Faulenstraße?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Metz: Das steht nicht in diesem Senatsbeschluss, sondern dort steht nur, dass das Gebäude frei gemacht und das Grundstück veräußert werden soll. Es ist aber in einen bestimmten zeitlichen Zusammenhang zur Belegung des Siemens-Hochhauses gestellt.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Das können Sie mir nicht beantworten, aber es stellt sich dann natürlich im politischen Raum die Frage, warum im gesamten Gebäude Faulenstraße 69 niemand von dem Senatsbeschluss weiß und es ein großes Rätselraten darüber gibt, wer jetzt wann wohin ziehen soll.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Metz: Ich bin genauso überrascht wie

Sie, Frau Abgeordnete!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Ist es denn richtig, dass die BIG damit beauftragt ist, die Beplanung dieses Grundstücks, wenn die Faulenstraße 69 frei gemacht ist, zu betreiben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Metz: Das weiß ich nicht genau! Ich halte es für möglich, weiß es aber nicht definitiv. Ich müsste Ihnen die Antwort noch einmal nachreichen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Könnten wir im Haushaltsausschuss bitte kurz Auskunft darüber bekommen?

Staatsrat Metz: Selbstverständlich!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff "Lärmminderungsplanung beschleunigen". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann will der Senat die Schallimmissionspläne als Grundlage für die Lärmminderungspläne fertig stellen und veröffentlichen?

Zweitens: Welche Lärmquellen werden mit diesen Plänen erfasst?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Straßenverkehr ist die dominierende Lärmquelle in der Stadt. Daher beabsichtigt der Senat zunächst in Bezug auf diese Quelle den Aufbau einer Lärmminderungsplanung. Grundlage hierfür sind jedoch belastbare Lärmbasisdaten. Ein externes spezialisiertes Ingenieurbüro ist gegenwärtig damit beauftragt, Verfahrensvorschläge zu erarbeiten, wie diese Basisdaten erhoben werden können. Das von dem Büro zum Sommer 2001 vorgelegte Straßennetzmodell musste noch modifiziert werden, so dass jetzt zu den vorgeschlagenen Methoden noch Angaben zu den Kosten und Umsetzungszeiten geliefert werden müssen. Aussagen werden noch innerhalb des ersten Quartals dieses Jahres erwartet, so dass daraufhin die weiteren Schritte eingeleitet werden können. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Dr. Mathes? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Nach Ihrer Aussage ist es ja so, dass diese Schallimmissionspläne nur für den Straßenverkehr erstellt werden. Ich möchte daran erinnern, dass in der Deputation im Jahr 1998 beschlossen wurde, dass Schallimmissionspläne für alle Lärmquellen erstellt werden. Das heißt, das entspricht nicht dem Deputationsbeschluss. Die Frage, die sich jetzt hieran anschließt, ist: Wie soll auf dieser Grundlage der gesetzlichen Verpflichtung, die seit dem Jahr 1990 besteht, nämlich Lärmminderungspläne zu erstellen, Genüge getan werden, weil es da ja gerade darum geht, die unterschiedlichen Lärmquellen zu bewerten?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Frau Abgeordnete, wir können aufgrund der personellen und finanziellen Situation meines Hauses nur schrittweise an diese schwierige und große Aufgabe herangehen. Sie wissen, dass wir uns bemühen, die geeigneten Grundlagen zur entscheidenden Lärmquelle, und

darauf wurde hier eben in der Antwort hingewiesen, dem Lärm durch den Straßenverkehr, als Erstes eine Basis zu bekommen, um anschließend dann Maßnahmen daran zu binden. Sie wissen aber auch durch andere Städte, dass es nicht so einfach ist, und vor allen Dingen, dass im Zusammenhang damit immense Kosten stehen, so dass wir hier nur schrittweise vorangehen können.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie sind jetzt, Frau Senatorin Wischer, gar nicht auf den Punkt eingegangen, dass die Deputationsbeschlüsse anders lauten, nämlich sämtliche Lärmquellen zu erfassen und entsprechend in einem Lärmkataster die Ergebnisse darzustellen!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich weiß jetzt nicht, ob wir zwischenzeitlich schon darüber berichtet haben, ich meine aber, wir haben darüber auch schon gesprochen, dass es uns in dieser umfassenden Weise nicht möglich ist, sondern dass wir hier gesagt haben, wir gehen prioritär vor und setzen jetzt darauf, die Lärmquellen seitens des Verkehrs als Erste in Angriff zu nehmen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift "Teilnahme Bremer Schulen am bundesweiten Vorlesewettbewerb". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Mützelburg, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Wie viele Klassen in welchen Schulen in der Stadtgemeinde Bremen haben jeweils in den Jahren 1999, 2000 und 2001 am bundesweiten Vorlesewettbewerb teilgenommen?

Welche Gründe für die Nichtteilnahme am Wettbewerb sind dem Senat bekannt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Dem Senat liegen nur Angaben darüber vor, wie viele Schülerinnen und Schüler an dem bundesweiten Vorlesewettbewerb in den Jahren 1999, 2000 und 2001 teilgenommen haben. Im Jahr 1999 haben insgesamt 3178 Schülerinnen und Schüler aus 28 stadtbremischen Schulen teilgenommen, im Jahr 2000 waren es 2852 Schülerinnen und Schüler aus 26 stadtbremischen Schulen, und im Jahr 2001 waren es 4190 Schülerinnen und Schüler aus 34 stadtbremischen Schulen. Eine Auflistung der Schulen, aus denen Schülerinnen und Schüler am Vorlesewettbewerb teilgenommen haben, kann zur Verfügung gestellt werden.

Zu zwei: Die Teilnahme an Wettbewerben liegt in der Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Schule. Sie selbst beziehungsweise die einzelne Lehrkraft entscheidet, ob sie mit ihren Schülerinnen und Schülern an einem Wettbewerb teilnehmen möchte. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, halten Sie es angesichts der ja nun weithin bekannten Ergebnisse der Pisa-Studie, die sich ja über das Leseverständnis von Schülerinnen und Schülern in der neunten Klasse äußert, nicht für sinnvoll, dass sich Ihr Haus auch aktiv für eine Teilnahme möglichst vieler Schüler und Schülerinnen an einem solchen Wettbewerb, der ja das Leseverständnis fördern und auch überprüfen kann, einsetzt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Nicht nur im Bereich der Vorlesewettbewerbe setze ich mich dafür ein, dass Leistung, Wettbewerb und Vergleiche einen größeren Stellenwert bekommen, als sie bisher an unseren Schulen haben. Insofern kann ich Ihre Frage positiv beantworten. Ich werde mich im Haus dafür einbringen, um umzusetzen, dass nicht nur 34 von 46 öffentlichen und privaten Schulen mit der Jahrgangsstufe sechs, wie im letzten Jahr, daran teilnehmen, sondern ich möglichst dem Parlament im nächsten Jahr berichten kann, dass alle Schulen dies als einen Auftrag ansehen und daran teilnehmen. Allerdings geht das nicht mit Zwang und Anordnung, sondern mit Überzeugung aus den Ergebnissen der Pisa-Studie.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator Lemke, darf ich aus Ihrer zustimmenden Antwort eben schließen, dass offensichtlich in der Behörde in der Vergangenheit diesem Punkt nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt worden ist?

(Zuruf von der SPD: Nein, das hat er nicht ge-sagt!)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Dies ist kein Wettbewerb, der von der Behörde ausgeht, sondern dies ist ein ausgeschriebener Wettbewerb, der vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels organisiert wird.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Das weiß ich!)

Insofern hat er eigentlich nur peripher mit unserem Haus zu tun. Allerdings, ich sage es noch einmal, die Pisa-Ergebnisse sind im Lesebereich ja so schlecht, dass wir diesen Wettbewerb in Zukunft stärker berücksichtigen werden, als wir es bisher getan haben.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema "Gerüst am Rathaus". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Krusche!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wer ist dafür verantwortlich, dass dreieinhalb Monate, nachdem das Rathaus für Sanierungsarbeiten verhüllt wurde, noch kein Auftrag zur Restaurierung der historischen Fassade erteilt wurde?

Zweitens: Wann werden voraussichtlich die Sanierungsarbeiten an der Rathausfassade beginnen, und wann werden sie abgeschlossen sein?

Drittens: Entstehen durch die Verzögerung der Sanierungsmaßnahmen zusätzliche Kosten, beispielsweise für das Gerüst, und wenn ja, in welcher Höhe?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Zur Vorbereitung der Sanierungsmaßnahmen an der Südfassade am Alten Rathaus ist
im Herbst 2000 eine Musterachse eingerüstet
worden zur Prüfung und Festlegung der notwendigen Restaurierungsmaßnahmen. Dies bildete
die Grundlage für die Schadenskartierung, die
Kostenschätzung und den weiteren Zeitplan. Die
daraus resultierende Ausschreibung, Beauftragung und Betreuung von Baumaßnahmen obliegt
der Baumanagement Bremen GmbH.

Parallel zu diesen umfangreichen Vorarbeiten erfolgte im Sommer die Planung der Gerüststellung.

Der Deputation für Bau ist am 19.9.2001 in einer Vorlage zur Sanierung der Südfassade des Alten Rathauses Folgendes mitgeteilt worden: "Der Baubeginn für die Steinmetzarbeiten an der Südfassade soll im November 2001 erfolgen, die übrigen Gewerke werden unmittelbar nachfolgen. Die Fertigstellung ist bis zum Jahresende 2002 geplant."

Auf der Grundlage dieses Zeitplans ist das Gerüst aufgestellt und am 29.9.2001 von der Bremen Marketing GmbH mit einem Megaposter verhüllt worden. Der Beginn der Baumaßnahme verzögerte sich aufgrund der besonderen denkmalpflegerischen Anforderungen an die Ausschreibung der Bauleistung und die entsprechende Fachkunde der Bieter. Die gebotene besonders sorgfältige Prüfung der eingegangenen Angebote führte zu nochmaligen Verzögerungen bei der Auftragsvergabe. Der Auftrag ist am 17.1.2002 erteilt worden.

Zu zwei: Die Sanierungsarbeiten an der Rathausfassade haben unmittelbar nach Auftragserteilung zwischenzeitlich begonnen und sollen Ende November 2002 zum Weihnachtsmarkt beendet sein.

Zu drei: Da der Endtermin der Arbeiten sich nicht verschoben hat, sind Mehrkosten für das Gerüst wegen der verspäteten Aufnahme der Steinmetzarbeiten nicht erkennbar. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, umgekehrt kann ich aber daraus schließen, wenn man anders geplant hätte, hätte man auch Geld einsparen können. Ist das richtig?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Frau Abgeordnete, hinterher ist man immer etwas schlauer. Ich verweise auf die Antwort. Hier handelt es sich um keine normale, sondern um eine außerordentlich schwierige und der Historie des Gebäudes angemessene Baumaßnahme.

Deshalb gehe ich davon aus, dass bei der Zeitplanung, die im Jahr 2000 gemacht worden ist, man auch in den Zeitachsen, die man sich vorgestellt hatte, Sicherheitspolster berücksichtigt hat. Ich weiß es nicht, aber ich gehe einmal davon aus. Insofern kann man vom heutigen Standpunkt aus sagen, es wäre auch möglich gewesen, das Gerüst später zu bauen. Allerdings hätte man dann nicht jetzt anfangen können, und Sie wissen, dass die Erstellung des Gerüstes auch wieder mit allen anderen Veranstaltungen, die sich hier auf dem Platz befinden, abgestimmt sein musste. Insofern war der Termin, der angestrebt war, so wie Ihnen auch in der Deputation vorgestellt, schon richtig, um so zügig wie möglich, wenn man im November anfangen wollte, dann auch das Gerüst bis zu diesem Zeitpunkt aufzubauen.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, wenn - wie im "Weser-Kurier" berichtet wurde - bereits am 6. September, als der Auftrag zum Bau des Gerüstes erteilt wurde, klar war, dass nicht vor Januar mit den Restaurierungsarbeiten begonnen werden konnte, warum wurde das Gerüst dann nicht erst im Januar beziehungsweise nach dem Weihnachtsmarkt aufgebaut?

Präsident Weber: Bitte. Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Mir ist nicht bekannt, dass dies am 6. September schon bekannt war. Ich habe Ihnen ja nicht umsonst die Deputationsvorlage noch einmal zitiert. Zu diesem Zeitpunkt sind offensichtlich alle Beteiligten davon ausgegangen, dass der Novembertermin auch gehalten werden kann.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Sind Sie denn mit mir der Meinung, wenn es so ist, dass die Baumanagement Bremen juristisch so sorgfältig hat prüfen müssen, ob sie bestimmte Angebote aus fachlichen Gründen zurückweisen durfte, trifft dies dann nicht auch auf den Vergabeausschuss zu, der darüber ja entscheiden

muss, ob er da eine entsprechende Vergabe tätigt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Sie spielen darauf an, dass ich der Vergabe schon vor Befassung des Vergabeausschusses zugestimmt habe. Ich habe dies nach ausführlicher Beratung mit und Nachfrage bei den Mitarbeitern meines Hauses getan und daraus die Zuversicht gewonnen, dass es so, wie es jetzt erfolgt, auch richtig ist. Ich war von dem Interesse geleitet, dass jetzt auch unverzüglich mit den Baumaßnahmen begonnen wird.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Darf ich denn als Mitglied des Vergabeausschusses davon ausgehen, dass Sie mir diese Beratung, die ja offensichtlich unter Ausschluss der Opposition stattgefunden hat, nachliefern?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Selbstverständlich gern, Frau Krusche!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Letztlich, wie bewerten Sie, Frau Senatorin, da das Rathaus ja nicht irgendein Gebäude ist, dieses ganze Verfahren vor dem Hintergrund, dass ja gerade das Rathaus eine der wesentlichen touristischen Attraktionen Bremens ist?

Präsident Weber: Bitte. Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich kann mich nur wiederholen: Ich denke, dass die Planungen so gemacht waren, dass man alles richtig gut und klug anlegen wollte, dass aufgrund der Komplexität des Themas man die Zeiträume unterschätzt hat und es im Nachhinein natürlich ärgerlich ist, denn ein Rathaus ohne Plane davor ist allemal schöner als eines mit einer Plane davor.

Präsident Weber: Zu einer weiteren Zusatzfrage der Abgeordnete Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Frau Senatorin, es ist doch richtig, dass eine Vorabzustimmung erstens ein völlig normales und häufig vorkommendes Verfahren ist und zweitens, dass nur durch Ihre Vorabzustimmung am letzten Montag die Arbeiten dort beginnen konnten. Hätten wir den Vergabe-

ausschuss abgewartet in der nächsten Woche, wäre es später geworden.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Das ist korrekt, Herr Sieling, weil der Vergabeausschuss an dem Tag, als der Auftrag erteilt werden sollte mit Ihrer Beratung, abgesagt worden ist. Insofern war es dringlich, dass ich diese Vorabzustimmung geben musste.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Das ist auch gut so in dem Fall!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit Beantwortung dieser Anfrage ist der Tagesordnungspunkt eins erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Frau Dr. Trüpel, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Neue Ungereimtheiten über die Konditionen des Einstiegs der Firmengruppe KPS Programme Schulenberg GmbH und Co. beim Musical "Hair" in Bremen.

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Hattig.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet

Als erste Rednerin hat das Wort Frau Dr. Trüpel.

(Unruhe bei der CDU)

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen)): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist natürlich besonders erfreulich, wenn eine solche Aktuelle Stunde aufgerufen wird und der geschätzte Kollege Herr Focke, der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, mir mit auf den Weg zum Redepult gibt: Ach, diese olle Kamelle! Da frage ich mich doch: Wer ist denn verantwortlich für diese olle Kamelle? Wir waren es jedenfalls nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Eckhoff [CDU]: Aber damit bestätigen Sie die olle Kamelle!)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Meine Herren, ich kann ja verstehen, dass das für Sie kein schönes Thema ist, aber bleiben Sie einmal ganz ruhig!

Frau Wischer hat eben so schön gesagt: Hinterher ist man immer schlauer. Stimmt! Aber, ehrlich gesagt, in der Regierungspolitik geht es doch darum, den richtigen Riecher zu haben, wenn man erfolgreich regieren will. Was uns heute klar ist, noch mehr als bei der letzten Debatte zu diesem Thema, wir haben es mit einer langen und schmerzlichen Geschichte des Misserfolgs zu tun. Was haben wir immer wieder gehört? Durchhalteparolen, Zweckoptimismus, vollmundige Ankündigungen von den Kollegen der CDU und der SPD!

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Was?)

Ja, Frau Lemke-Schulte! Darf ich Sie erinnern, als es mit "Jekyll and Hyde" letzten Winter so schlecht aussah, wie Sie sozusagen in voller Hoffnung, das Projekt noch einmal flott zu bekommen, sagten: Jetzt, wenn die Jahreszeit so dunkel ist

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Wir haben hier doch keine Märchenstunde!)

und die Leute das Weihnachtsgeld haben, dann geht das alles wieder bergauf, und das mit "Jekyll and Hyde" wird alles gut werden. Inzwischen wissen wir, dass das nicht so war. Dann kam sozusagen der nächste Versuch, die Sache schönzureden, aber inzwischen wissen wir auch, dass Sie das Projekt "Hair" nicht flott bekommen haben, und Sie werden es auch nicht wieder flott bekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Von Anfang an war es eine politische Fehleinschätzung des damaligen Staatsrats Frank Haller und des damaligen Wirtschaftssenators Herrn Perschau zu glauben, ein so großes Musical in Bremen erfolgreich bespielen zu können. Außerdem sind wir auch, vielleicht noch in einigen anderen Fällen, über die Konditionen getäuscht worden. Herr Haller sprach immer von der neoliberalen Lösung, und es ist als schlichtweg unternehmerische Lösung verkauft worden, das war es aber von Anfang an nicht. Die ganze Geschichte dieser Hängepartien hat auch gezeigt, wie oft die Parlamentarier hier gefordert wurden, Geld hinterherzuschießen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was mich besonders interessiert, und ich hoffe, dass wir hier heute Auskunft vom Wirtschaftssenator bekommen werden: Was ist eigentlich im letzten Sommer passiert, als man in Verhandlungen mit den Firmen von Klaus Peter Schulenberg eintrat? Inzwischen kann man sagen, dass offensichtlich das Interesse von Herrn Schulenberg besonders groß war, das Ticket-Service-Center zu bekommen, und zwar zu besonders günstigen Konditionen. Bremen steht als Verlierer da, die Firmen von KPS haben TSC sehr günstig bekommen mit dem Deal offensichtlich, dass er dafür Bremen das Musical abnehmen musste. Nun hat Herr Schulenberg seine Anteile zurückgegeben. Bremen steht als Verlierer da, die Firmen von KPS haben bekommen, was sie wollten, bisher ist nicht einmal das Geld überwiesen für den Kauf des Ticket-Service-Centers. Meine Damen und Herren, das nennt man ja wohl gute Regierungsgeschäfte!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Wirtschaftssenator Hattig hat im letzten Jahr sogar noch eine Ehrenerklärung für den feinen Unternehmer Klaus Peter Schulenberg abgegeben. Herr Senator, ich frage Sie: Würden Sie das heute eigentlich noch einmal machen? Vielleicht bekommen wir darauf ja gleich eine Antwort. Oder hat auch Ihre Leidensfähigkeit eigentlich irgendwann einmal ein Ende?

Die Peinlichkeit der vorletzten Woche aus dem Haus Klaus Peter Schulenberg erreichte uns alle, eine Pressemitteilung, in der er bekannt gegeben hat, dass er seine Anteile nun an Herrn Arend abgegeben hat, und darin unterstellt er Wirtschaftssenator Hattig, Herr Hattig habe das ganze Jahr 2001 über Zusagen gemacht, was eine besondere Unterstützung dieses Musicals betrifft. Wirtschaftssenator Hattig dementiert das dann. Meine Damen und Herren, was stimmt denn nun?

Jetzt hat es im letzten Jahr diese berühmten Gespräche auf dem Sofa von Klaus Peter Schulenberg gegeben, die Kollegen von CDU und SPD erinnern sich. Es stimmt, Herr Schulenberg hat aus seiner Sicht damals deutlich gemacht, auch mir gegenüber, dass es ohne zusätzliche Subventionen nicht geht. Hat es über diesen Punkt eigentlich auch Einvernehmen zwischen Wirtschaftssenator Hattig und Herrn Schulenberg gegeben? Herr Senator Hattig, ich möchte, dass Sie dazu heute noch einmal deutlich etwas sagen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hat es da zwischen Ihnen und KPS irgendeine Übereinstimmung gegeben? Ich möchte gern, da Herr Schulenberg das ja behauptet hat, dass Sie uns Abgeordneten in den zuständigen Gremien diesen Schriftwechsel und diese Papiere auf den Tisch legen! Ich hoffe, Sie tun dies freiwillig, sonst wären wir wieder gezwungen, andere Verfahren anzuwenden, aber ich hoffe, dass wir das nicht nötig haben. Ich verlange hier Transparenz. Ich will wissen, was da besprochen worden ist. Ich finde, dass Sie das auch zu Ihrem eigenen Schutz nötig haben, hier nichts im Dunkeln zu lassen.

Die andere Variante wäre natürlich, die Formulierungen in den Verträgen sind so windelweich, dass jeder der Beteiligten herauslesen kann, was er denn herauslesen möchte. Wenn sie denn so interpretationsfähig sind, dann sind das auch keine Verträge und Absprachen, die im Interesse der Stadt sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wie auch immer, Sie müssen uns Parlamentariern diese Schriftstücke, die es da gibt, transparent machen, damit wir hier in der Lage sind zu beurteilen, was denn da in den letzten Monaten tatsächlich passiert ist. Feststellen kann ich, für die Öffentlichkeit ist es eine Geschichte des Misserfolgs und der öffentlichen Peinlichkeiten. Jetzt, darum hat sich die Situation auch etwas verändert, ist der Senat mit seiner dfentlich geäußerten Position da, wo wir Grünen immer schon waren, nämlich dass es sich um eine rein privatwirtschaftliche Angelegenheit handeln würde und dass natürlich der Unternehmer jetzt am Zuge sei. Das hat lange gedauert, bis Sie sich zu dieser Position in ihrer Klarheit durchringen konnten.

Herr Böhrnsen hat das so deutlich erst seit diesem so genannten Koalitionskompromiss gesagt. Jetzt ist er bei seiner Position geblieben. Ich finde das sehr gut, aber dass das immer Ihre Position gewesen wäre, das können Sie für sich ja nun wirklich nicht in Anspruch nehmen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

sonst hätte es diese zusätzlichen Finanzspritzen die ganzen Jahre über schließlich nicht geben können, sondern Sie haben immer wieder versucht, dieses Musical flottzumachen. Jetzt muss man feststellen, es ist Ihnen nicht gelungen. Aus unserer Sicht hatten wir es von Anfang an mit einem überdimensionierten Tourismuskonzept zu tun, und dieses Haus am Richtweg ist einfach enorm groß.

Jetzt ist aber die entscheidende Frage: Wie geht es eigentlich weiter? Was man vernehmen kann, was jetzt passieren soll, wenn "Hair", wann auch immer, abgespielt sein wird, auch dazu wird sich der Unternehmer ja bald erklären müssen, ist angeblich die HVG, also die Hanseatische Veran-

staltungsgesellschaft, am Zuge, neue Konzepte zu präsentieren. Dazu zwei Bemerkungen!

Meine Damen und Herren, wie immer diese Konzepte aussehen werden, wir haben eine klare Bedingung: Wir wollen, dass es über den Musical-Bremen-Vertrag hinaus keine zusätzlichen Subventionen gibt, denn, egal, was dann da veranstaltet wird, wenn es zusätzliche Subventionen gibt für irgendeinen Spielbetrieb, dieser Konkurrent sein könnte zur Stadthalle, zur Glocke, zum Goethetheater oder meinetwegen auch zum Pier 2.

Es kann nicht angehen, dass man mit staatlichen Subventionen eine Kultureinrichtung oder ein Theater am Richtweg fördert, was den anderen Probleme macht. Das kann man nicht wollen, und ich hoffe auch, dass Sie zu einer solchen Lösung nicht Zuflucht suchen werden. Also, kein Kulturkannibalismus und auch keine besonderen Marketinggelder für das, was da passieren wird!

Das Nächste, was ich gem noch anbringen würde: Ich glaube, dass es ein politischer Fehler wäre, die Hanseatische Veranstaltungsgesellschaft und das Wirtschaftsressort allein über neue Konzepte nachdenken zu lassen. Ich glaube, die üblichen Verdächtigen, die in den letzten Monaten hier die Verantwortung hatten, haben sich nicht so mit Ruhm bekleckert, dass wir uns sozusagen deren Konzeptfähigkeit vertrauensvoll überlassen sollten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man nicht zu dem Schluss kommt, was auch sein kann, dass es aus gesamtbremischer Sicht besser wäre, die Immobilie dann erst einmal leer stehen zu lassen, sondern wenn man vorher prüfen will, was immer da passieren könnte, sollte man sehen, dass man erst einmal Leute an einen runden Tisch holt, vielleicht auch aus umliegenden Städten, die kommerzielle Erfahrungen mit Veranstaltungen in solchen Häusern haben, und eine sehr deutliche Aussprache hält über die Szene in Bremen und die Möglichkeiten, die man hier hat. Erst wenn man sehr genau geprüft hat, sollte man neue Vorschläge auf den Tisch legen. Bitte überlassen Sie es aber nicht den Herren, die hier in den letzten Monaten für diese Geschichte des Misserfolgs verantwortlich waren! - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu Anfang, Frau Dr. Trüpel, möchte ich doch noch einmal feststellen: Der Neuigkeitswert ist gleich Null gewesen, den Sie uns hier verkündet haben!

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen])

Daher weiß ich auch nicht, wie Sie eigentlich in Wirklichkeit diese Aktuelle Stunde begründen wollen

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Reden Sie doch einmal nicht immer nur über die Formalitäten!)

Es ist ja so! Sie kennen die abgeschlossen Verträge durch Akteneinsicht, es hat seit dem letzten Jahr keine neuen gegeben, als wir sie für "Jekyll and Hyde" mit Schulenberg abgeschlossen haben,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Und was ist mit den Versprechen?)

und Sie wissen auch ganz genau, dass Bremen bisher in das Musical "Hair" keinen Pfennig gesteckt und es auch nicht vorgehabt hat. Jedenfalls haben es nicht die Fraktionen der CDU und der SPD vorgehabt, Geld in dieses Musical zu stecken.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Der Wirtschaftssenator hat auch nie einen Hehl daraus gemacht, dass er gesagt hat, er will den Leuten Geld geben.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Das Einzige, was wahr ist, und das ist bekannt, ist, dass es in den letzten Wochen einen Vorschlag über Marketingmaßnahmen gab, wenn das Musical bis zum 30. März 2002 läuft. Das ist ein Vorschlag gewesen, der aus dem Wirtschaftsressort zusammen mit der Senatskanzlei gekommen ist. Dieser Vorschlag ist von Herrn Schulenberg nicht angenommen worden, und jetzt hat er Pech gehabt, dann bekommt er eben nichts!

Das ist Fakt! Das sind die ganz normalen Fakten, und das ist nichts Aktuelles. Das ist etwas ganz Normales, was alle gelesen haben und auch alle aufnehmen konnten. Insofern hat diese ganze Debatte überhaupt keinen Neuigkeitswert!

-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(Zuruf der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen])

Ja, natürlich, aber eine Aktuelle Stunde ist dazu da, aktuelle Dinge zu besprechen, und dies ist nicht aktuell, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen])

Daran ist nichts Aktuelles, und jetzt versuchen Sie, etwas Aktuelles daraus zu konstruieren, indem jetzt Gespräche aufgenommen werden, die mit zig unterschiedlichen Leuten geführt worden sind. Mit mir hat Herr Schulenberg Gott sei Dank nicht gesprochen,

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Gott sei Dank!)

und deswegen kann ich auch gar nicht sagen, was er da eventuell zu diesem oder jenem gesagt hat. Daraus aber nun abzuleiten, dass es da irgendwelche Zusagen gibt, halte ich schon für ziemlich abenteuerlich, denn Sie haben in allen Deputations-, Ausschuss- und Wirtschaftsförderungsausschusssitzungen mitgeteilt bekommen, dass es keine anderen Absprachen as die Verträge gibt. Also ist der aktuelle Wert gleich Null bei Ihnen!

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Kuhn?

Abg. Focke (CDU): Ja, gern!

Präsident Weber: Bitte, Herr Dr. Kuhn!

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Kollege! Würden Sie mir zustimmen, dass es eine aktuelle und neue Entwicklung ist, wenigstens für die Öffentlichkeit, dass Herr Schulenberg das Geld für das TSC immer noch nicht bezahlt hat und dass er den Wert und den Kaufpreis anzweifelt? Wenn Sie das immer gewusst haben, für die Öffentlichkeit war das jedenfalls eine neue und ziemlich erstaunliche, wenn nicht skandalöse Mitteilung. Halten Sie das nicht für aktuell?

Abg. **Focke** (CDU): Das konnten Sie in den Zeitungen schon im Dezember nachlesen, dass der Kaufpreis noch nicht bezahlt ist!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Er ist aber immer noch nicht bezahlt!)

Nun will ich dazu auch etwas sagen, das ist aber auch keine aktuelle Mitteilung! Das ist seit Wochen bekannt und auch öffentlich gemacht worden. Bei der letzten Debatte, als mehrfach öffentlich in der Zeitung ausgebreitet worden ist, es sollte jetzt der Geldhahn zugedreht werden, ist der Geldhahn noch gar nicht aufgedreht gewesen, meine Damen und Herren, und das wird er ja auch nicht. Das wissen wir ja alle. Insofern, wie Sie es auch wenden und drehen, Aktuelles ist nichts daran!

Zu dem Kaufpreis will ich aber doch noch einmal etwas sagen: Es ärgert mich natürlich auch in höchstem Maße, dass er bisher nicht gezahlt ist. Das stelle ich hier allerdings auch deutlich fest. Ich wäre auch froher, wenn er längst bezahlt worden wäre. Es gibt aber eben anscheinend Probleme, oder Herr Schulenberg sieht Probleme in der Werthaltigkeit seiner Verträge, die er selbst unterschrieben hat. Dagegen kann man jetzt nur mit gerichtlichen Verfahren vorgehen und das Geld eintreiben, meine Damen und Herren. Ich bin überzeugt davon, dass das der Wirtschaftssenator jetzt auch schnellstmöglich machen muss. Das ist aber eben auch keine Neuigkeit gewesen.

(Zuruf der Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen])

Im Übrigen darf ich einmal sagen, ich habe mir sagen lassen, dass das Musical am Wochenende sehr gut besucht war, sowohl am Freitag als auch am Samstag. Für das nächste Wochenende soll es auch kaum noch Karten geben. Konkurs haben sie auch noch nicht angemeldet, und insofern sind im Moment die Verträge auch intakt.

Was Sie jetzt fragen, was machen wir danach, wenn es diese Verträge nicht mehr gibt, darüber waren wir uns in diesem Hause ja auch schon bei unserer letzten Debatte relativ einig, dass wir das, was Sie eben hier gesagt haben, natürlich auch nicht wollen. Wir wollen da auch keine große Konkurrenzsituation aufbauen. Nur eines möchten wir gern: Das Theater am Richtweg soll für Musicalaufführungen oder Aufführungen mit einem längeren Zeitraum erhalten werden, weil es für unseren Tourismusstandort ein wertvolles Segment ist, meine Damen und Herren! Dieses Seament, und da bin ich anderer Meinung als Sie, muss natürlich auch in ein Marketingkonzept eingebunden werden wie andere Dinge im Übrigen auch. Da waren wir uns im Prinzip ja auch einig.

Wenn es denn so kommen sollte, dass wir diese Spielstätte jetzt anderweitig nutzen müssen, weil der Vertrag von dem jetzigen Eigentümer aufgegeben wird, dann werden wir uns darüber unterhalten müssen. Da haben wir auch gesagt, dass wir das in einem ganz breiten Spektrum machen wollen und dass auch die Opposition da einbezogen werden soll. Das ist aber auch nichts Neues, das haben wir alles auch schon bei der letzten Debatte hier gesagt. Deswegen habe ich vorhin gesagt, als Sie hier an das Rednerpult kamen: diese olle Kamelle! Ich sage es noch einmal: Hierin war kein Neuigkeitswert, es gibt keinen aktuellen Wert. Deswegen, finde ich, ist diese Aktuelle Stunde überflüssig gewesen und hat dem Musical, das ja immerhin noch läuft, jetzt wieder einmal geschadet. - Danke!

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen])

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Lemke-Schulte.

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD)⁻⁾: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun, Herr Kollege Focke, aktuell und neu ist wenigstens der Ausstieg der KPS-Gruppe im Januar dieses Jahres aus der Verantwortung für den Musicalbetrieb.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zuruf: Den hat es ja noch nicht einmal erlebt!)

An den Anfang meiner relativ kurzen Ausführungen, meine Damen und Herren, möchte ich aber stellen, dass ich die vor kurzem getroffene Entscheidung des Beirats, der für die Vergabe der Mittel für das Standortmarketing zuständig ist, ausdrücklich begrüße.

(Beifall bei der SPD)

Er hat beschlossen, keine weiteren öffentlichen Mittel mehr bereitzustellen. Besonders begrüße ich in der Tat auch, dass dieser Beschluss einvernehmlich zwischen den Regierungsfraktionen, der Opposition und der Regierung zustande gekommen ist. Das ist ein einstimmiger Beschluss vom Freitag letzter Woche gewesen, und das ist ein richtiger Beschluss. Das finde ich richtig und begrüße ich ausdrücklich!

Meine Damen und Herren, es ist aber in der Tat so, dass durch den Ausstieg der KPS-Gruppe aus der Verantwortung für den Musicalbetrieb eine neue Situation eingetreten ist. Wir kennen die Vertragslage, wir wissen, dass in den Verträgen steht, dass, wenn über fünf Millionen DM Verlust entstehen, über so etwas nicht geredet werden kann, sondern dass dann solche Schlüsse gezogen werden können. Ich ziehe aber den Schluss daraus, auch zukünftig, dass es für solche Partnerschaften rach meinem Dafürhalten unverzichtbar ist, dass sich beide Seiten durch gleichermaßen verpflichtende Verträge absichern. Ich glaube, dass es hier Mängel in der Professionalität gegeben hat!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist bedauerlich, und ich sage das auch nur deshalb, weil ich das für die Zukunft ausschließen möchte.

Unser Informationsstand hat sich leider auch nicht so sehr substantiell verbessert, Herr Senator. Wir haben ja neben vielen anderen Fragen einen sehr umfangreichen Fragenkatalog im Oktober des letzten Jahres aufgestellt. Ich habe den Eindruck, er war sehr hilfreich für alle Fraktionen. Es sind auch viele Fragen beantwortet worden. Unter anderem hatten wir die Frage nach den Veräußerungserlösen gestellt, ob und in welcher Höhe sie geflossen sind und ob das den parlamentarischen Gremien entsprechend dargestellt werden kann. Kurz darauf. Ende Oktober des letzten Jahres, hat das Wirtschaftsressort geantwortet, dass, ich zitiere aus dieser Antwort, "die Zahlung des Verkaufserlöses in den nächsten Tagen" - so wörtlich -"erwartet wird".

(Abg. Görtz [SPD]: In welchem Jahr?)

Inzwischen, meine Damen und Herren, gibt es Hinweise darauf - und Sie haben es auch gesagt, Herr Kollege Focke -, dass die KPS-Gruppe bis jetzt keinesfalls gezahlt hat. Nach meinen Informationen wird sogar über Preisabschläge verhandelt.

(Zuruf des Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen])

Ob das richtig ist, kann ich jetzt nicht beurteilen. Dazu erwarte ich aber hier und heute eine Antwort, Herr Kollege Hattig, zum aktuellen Sachstand.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Darüber hinaus möchte ich wissen, welche Perspektiven Sie für die Spielstätte am Richtweg sehen. Ich sehe das anders als Sie, Frau Kollegin Dr. Trüpel, wir haben diese Spielstätte, Sie wis-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

sen, welche Summen wir dafür monatlich zahlen müssen, und diesen Vertrag hat ja Herr Senator Perschau noch ausgehandelt.

(Bürgermeister Perschau: Sie haben in den Wirtschaftsförderungsausschüssen zugestimmt! - Zuruf des Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich habe ja nur gesagt, dass Sie ihn ausgehandelt haben! Ich habe nicht gesagt, dass wir nicht zugestimmt haben. Wir sind noch bis zum Jahr 2018 gebunden.

(Zurufe von der SPD)

Ich finde, dass die Zeit drängt, und ich möchte wissen, wann wir uns in den zuständigen parlamentarischen Gremien mit einem verbindlichen Konzept befassen können und werden. Wir möchten uns nämlich vor weiteren unliebsamen Überraschungen durch rechtzeitige und sachgerechte Informationen schützen. Das haben wir hier übrigens immer einvernehmlich eingefordert, auch der Koalitionspartner. Dass Parlamentarier nicht Bittsteller sind, sondern Anspruch auf umfassende Informationen haben, hat uns der Staatsgerichtshof gerade bestätigt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Dr. Trüpel, wir sind ja hier nicht in einer Märchenstunde, wir sind in der Aktuellen Stunde. Sie haben gesagt, die SPD habe erst im letzten halben Jahr, und Sie haben Herrn Böhrnsen dazu zitiert, eine klare und unmissverständliche Haltung eingenommen. Ich stelle Ihnen das gern zur Verfügung, das ist nur ein Papier, über dem steht: "Information zum Musicaltheater der SPD-Bürgerschaftsfraktion". Da können Sie nachlesen, dass die Haltung meiner Fraktion seit über einem Jahr klar und unmissverständlich ist.

(Beifall bei der SPD - Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Konsequenzen haben Sie nicht gezogen!)

Herr Schuller hat am letzten Sonntag im "Weser-Report" einen Kommentar dazu geschrieben. Ich will daraus nicht zitieren, aber ich will wenigstens hier für diese Debatte festhalten, dass die Verantwortung in diesem Kommentar dort ausgemacht worden ist, wo sie nach meinem Dafürhalten auch hingehört.

Abschließend, meine Damen und Herren, stelle ich fest, dass sich meine Fraktion einer zukunftsweisenden Perspektive, die in einem festen betriebswirtschaftlichen Fundament verankert ist, nicht verschließen wird. Wir werden aber nur sol-

chen Lösungen zustimmen können, die wir inhaltlich und finanziell gleichermaßen nachvollziehen und entsprechend auch mit der geforderten umfassenden, sachgerechten, transparenten Information, die notwendig ist und die uns im Staatsgerichtshofsurteil bestätigt worden ist, verantworten können. Ich bin gespannt auf Ihre Antworten, Herr Senator!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gehe es zunächst einmal statistisch an. Dies ist jetzt die dreißigste Befassung in einem parlamentarischen Gremium. Unzählige Akteneinsichten, veröffentlichte Korrespondenz und auszugsweise veröffentlichte Verträge,

(Abg. Frau Busch [SPD]: Traurig genug! - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Was wollen Sie damit sagen?)

es ist kein anderes Projekt so detailliert in den Gremien und im Parlament behandelt worden. Die Frage sei erlaubt: Was ist bei dieser Sachlage noch unbekannt, was ist daran aktuell, und was ist noch ungereimt? Wenn Sie mir auch diese Bemerkung gestatten: Man wird bei den umfänglichen Informationen und Diskussionen zu diesem Thema an eine Grunderkenntnis der Soziologen erinnert: Desinformation besteht in Überinformation

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sagen Sie einmal Herrn Perschau mit seinen dicken Vorlagen!)

Ich gehe davon aus, dass auch mit dieser Aktuellen Stunde noch Erkenntnis gewollt ist. Bei diesem Sachstand bemühe ich mich, das Wesentlichen noch einmal anzusprechen. Die strukturellen wirtschaftlichen Bedingungen Bremens sind zu verbessern. Es bestand und besteht ein Nachholbedarf für überregional wirkende Dienstleistungen. Dazu zählt auch der Tourismus. Er hat für diese Strukturveränderungen eine Ankerfunktion, und innerhalb dieser Bemühungen sind Projekte erfolgreich realisiert worden: Messe, Kongresszentrum, Schlachte, Universum! Weitere sind in Vorbereitung.

-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Das Musical sollte eigenwirtschaftlich betrieben werden, die Einzelheiten sind bekannt. Diese Erwartungen haben sich nicht erfüllt, das festzustelen ist so notwendig wie selbstverständlich. Man hat seinerzeit zu dem Musical eine risikobewusste, optimistische Entscheidung getroffen. Heute muss man sagen, die Erwartungen waren zu optimistisch. Man muss aber auch sagen, das ist kein Musical der CDU, kein Musical des Wirtschaftssenators, sondern ein Musical der großen Koalition, wenn Sie es denn überhaupt so haben wollen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Da sind die Abgeordneten immer mit im Boot!)

Auch dies ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, und ich darf mir erlauben, gerade in diesem Punkt auf Ihre geneigte Aufmerksamkeit hinzuweisen. Kulturelle Einrichtungen sind und werden in der Regel über den ordentlichen kameralen Haushalt geführt und abgewickelt. Das heißt, nur die operativen Kosten werden nachfolgend über den Haushalt erfasst und sichtbar. Das gilt zum Beispiel für Theater, Museen, Stadthalle, Stadion und weitere Einrichtungen. Die Infrastrukturkosten, das heißt die einmaligen Investitionskosten, werden dem einzelnen Projekt in der wirtschaftlichen Betrachtung nicht zugeordnet. Die Finanzierungskosten sind in den allgemeinen Schulden verschwunden. Beim Musical hat man dies vor allem politisch anders gewollt. Das Musical ist also einer überwiegend eigenwirtschaftlichen Lösung zugeführt worden, das heißt, alle Kosten, einschließlich der Infrastrukturkosten, sind mit diesem Projekt verbunden und transparent. Wie gesagt, ich halte das nur fest.

Jetzt zum Musical! Zunächst ist anzumerken, dass beide Seiten ihre Vertragsverpflichtungen erfüllt haben. Es haben Sitzungen stattgefunden, und es wurden Telefonate geführt, alles mit dem Ziel, ein gemeinsames Konzept zur Sicherung des Musicalstandortes Bremen zu erarbeiten. Grundlagen dafür sind parlamentarische Beschlüsse, nach denen, ich sagte es schon, der Tourismus in Bremen durch ein Musical gefördert werden soll. Dabei war die Einschätzung einer schwierigen Marktlage im Wesentlichen übereinstimmend. Das Bemühen galt einer Marketingunterstützung im Rahmen eines Gesamtkonzeptes. Selbstverständlich ist dabei auch, dass die private Betreibergesellschaft ihren eigenen Anteil leisten muss.

Das Ressort und der Senator haben deutlich gemacht, sich für eine konzeptionelle Lösung, wenn sie denn zustande kommt, einzusetzen. Zu einer solchen gemeinsamen Lösung ist es nicht gekommen. Im Übrigen wussten die Beteiligten, dass eine öffentliche Unterstützung nur mit Zu-

stimmung der Wirtschaftsförderungsausschüsse erfolgen kann, darauf wurde hingewiesen. Unabhängig davon ist dies die Geschäftsgrundlage bei Verträgen mit der öffentlichen Hand, und das ist jedermann geläufig. Die Vertragspflichten sind von beiden Seiten, ich wiederhole mich, erfüllt worden.

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Tatsächlich?)

Darüber hinausgehende bindende Zusagen sind nicht erfolgt. Finanzielle Zusagen an die KPS-Gruppe wurden nicht gemacht. Es sind zu keiner Zeit Steuergelder an die Betreibergesellschaft oder die KPS-Gruppe geflossen.

Jetzt gehe ich auf die Vorwürfe im Einzelnen ein. Der damalige Kaufpreis für das TSC war auch aus heutiger Sicht marktgerecht. Andere Kaufangebote gab es nicht.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Was?)

Festzuhalten ist, dass lediglich CTS einen Kaufpreis für TSC geboten hat. Der zweite Bieter wollte keinen Kaufpreis zahlen, sondern hat eine Kapitaleinlage inklusive Agio erbringen wollen, um zu 50 Prozent Gesellschafter zu werden. Aus letzterem Vorgehen hätte die BTZ keinerlei Barmittel schöpfen können. Der Kaufpreis ist dann äquivalent für den damaligen Firmenwert. Der Kaufpreis ist bis heute nicht entrichtet worden. KPS bemüht sich um Minderungsrechte, die HVG sieht dafür keine Grundlage, der Rechtsweg ist eingeleitet.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Sie haben doch eben gesagt, die Vertragsverpflichtungen sind erfüllt! Wie passt das denn zusammen?)

Soweit zum Sachverhalt! Noch eine ergänzende Anmerkung: Es gibt die Neigung, Sachprobleme zu Personalproblemen einzufärben und das Was zu einem Wer zu machen. Ich werde mich daran nicht beteiligen, gleich aus welchen Richtungen diese Versuche unternommen werden.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sind doch verantwortlich!)

Es wäre allenfalls zur Psychologie solcher Vorgänge anzumerken, wie Politik gelegentlich Sachverhalte zu Personalverhalten macht.

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage - Glocke)

Ich erlaube mir, doch darauf hinzuweisen, Herr Präsident, dass ich jetzt zu Ende reden möchte. Das Thema ist so oft erörtert worden, dass Sie mir jetzt gestatten, zu Ende zu reden!

Zusammenfassung: Investieren heißt, Risiken abzuwägen und aus dem Saldovortrag zu entscheiden. Investitionen sind Risikoabwägung und keine Versicherungspolice. In Bremen besteht unverändert ein Nachholbedarf bei überregional wirksamen Dienstleistungen, dafür hat der Tourismus eine Ankerfunktion. Innerhalb dieser Bemühungen für den Tourismus sind Projekte erfolgreich realisiert worden, weitere sind in Vorbereitung, etwa das Visionarium oder die Erlebniswelt Packhaus. Das Musical ist nur ein Baustein der Tourismusstrategie und diese wiederum nur ein Pfeiler der Gesamtstrategie. Es geht jetzt darum, eine Lösung mit wirtschaftlichem und kulturellem Augenmaß herbeizuführen. Dabei ist zunächst die unternehmerische Entscheidung abzuwarten.

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Welche?)

Insgesamt lässt sich festhalten und durch Zahlen belegen - ich könnte jetzt eine Liste vortragen, das will ich aber nicht -, dass Bremen eine insgesamt erfolgreiche Wirtschaftspolitik betreibt.

Frau Dr. Trüpel, in der Haushaltsdebatte am 12. Dezember 2001 haben Sie gesagt, dass Sie in weiten Teilen mit der Wirtschafts- und Investitionspolitik übereinstimmen und nur in Nuancen und Einzelprojekten unterschiedlicher Meinung sind. Ich bin einverstanden, ich habe dem nichts hinzuzufügen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Hattig, ich bin ja schon froh, wenn Sie sich noch daran erinnern können, was ich gesagt habe und wenn Sie mir zuhören. Das konnte ich von meinem Kollegen Herrn Focke eben nicht behaupten. Der hat sich irgendwie nun überhaupt nicht daran erinnern können, was ich fünf Minuten vorher gesagt habe.

Jetzt noch einmal zur Klarstellung, das ist ein guter Auftakt, unserer Auseinandersetzung hier bei den Haushaltsberatungen: Ich habe damals gesagt, dass es in weiten Teilen der Wirtschaftspolitik keinen Dissens gibt, das betrifft nämlich die Fragen des Strukturwandels, ich aber immer bei

den entscheidenden Großprojekten, Ocean-Park, Space-Park und Musical, im klaren Dissens zu Ihnen war. Wie man nun mittlerweile beim Ocean-Park gesehen hat, hat sich ja auch das, was Sie sich da vorgestellt haben, nicht erfüllt. Sie haben selbst eben gesagt, auch die Erwartungen beim Musical haben sich nicht erfüllt. Sie haben es also mit einer klaren Misserfolgsgeschichte beim Musical zu tun.

Jetzt sagen Sie so schön, das sei ein Projekt der großen Koalition. Ja, genau! Das ist ein Projekt der großen Koalition. Sie haben das gemeinsam zu verantworten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie sind einer Fehleinschätzung erlegen. Ehrlich gesagt, dass es ein Projekt der großen Koalition ist, ist nun wirklich lapidar, weil wir zum Glück noch nicht so weit sind, dass einzelne Senatoren solche großen Dinge allein entscheiden können. Ich hoffe, dass es auch nie so weit kommt.

Meine Damen und Herren, natürlich gibt es aber Akteure, die gewisse Projekte vorantreiben, und Herr Haller und Herr Perschau sind in der ersten Legislaturperiode der großen Koalition diejenigen gewesen, die das politisch protegiert haben. Herr Hattig hat das geerbt, vielleicht sogar contre cœur, aber darum geht es hier ja nicht. Herr Hattig, es geht hier nicht darum, wie Sie das persönlich finden, sondern in Ihrer Verantwortung als Wirtschaftssenator haben Sie dieses Projekt weiter protegiert oder protegieren müssen. Zumindest haben Sie das geglaubt. Das ist der Punkt, mit dem wir uns hier und heute auseinander setzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt noch einmal zu der Frage Ihres Parlamentsverständnisses! Es ist auch nicht das erste Mal. dass wir uns darüber auseinander setzen. Ehrlich gesagt, zu Ihrer wunderbaren Behauptung - wahrscheinlich lieben Sie die Soziologen auch so besonders -, Desinformation besteht aus Überinformation! Da haben mir zum Glück auch meine Kollegen und vorhin auch Frau Lemke-Schulte schon deutlich gemacht, auch nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs: Es geht darum, dass wir hier mit Klarheit und Wahrheit erfahren, was im Haushalt los ist, und umfassend über die politischen Projekte, die Sie vorhaben und die wir begleiten und entscheiden müssen, informiert werden. Das ist das, was ein Parlament auszeichnet, Herr Senator!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Ich habe jetzt eines immer noch nicht erfahren, auch wenn ich merke, dass Sie ziemlich genervt und sauer sind! Das ist ja nicht zu übersehen und überhören, und Ihr Verhältnis zu Herrn Schulenberg ist vielleicht im Moment auch nicht das netteste. Was mich aber ehrlich gesagt interessiert, ist, was im letzten Jahr im Koalitionsausschuss eigentlich passiert ist. Sie sagen, es hätte kein besonderes Einvernehmen gegeben.

Was haben Sie eben - das habe ich mir extra mitgeschrieben - gesagt? Sie hätten keine bindenden Zusagen gemacht? Nein, aber vielleicht haben Sie etwas angedeutet, und es hat irgendwelche Gespräche gegeben, die Herr Schulenberg so interpretieren konnte, dass ihm das erst einmal genehm war. Sie wollten ja etwas von ihm. Sie wollten ja, dass er Ihnen das Musicalproblem abnimmt. Dann ist man ja vielleicht einmal geneigt, doch etwas zu signalisieren, was vielleicht nicht bindend auf dem Papier steht. Sonst kann ich mir überhaupt nicht erklären, warum Sie im Koalitionsausschuss anders als die SPD im letzten Herbst ja offensichtlich noch sehr gewillt waren, Herrn Schulenberg mit speziellen Marketingmitteln für "Hair" entgegenzukommen. Das ist dann nicht so gekommen, aber dem Vernehmen nach war das Ihre Position, die Sie da vertreten haben.

Da fragt man sich doch: Warum eigentlich? Was war denn da Ihre Interessenlage, wie kamen Sie denn dazu? So glasklar, wie Sie das auch hier heute, Herr Focke, für sich in Anspruch genommen haben, das sei immer die Position gewesen, war das nicht. Seit letztem Freitag, an dem dieser neue Beirat über die neuen Marketingmittel beraten hat, war das insgesamt klar.

Bei der SPD hat sich das länger abgezeichnet, sie hat das erst beschlossen und dann nicht durchgehalten, und hinterher ist sie auf diese Position zurückgekommen, weil der Druck so groß war. Das noch einmal zu Frau Lemke-Schulte, von wegen, lesen Sie doch einmal unsere alten Papiere! Die kann ich gern lesen, nur, die Frage der politischen Beurteilung und ob Sie von Anfang an konsequent waren, das ist ein ganz anderer Punkt, das waren Sie eben nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Letzte Bemerkung: Das ist noch einmal ein heikler Punkt, nämlich der TSC-Vertrag, Frau Lemke-Schulte hat es eben auch schon angedeutet. Im Oktober ist uns gesagt worden, auch die Überweisung des Kaufpreises stünde kurz bevor. Der Oktober ist lange her, meine Damen und Herren, wir

haben jetzt Ende Januar, und das Geld ist immer noch nicht da.

Hier gibt es jetzt einen gerichtlichen Streit. Ich frage mich, und de erwarte ich Auskunft, meine Kollegen im Haushaltsausschuss haben letzte Woche schon nachgefragt, wie dieser Vertrag eigentlich gestaltet ist. Sieht er etwa die Freiheit einer Neubewertung vor? Wie ist das eigentlich? Ich erwarte von Ihnen, dass Sie uns, den Haushaltspolitikern und den Wirtschaftspolitikern, hier eindeutig, und zwar mit der schriftlichen Grundlage, darlegen, was in diesem Vertrag geregelt ist oder was nicht geregelt ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir werden uns hier mit irgendwelchen Auskünften nicht mehr zufrieden geben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Lemke-Schulte.

Abg. Frau Lemke-Schulte (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Da ich meine Frage vorhin nicht stellen konnte, musste ich mich noch einmal kurz melden. Ich, und mit mir die ganze Fraktion, möchte dargelegt haben, und zwar möglichst bald - wenn das heute nicht möglich ist, dann zum wirklich schnellstmöglichen Zeitpunkt -, wie die Fragen, die ich zu Verhandlungen über Preisabschläge gestellt habe, zu beantworten sind, Herr Senator.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Des Weiteren möchten wir wissen, wie es zusammenpasst, dass Sie wörtlich eben gesagt haben, alle Vertragsverpflichtungen seien erfüllt worden, und dann sagten Sie, der Kaufpreis sei aber bisher nicht gezahlt worden, und Sie hätten rechtliche Schritte eingeleitet oder würden rechtliche Schritte einleiten, oder rechtliche Schritte seien eingeleitet, so etwa wörtlich habe ich das mitgeschrieben.

Wie passt das zusammen? Das kann ja nicht heißen, dass der Senat akzeptiert, dass der Sachstand so ist, wie er ist, wenn Sie sagen - das kann ich ja eigentlich logischerweise nur daraus schließen -, dass alle Vertragsverpflichtungen efüllt worden seien. Diese Frage möchte ich auch beantwortet haben, wie es mit der Zahlung des

-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Verkaufserlöses aussieht, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Höhe.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte doch einige Bemerkungen noch einmal zum Abschluss der Aktuellen Stunde machen, weil mich der eine oder andere Punkt, der hier vorgetragen wurde, tatsächlich auch ärgert.

(Abg. Kleen [SPD]: Uns auch! Da sind wir uns ja einig!)

Zunächst einmal, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, die Beschlüsse zum Musical, die gefasst worden sind, haben wir alle gemeinsam gefasst! Sie sind da mit im Boot, auch wenn Sie versuchen, sich jetzt einen trockenen Fuß zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Eines geht nicht, liebe Frau Lemke-Schulte: Auf der einen Seite Frau Trüpel lange erklären, wieso es an der SPD lag, dass es keine Zuschüsse beziehungsweise keine Mittel direkt für "Hair" gegeben hat, und auf der anderen Seite Herrn Schuller, der in seinem Kommentar diese Verantwortung, dass es keine Zuschüsse für "Hair" gab, sozusagen bei der CDU abgelagert hat, Recht zu geben. Da müssen Sie sich schon entscheiden, was der richtige Weg ist, Frau Lemke-Schulte!

(Beifall bei der CDU)

So unredlich zu argumentieren geht beim besten Willen nicht!

Dritter Punkt: Dieses Gremium, das letzten Freitag getagt hat, und die angeblichen Beschlüsse, die dort gefasst worden sind!

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Wieso angeblich?)

Ja, das will ich Ihnen erklären! Ich weiß ja nicht, wie das bei Ihnen in der Fraktion dann auch immer entsprechend weitergegeben wird. Es gab Gespräche zwischen Vertretern des Wirtschafts-

kabinetts, sprich der Senatskanzlei - Klammer auf, SPD, Klammer zu - und dem Wirtschaftssenator - -

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Klammer auf, CDU!)

Klammer auf, CDU! Selbstverständlich! Diese Gespräche haben zu einem Vorschlag geführt, der dem damaligen Mehrheitsgesellschafter der Betreibergesellschaft gemacht wurde, nämlich Herrn Schulenberg, das Musical mit einem Gesamtmarketingvolumen von knapp 700.000 DM zu unterstützen, wenn es eine Betreibergarantie bis zum 31. März 2002 von der Betreibergesellschaft gibt. Darauf hat Herr Schulenberg negativ reagiert und seine Gesellschaftsanteile veräußert. Dies hat dazu geführt, dass über diesen Beschluss oder diesen Vorschlag, der im Wirtschaftskabinett erarbeitet wurde, entsprechend der Beirat gar nicht mehr zu sprechen brauchte. Dazu gab es auch keinen Beschluss.

Dann gab es eine mündliche Anfrage vom neuen Betreiber, Herrn Arend, ob es nicht möglich wäre, einen Betrag von 180.000 DM zur Verfügung zu stellen und dann auf Wochenbasis zu entscheiden, ob das Musical sich noch rechnet oder nicht. Da haben wir gesagt, das mache aus Standortgesichtspunkten keinen Sinn, dies so mitzutragen. Es gibt aber überhaupt keinen Grundsatzbeschluss in diesem Gremium, dass, wenn es einen vernünftigen Vorschlag gibt, natürlich auch das Musical ins Standortmarketing eingebunden wird, meine verehrten Damen und Herren!

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Das haben wir nie bestritten!)

Um das auch noch ganz deutlich zu sagen: Ich finde, wir müssen auch aufpassen! Wir haben nach wie vor alle auch eine Verantwortung für die Mitarbeiter der Produktion "Hair", die im Moment versuchen, Tag für Tag die Vorstellung so gut wie möglich auszulasten. Das müssen wir uns hier auch noch einmal deutlich sagen!

(Beifall bei der CDU - Unruhe bei der SPD)

Deshalb geht es nicht an, dass wir hier schon das Musical Konkurs reden, sehr geehrte Damen und Herren, beziehungsweise uns heute schon öffentlich darüber Gedanken machen, wie eine mögliche Nachfolgenutzung aussehen kann. Zurzeit gibt es einen gültigen Vertrag zwischen der Stadt

und einem Musicalbetreiber, an den wir uns zu halten haben.

(Zuruf des Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen])

Nein, Herr Mützelburg, aber im Gegensatz zu Oppositionsparteien, finde ich, haben gerade Regierungsfraktionen auch die Verantwortung, einen Spielbetrieb den privaten Partnern so gut wie möglich tatsächlich auch zu ermöglichen und nicht schon heute permanent über den Konkurs zu eden.

(Beifall bei der CDU - Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Um auch mit dieser Mär noch einmal aufzuräumen, Frau Kollegin Dr. Trüpel, Sie haben ja noch einmal darauf aufmerksam gemacht, dass es ein solches Millionengrab wäre et cetera. Sie wissen ganz genau, dass es selbst zu "Jekyll and Hyde", worüber wir viele Diskussionen geführt haben, einen Abschlussbericht mit einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung gab. In diesem Abschlussbericht stand: 18,2 Millionen DM Ausgaben, 17,5 Millionen DM Einnahmen. Das ist ein totaler Verlust von 700.000 DM! Heutzutage bei der Musicalproduktion "Hair" keine direkten Zuschüsse! Das ist im Moment der Status quo.

Wenn es eine neue Aufgabe gibt, wenn sich dort der Betreiber entschließt, aus welchen Gründen auch immer, aus einem Vertrag auszusteigen, dann haben wir natürlich die Aufgabe, uns Gedanken zu machen. Wir werden dann sicherlich auch gemeinschaftlich wieder entscheiden, liebe Frau Lemke-Schulte, mit der SPD-Fraktion gemeinsam - wie auch bei allen Beschlüssen vorher -, wie denn eine Zukunftslösung im Theater am Richtweg tatsächlich aussieht. Dann, glaube ich, werden wir auch dort einen tragfähigen Vorschlag gemeinsam machen. Ich bin mir sicher, dass Sie auch dann wieder an unserer Seite sind, wie Sie es in den kritischen Situationen bisher auch waren. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Böhrnsen.

(Abg. Eckhoff [CDU]: In der Aktuellen Stunde geht das nicht!)

Meine Damen und Herren, dann liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

Förderung und Integration von Kindern mit Behinderungen in der Schule

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 19. Oktober 2001 (Drucksache 15/375 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2001 (Drucksache 15/501 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Lemke.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Herr Senator, ich gehe davon aus, dass Sie darauf verzichten wollen, die Große Anfrage mündlich zu wiederholen.

Meine Damen und Herren, dann treten wir in eine Aussprache ein.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Von den 46.000 Schülerinnen und Schülern in Bremer Schulen in den Klassen eins bis zehn sind rund 3200 Schüler auf die eine oder andere Weise sonderpädagogisch förderbedürftig. Kurz gesagt, sie leiden an einer Behinderung, die in der Schule besonders gefördert werden muss. Das sind immerhin knapp sieben Prozent aller Schüler in dieser Stadt, eine Gruppe, die eine besondere Aufmerksamkeit verdient, nicht nur in ihrer Zahl, sondern auch deshalb, weil sie von vornherein in unserem Bildungssystem benachteiligt ist.

Im Jahr 1994 hat diese Bürgerschaft ein Schulgesetz verabschiedet, das zu dieser Situation - die damals noch nicht so krass war, denn die Zahl der behinderten Schülerinnen und Schüler ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen - ausdrücklich in Paragraph 4 Absatz 5 festlegt, dass Schülerinnen und Schüler, behinderte und nichtbehinderte, so weit wie möglich gemeinsam unterrichtet und am Schulleben teilnehmen sollen.

Das ist ein Auftrag, der noch aus der Zeit der Regierung von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP stammt und der dann seinerzeit von der

-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Schulverwaltung auch dahingehend umgesetzt wurde, dass in Bremen die bis 1994 üblichen Sonderschulen weitgehend, bis auf einige spezielle, aufgelöst und in Förderzentren umgewandelt wurden. Über diese Förderzentren wurde vor allen Dingen den Grundschulen, aber dann auch den Schulen der Sekundarstufe I, Personal und Mittel zur Integration von behinderten Kindern in die Regelschule gegeben. Das war damals das Ziel, und das ist auch versucht worden, organisatorisch umzusetzen.

Nun liegt dieser Auftrag acht Jahre zurück, die α-ganisatorischen Voraussetzungen für die Grundschule sind schon vor Jahren abgeschlossen worden, und Bündnis 90/Die Grünen hat nach dem Stand im Jahr 2002 gefragt. Der Senat hat eine Antwort auf die Große Anfrage vorgelegt, die zwar ausführlich ist, deren Antworten aber leider belegen, dass in den letzten Jahren nicht viel getan worden ist. Das, was getan worden ist, ist häufig eher zuungunsten und nicht zugunsten der behinderten Schülerinnen und Schüler passiert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Still ruht der See, kann man für die ersten vier Jahre der großen Koalition in dieser Frage einfach nur sagen! Wenn Sie die Anfrage lesen, stellen Sie als allererstes fest, dass wichtige Daten überhaupt nicht vorhanden sind, wichtige Daten zum Beispiel über das Personal, das zur Verfügung stand, vor allen Dingen über das nicht unterrichtende Personal, das zur Betreuung von behinderten, insbesondere körperbehinderten Schülerinnen und Schülern, gebraucht wird. Fehlanzeige, weil der Senator für Bildung einfach sagt, Materialdaten stehen nicht zur Verfügung! Das ist auch noch in einigen anderen Fällen so gewesen.

Ich will nicht behaupten, dass die Behörde geschlampt hat. Nein, es ist eher ein Ausdruck dafür, dass die Problematik der behinderten Schülerinnen und Schüler in den Schulen eine bestimmte Zeit in der Bildungsbehörde nicht die notwendige Aufmerksamkeit gefunden hat. Wenn man nicht einmal Daten hat, dann kann man auch nicht vernünftig arbeiten und planen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, auch sagt die Antwort ganz deutlich, dass erst jetzt begonnen wird, sich den veränderten Umständen in der Schule und der veränderten Situation der behinderten Schülerinnen und Schüler anzunehmen und neue Konzepte zu entwickeln. Das lässt darauf schließen, dass in den vergangenen Jahren eben keine Konzepte entwickelt worden sind.

Ich sage einmal kurz, worauf die Anfrage in diesem Punkt besonders abstellt. In der Grundschule, im ersten Schuljahr und in den folgenden Jahren, muss die Integration behinderter Schülerinnen und Schüler beginnen und durchgeführt werden. Die Anfrage erklärt deutlich, dass die Schulen, die Grundschulen selbst sehr viel mehr Kinder für sonderpädagogisch förderbedürftig erklären als die Fachleute in den Förderzentren. Etwa dreimal soviel Schülerinnen und Schüler werden für förderbedürftig gehalten, wie die Fachleute tatsächlich nachher feststellen. Woran liegt das? Gibt es tatsächlich so viele behinderte Kinder zusätzlich, oder liegt es vielmehr daran, dass die Lehrerinnen und Lehrer in den Grundschulen heute mit einer völlig heterogenen Schülerschaft, in vielen Grundschulen sind es, Sie haben das ja schon diskutiert, Schüler aus vielerlei Nationen, konfrontiert sind. Es gibt viele familiäre Probleme, die Schülerschaft ist nicht mehr so zusammengesetzt wie vor acht, neun oder zehn Jahren in den Grundschulen.

Dass da die zusätzliche Aufgabe, behinderte Schüler, und das sind nicht nur lernbehinderte, sondern auch körperlich und manchmal auch geistig behinderte Schülerinnen und Schüler, entsprechend zu integrieren, die Fähigkeiten dieser Lehrerinnen und Lehrer bei der heutigen Personalausstattung, Qualifikation und bei den Möglichkeiten, den anderen Schülerinnen und Schülern auch gleichzeitig gerecht zu werden, einfach nicht ausreichen, ist klar. Diese veränderte Situation in den Grundschulen muss letztlich zu Lasten der behinderten Schülerinnen und Schüler gehen, weil sie nicht ausreichend gefördert werden können und die Integration nicht stattfindet. Wer die Anfrage deutlich liest, sieht genau, dass das ein Kernproblem ist und dass die Behörde jetzt, im Jahr 2002, beginnt, neue Konzepte für die Förderung von der Grundschule an auszuarbeiten.

Krasser ist es noch für die Kinder, die nach der Grundschule in die Sekundarstufe I, also in die Orientierungsstufe kommen. Wer in Bremen-Nord lebt, konnte vor einer Woche in der "Norddeutschen" lesen: "Eltern: Die Lage für die Kinder ist fatal!" Mit fatal ist gemeint, dass behinderte Kinder, die aus der vierten Klasse Grundschule - die dort versucht wurden, in das Schulleben und den Unterricht zu integrieren - in die Orientierungsstufe gewechselt sind, und nunmehr keine Integrationsangebote mehr richtig stattfinden, so dass diese Schüler in gesonderten Gruppen unterrichtet werden.

Dieser Fall, über den die Eltern dort klagen, ist kein Einzelfall an Bremer Schulen, sondern er tritt zahlreich und an verschiedenen Schulen auf und belegt, dass das Integrationskonzept bis heute nach der Grundschule, in der Grundschule ist es versucht worden - ich habe gerade gesagt, welche Probleme es gibt -, nicht ausreichend fortgeführt worden ist. Damit ist die Bildungsbehörde und die ihr nachgeordneten Schulen in dieser Frage dem Auftrag des Bremischen Schulgesetzes nicht hinlänglich nachgekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun ist der Auftrag nicht das Entscheidende, sondern das Entscheidende ist, wie es den Kindern dabei geht. Das ist der Kernpunkt dabei. Wenn das Gesetz nicht zeitgemäß ist, könnte man ja sagen, dass man es ändert. Ich glaube aber, und darin sind sich alle Lehrer und fast alle Eltern einig, dass niemand zur alten Sonderschule zurück will, wie es sie früher gab, sondern dass alle dafür sind, das jetzige System im Grundsatz beizubehalten und auszubauen. Nur, dann muss man es auch wollen, denn es kommt den behinderten Schülerinnen und Schülern zugute.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ein zweites Problem ist die Lage der besonders körperlich und geistig, oft schwer mehrfachbehinderten Kinder. Dort gibt es seit langem das Problem, dass sie eine persönliche Betreuung brauchen, Assistenz heißt das. Die bekommen auch die Körperbehinderten, es ist eine kleine Gruppe von rund 60 Schülern, die die heute in Bremen bekommen. Fast jeder, der einen Antrag stellt, bekommt auch Personalunterstützung.

Nur, leider gibt es a) ein Problem mit der Finanzierung dieser Frage, es wird von Haushalt zu Haushalt geschoben und im Moment aus Haushaltsresten bezahlt, es gibt keine klare Perspektive, und b) gibt es ein Problem, dass hier Verträge mit Kräften abgeschlossen werden, die nicht unbedingt die fachlich richtig ausgebildeten Kräfte sind, die die Kinder persönlich betreuen sollen, sondern es sind Kräfte über einen freien Träger, die auch nebenbei als Zweitkräfte im Unterricht eingesetzt werden. Das ist nach dem Gesetz eigentlich nicht zulässig, wird aber aus Kostengründen gemacht und wird den Kindern nicht ausreichend gerecht und dem Rechtsanspruch der Eltern auf eine vernünftige persönliche Betreuung ihrer schwerbehinderten Kinder auch nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie können es dem Bericht entnehmen, dass das hier eine Aufgabe ist, die bis heute nicht gelöst ist und die letztlich nicht zugunsten dieser Kinder ist. Ein ganz schwerwiegendes Problem sind die Migrantenkinder unter den Behinderten. Wer die Anfrage liest, kommt schnell zu dem Ergebnis, dass, das kann man auch anderen Daten entnehmen, etwa 17 Prozent der Schüler bis zur zehnten Klasse in Bremen Kinder aus Zuwandererfamilien sind, dass der Anteil aber unter den behinderten Kindern erheblich größer ist. Er liegt in der Sonderschule bei 24 Prozent, in den so genannten Integrationsklassen bei 25 Prozent, und unter den Lernbehinderten, ich nenne einmal dieses unangenehme Wort, weil es hier in der Statistik auftaucht, liegt er bei weit über 30 Prozent.

Nun wird keiner sagen, ausländische Kinder sind häufiger behindert oder dümmer als Deutsche per se. Hier liegt also insgesamt ein Strukturproblem vor, das garantiert auch etwas mit der sprachlichen Fähigkeit der Kinder selbst zu tun hat. Wir werden an anderer Stelle noch über die Frage Migrantenkinder und deutschsprachige Kinder unbedingt reden müssen. Ich glaube, es steht auf der Tagesordnung, wir lesen ja jeden Tag in der Presse etwas darüber.

Bei diesen behinderten Kindern ist diese Frage aber genauso aktuell wie bei allen anderen Kindern, die in der Regelschule sind. Wer die Antwort auf diese Anfrage deutlich und klar liest, sieht, dass diese Kinder noch krasser benachteiligt sind als die nichtbehinderten ausländischen und deutschen Kinder aus Zuwandererfamilien in der Regelschule schon heute. Auch hier liegt ein großes Manko. Wer sich da auskennt und auch, wer die Anfrage liest, kann sehen, dass in dem Bereich "Deutsch als Zweitsprache" in den ersten vier Jahren der großen Koalition heftige Kürzungen vorgenommen worden sind. Die Unterrichtsstunden sind fast halbiert worden.

Das ist nicht im Sinne der Debatte, die wir jetzt führen, und erst recht nicht, wenn jahrelang, das ist unter Fachleuten auch kein Geheimnis, die zugewiesenen Stunden nicht unbedingt dafür genutzt worden sind, wofür sie eigentlich vorgesehen waren. Auch hier besteht noch eine Aufgabe, die nicht hinreichend gelöst ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Glocke)

Meine Damen und Herren, die Anfrage hat noch viele weitere Punkte, die klar zeigen, dass hier überhaupt erst einmal wieder ein Bewusstsein entstehen muss, damit die behinderten Kinder in den Schulen der Stadtgemeinde Bremen - wir haben nur nach der Stadtgemeinde Bremen gefragt, ich will Bremerhaven hier einmal außen vor lassen - mehr Aufmerksamkeit verdienen, als sie in den letzten Jahren erfahren haben.

Ich will mit einer Erinnerung an eine Rede des Bundespräsidenten schließen, die er vor etwa zwei Wochen zur Situation der Bildungspolitik gehalten hat. Er hat dort gesagt: "Es ist eine Schande für ein so reiches Land wie die Bundesrepublik Deutschland, dass es sich in der Bildung so arm gbt. Es ist eine Schande, dass wir den Schülern nicht das geben, was wir ihnen geben können." Ich füge hinzu: Es wäre auch eine Schande, wenn wir den behinderten Schülerinnen und Schülern nicht das geben, was wir ihnen tatsächlich geben müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Jansen.

Abg. Frau Jansen (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Bundesverfassungsgericht hat am 30. Juli 1996 behinderten Schülerinnen und Schülern einen vorrangigen Anspruch auf den Besuch einer allgemeinen Schule zugesprochen. Die Entscheidung beinhaltet zwar keinen absoluten Anspruch, aber eindeutig einen vorrangigen Anspruch für behinderte Kinder auf den Besuch einer allgemeinen Schule. Dadurch ist es notwendig geworden, dass die Schule und die Schulverwaltungen eine erhöhte Begründungspflicht haben, und zwar in jedem Einzelfall, wenn ein Kind in eine Sonderschule eingeschult werden soll.

Die Bildungsbehörde hier in Bremen hat damals argumentiert, dass das Karlsruher Urteil der bildungspolitischen Zielrichtung im Bereich der schulischen Behindertenförderung in Bremen entsprechen würde, da sich das Bremer Schulgesetz auf dem Boden des grundgesetzlich verankerten Benachteiligungs verbotes bewege und es so ausgestaltet sei, dass der Sonderschulbesuch eine Ausnahme darstellen solle, die besonders zu begründen sei. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben nach dem Schulgesetz im Rahmen der Schulpflicht das Recht, allgemeine Schulen zu besuchen und dort die erforderlichen Hilfen für die Teilnahme am Unterricht zu erhalten. Der Unterricht ist so weit wie möglich gemeinsam durchzuführen. Nur ausnahmsweise ist eine œsonderte Förderung in einer Sonderschule nach dem Schulgesetz erforderlich oder zweckmäßig.

Ganz wichtig ist für die SPD-Fraktion die Feststellung, dass das Schulgesetz darüber hinaus festschreibt, dass alle Schulen einen Entwicklungsauftrag haben, den Unterricht und das weitere Schulleben für behinderte und nichtbehinderte Kinder so weit wie möglich gemeinsam zu gestalten, um der Ausgrenzung von Behinderten sowie

Beeinträchtigungen in der Entwicklung der Kinder durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken und Auswirkungen von Behinderungen auszugleichen und zu mildern.

(Beifall bei der SPD)

Mein Fazit: Die Entwicklung von Formen des gemeinsamen Unterrichts für behinderte und nichtbehinderte Kinder ist in Bremen nicht mehr abhängig von der Freiwilligkeit einzelner Schulen oder Lehrkräfte, sondern Entwicklungsauftrag für alle Schulen. Soweit zur Theorie!

Nun zur Praxis! Die Anfrage der Grünen zur Integration ist im Wesentlichen eine Abfrage zahlenmäßiger Entwicklungen und die Antwort des Senats eine Fleißarbeit der zuständigen Behördenmitarbeiterinnen. Die Fragen und dementsprechend auch die Antworten gehen auf die unserer Auffassung nach notwendige Frage, wie es mit der Integration von behinderten Kindern in Bremen weitergeht, kaum ein.

Können wir die an uns gestellten Forderungen aus dem Schulgesetz erfüllen? Wollen wir sie noch erfüllen? Müssen wir vor dem Hindergrund der Pisa-Ergebnisse die Frage der Integration verstärkt wieder aufnehmen oder sogar neu stellen? Kann in einem gegliederten Schulsystem die Integration gelingen, oder schafft beziehungsweise verstärkt das gegliederte Schulsystem nicht gerade die Probleme und Behinderungen?

Besonders gilt dies bei Kindern mit festgestellten Lerndefiziten, genannt Lernbehinderung, oder bei Kindern mit Entwicklungsstörungen, Verhaltensauffälligkeiten und Sprachauffälligkeiten. Diese Kinder sind in der Regel aus sozial schwierigen Familienverhältnissen und/oder aus Migrantenfamilien. Die Zahl dieser ausländischen Schüler ist allerdings zurzeit etwas rückläufig. Es sind also Kinder, die nicht mit einer Behinderung auf die Welt gekommen sind. Es sind Kinder, die nicht im klassischen Sinn behindert sind, sondern diese Kinder werden in ihrer Entwicklung behindert durch verschiedene Faktoren,

(Beifall bei der SPD)

aus dem Elternhaus heraus, aber häufig auch aus der Schule heraus. Diese Kinder sind es, die die Mehrheit dieser Sonderschüler darstellen, davon sind zirka zwei Drittel Jungen. Die Migrantenkinder, das hat auch Herr Mützelburg schon gesagt, sind überproportional betroffen.

Der Unterricht und die Organisation der Schule mit ihrem harten Selektionsdruck behindern Kinder in ihrer Entwicklung. Eine Schule, die darauf organisiert ist, Mittelmaß zu produzieren, behindert Kinder in ihrer Entwicklung, die schwachen und die starken. Vor diesem Hintergrund möchte ich gern an den erfolgreichen, von uns aber aus Kostengründen beendeten Modellversuch erinnern. Hier war es möglich, selbst schwerstbehinderte Kinder, körperlich und geistig behinderte Kinder, zu integrieren und gleichzeitig leistungsstarke Kinder zu fördern und dabei auch noch die Selbstverständlichkeit des gemeinsamen Lebens und Lernens zu fördern.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Jahr 1994 haben wir das neue Schulgesetz verabschiedet. Dieses Schulgesetz macht den gemeinsamen Unterricht zur Regel- und Entwicklungsaufgabe für alle Schulen. Bremen war zu diesem Zeitpunkt führend in der Bemühung, den gemeinsamen Unterricht für alle Kinder voranzubringen. Das lag einerseits an dem hohen Einsatz der Eltern behinderter Kinder, aber auch an dem Einsatz und der Überzeugungsarbeit der leider viel zu früh verstorbenen Sonderschulreferentin Frau Kleinert-Molitor, an die ich hier noch einmal mit Dankbarkeit erinnern möchte.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Durch ihren Tod bedingt haben wir über Jahre hinweg einen gewissen Stillstand in der Weiterentwicklung der Integrationsarbeit erlebt. Ich habe mir die Beschlüsse und Konzeptionen aus der Zeit nach 1994 noch einmal angesehen. Ich muss leider feststellen, dass wir nicht sehr viel weiter sind als damals. Ich muss auch feststellen, dass wir uns in bestimmten Regionen eher auf dem Rückmarsch befinden. Das, was wirklich weitergekommen ist, ist der Ausbau der Kooperationsklassen im Bereich der Schüler mit geistigen Entwicklungsstörungen, und die Einzelintegrationsmaßnahmen für körperbehinderte und sinnesgeschädigte Kinder sind ausgebaut worden mit Hilfe des Assistenzprogramms.

Trotz dieser sehr kritischen Einschätzung sind wir in Bremen aber insgesamt gesehen in Deutschland immer noch ganz gut, was die Integration anbelangt. Das möchte ich hier auch noch einmal sagen, weil sich das alles doch sehr kritisch anhört.

(Beifall bei der SPD)

Es geht aber leider auch noch ein bisschen kritisch weiter. Die Förderzentrumsarbeit an der Grundschule hat sich in weiten Teilen nicht integrativ entwickelt. Die vorherrschende Form ist offenbar immer noch die Einrichtung von Sonder-

gruppen, bestenfalls werden kooperative Formen versucht. Nur in Ausnahmefällen gibt es eine integrative Beschulung. Insbesondere im Sek-I-Bereich gibt es kaum Fortschritte. Nach meiner Einschätzung ist der gemeinsame Auftrag des Schulgesetzes noch nicht angenommen worden, sondern wir befinden uns immer noch im Stadium der Freiwilligkeit.

Die Regelschulen haben keine umfassenden Konzepte entwickelt, um den Auftrag umzusetzen, obwohl das auch vor dem Hintergrund der sich deutlich verändernden Schülerschaft, die immer heterogener wird, dringend notwendig gewesen wäre und weiter ist. Die Antwort darauf kann nicht sein, immer mehr Kinder zu Behinderten zu machen, um damit dem Sonderpädagogikbereich die Verantwortung für die Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlichen zu übertragen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte hier feststellen, dass es die Problemkinder aller Art sind, die die Notwendigkeit von Individualisierung und Differenzierung im Unterricht besonders nachdrücklich beweisen, also eine Unterrichtsform fordern, die letztlich auch den nicht auffälligen, leicht lernenden Kindern zugute kommt.

Weiter muss ich an dieser Stelle noch einmal feststellen, dass die personellen, pädagogischen und didaktischen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, denn hier haben wir gesündigt. Die personelle Ausstattung der Förderzentren hat sich verschlechtert. Es gibt anscheinend keine Vertretungsstunden mehr, und die präventive Arbeit in den Grundschulen ist auch immer weiter eingeschränkt worden.

Meine Damen und Herren, es trifft weiter zu, was wir bei der Einführung der Förderzentren schon einmal festgestellt haben, die Ressourcenfrage ist als ein zentrales Problem der Entwicklungen und ihrer Akzeptanz wahrzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Ende meiner Rede möchte ich noch einmal feststellen, gerade weil jetzt wieder verstärkt die Forderungen teilweise auch aus der Elternschaft kommen, die Sonderschulen aufrechtzuerhalten: Auch wenn die Sonderschulen noch so gut ausgestattet wären und noch verbessert werden würden, bleibt doch festzuhalten, dass der Sonderschulbesuch den Erfahrungsbereich der Kinder schmälert, die Lebenschancen einengt und sie mit einem Stigma behaftet, das für das ganze Leben gravierende Folgen haben kann.

Meine Damen und Herren, ich bin den Grünen für diese Große Anfrage dankbar, weil sie den Wiedereinstieg in die Diskussion bedeuten kann. Wir werden uns im Integrationsausschuss der Deputation mit der Weiterentwicklung der Förderzentrumsarbeit befassen und hoffentlich zu guten Ergebnissen kommen, denn eines steht fest: Die Möglichkeiten, schwierigen, auffälligen und behinderten Kindern Hilfen zu bieten, sind keinesfalls ausgeschöpft. - Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Jamnig-Stellmach.

Abg. Frau **Jamnig-Stellmach** (CDU)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn schon die SPD-Fraktion mit ihrem Senator unzufrieden ist und mit seiner Leistung, was die Förderung von Behinderten angeht, dann fällt es mir nicht schwer, hier einzelne Kritikpunkte anzubringen!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Sonst auch nicht!)

Die Antwort des Senats ist knochentrocken mit unendlich vielen Zahlentabellen, und man stellt fest, die wichtigsten Zahlen fehlen. Herr Mützelburg hat es ja schon gesagt. Die Schicksale der betroffenen Kinder und ihrer Familien werden durch diesen Wust von Formalitäten nahezu überdeckt.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, es ist auch in diesem Fall Aufgabe der Politik, ein für die Entwicklung der Kinder hilfreiches Umfeld zu ermöglichen, allerdings als Haushaltsnotlageland arbeiten wir unter erschwerten Bedingungen, weil wir nicht alle denkbaren Fördermodelle umsetzen können. Das heißt für uns, wir müssen innerhalb des vorhandenen Systems Veränderungen vornehmen, um die steigende Zahl förderbedürftiger Kinder unterstützen zu können.

Ich möchte zu vier Punkten Stellung nehmen, erstens zum Ziel von Förderung und Integration, zweitens zum Förderkonzept für die Grundschulen, drittens zu dem Zusammenhang von Lehrerwochenstunden und Förderbedarf und als Letztes zu der Berechnungsformel, die der Zuweisung von Lehrerwochenstunden zugrunde liegt.

Die Schülerzahlen im Sonderschulbereich sind zurückgegangen. Mit anderen Worten: Das politische Ziel ist erreicht. Aber was heißt das? Die steigenden Zahlen machen deutlich, dass das Problem nicht erledigt ist. Wir haben höhere Zahlen bei Kindern mit geistigen Entwicklungsstörungen, und wir haben höhere Zahlen insbesondere bei Schwerst- und Mehrfachbehinderungen. Das Erreichen des politischen Ziels, die Zahlen der Kinder, die Sonderschulen besuchen, zu drücken, hat seinen Preis. Die Zahl der Kinder mit Förderbedarf stieg von 1999/2000 824 Kinder auf 1286 in 2000/2001. Immerhin gibt es jetzt einmal eine Statistik dazu. Vorher war das ja immer nur Graubereich. Wir wussten gar nicht so genau, was noch Sonderschule und was Förderbedarf in der Grundschule ist.

Der Erfolg der Integrationsklassen, wo sie denn vorhanden sind, ist, immer mehr Eltern versuchen, ihre Kinder dort einzuschulen mit der Hoffnung, dass ihre Kinder, auch wenn sie nur andeutungsweise Lernschwierigkeiten oder Verhaltensstörungen aufzeigen, dort besser aufgehoben sind. Ob diese Erwartungen tatsächlich erfüllt werden, lassen wir einmal dahingestellt sein. In der Anfrage der Grünen wird leider nicht gefragt, ob dieses Ziel der Förderung in den Grundschulen denn tatsächlich erreicht wird. Das ist schade, dass wir dazu keine Aussagen bekommen, obwohl der Senator natürlich frei wäre, sich über die Fragen hinaus zu äußern. Aber das war hier wohl nicht gewollt.

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Sie können ja in der Deputation nachfragen!)

Nach den Vorstellungen der CDU-Fraktion muss das Ziel von Integration und Förderung sein, die Situation der Kinder spürbar und auch nachprüfbar zu verbessern. Wenn wir beispielsweise für zehn Prozent der Schülerinnen und Schüler, die Gefahr laufen, die Schulen ohne Abschluss zu verlassen, vielfältige Möglichkeiten anbieten, um doch noch einen Abschluss zu erreichen, damit ihnen der Weg in einen Beruf ermöglicht und erleichtert wird, versetzen wir sie damit langfristig in die Lage, unabhängig von Transferleistungen ihr Leben möglichst selbst zu bestimmen. Einen ähnlichen Ansatz erwarten wir auch für die lern- und sprachbehinderten Kinder, ebenso für die steigende Zahl der verhaltensauffälligen.

(Beifall bei der CDU)

Hier muss die Unterstützung allerdings sehr viel früher einsetzen, in der Grundschule. Kinder mit

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Behinderungen leben häufig in einem schwierigen Familienumfeld, das sie zusätzlich belastet, und Kinder mit Behinderungen sind durch ihre speziellen Bedürfnisse auch für die Familien eine Belastung. Deshalb kann nicht nur die Schule für die Förderung und die Integration von behinderten und lernbehinderten Kindern zuständig sein.

(Beifall bei der CDU)

Andere Einrichtungen müssen eingebunden werden, beispielsweise die Familienhilfe. Dies gilt auch für die Fortführung der Integration über die Grundschulen hinaus. Die Sek-I-Zentren haben laut Antwort des Senats einen Planungsauftrag. Den haben sie schon lange, aber wie werden sie aus der Behörde unterstützt, damit sie mit ihren Planungen zu Ende kommen? Wir können auf diese Planungen für die Sek I nicht so lange warten, wie wir auf das Konzept der Fördermaßnahmen in den Grundschulen warten.

Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten einen Absatz aus der Antwort des Senats. Für diesen Absatz reicht meine Lesekompetenz nicht aus. Vielleicht kann mir da geholfen werden, Herr Senator: "Innerhalb des Umstrukturierungsprozesses im Rahmen der Umsetzung der Ressortstrategie wird zukünftig durch das Projekt Konsolidierung und Neustrukturierung der Förderzentrumsarbeit die Entwicklung der Förderzentrumsarbeit in der Sek I unter besonderer Berücksichtigung der Beschulung stark verhaltensauffälliger Kinder und Jugendlicher und der Schaffung eines beratenden und krisenintervenierenden Netzwerkes neu konzipiert." Bitte, was heißt das?

(Heiterkeit bei der CDU)

Damit komme ich zu meinem zweiten Punkt. Seit 1997 soll ein Förderkonzept für die Grundschulen entwickelt werden. Allerdings ist man über das Fragen bisher nicht hinausgekommen. Es wird gefragt und eingefordert, umfassende Förderkonzepte zu entwickeln, auch noch 2002. Herr Senator, wie lange soll denn noch gefragt und gefordert werden? Jetzt einmal im Ernst: Wer ist denn verantwortlich für das, was passiert!

(Beifall bei der CDU)

Es muss den Grundschulen seitens der Behörde ein Rahmen vorgegeben werden, innerhalb dessen sie schulspezifische Konzepte entwickeln können. Wir können doch die Schulen nicht allein lassen.

(Beifall bei der CDU)

Es darf nicht länger von der zufällig zur Verfügung stehenden Personalkonstellation oder vom zufälligen Engagement Einzelner in einer Schule abhängen, wie Kinder in der Grundschule gefördert werden. Eltern müssen sicher sein können, dass ihre Kinder in allen Schulen ähnlich gute Bedingungen antreffen.

(Beifall bei der CDU)

Nicht ohne Grund hat die CDU in den Haushaltsverhandlungen mehr Stunden für die Grundschulen eingefordert, was ja bekanntermaßen von der SPD abgelehnt wurde.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das ist eine Lüge! - Unruhe bei der CDU - Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Nehme ich zurück!)

Die wenigen Förderstunden, die den Grundschulen noch zur Verfügung stehen, Frau Hövelmann, werden häufig durch Vertretungsstunden aufgefressen.

Fazit: Wir dürfen die Grundschulen nicht allein lassen, sonst warten wir noch ewig. Es muss auch Unterstützung aus den anderen Ressorts eingefordert, eingeplant und organisiert werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zu meinem dritten Punkt: Lehrerwochenstundenzahl. Die statistischen Übersichten in dieser Antwort des Senats zeigen eine Differenz zwischen dem rechnerischen Lehrerstundenbedarf, damit sind die Lehrerstunden gemeint, die sich aus anerkannten sonderpädagogischen Förderbedarfen der Schülerinnen und Schüler ergeben, und den tatsächlich zur Verfügung stehenden Lehrerstunden gemessen an den vorhandenen Lehrern. Wie wird diese Lücke geschlossen? Keine Antwort! Die Differenz wird weder kommentiert noch erklärt. Das war allerdings auch nicht gefragt. Schade!

Theoretisch werden den Förderzentren zu Beginn eines jeden Schuljahres so viele Stunden zugewiesen, wie es dem Förderbedarf der durch sie zu betreuenden Kinder entspricht. Das heißt, um mit ihrem Stundenkontingent zurechtzukommen, werden die Förderzentren äußerst zurückhaltend sein, um weiteren Kindern einen zusätzlichen Förderbedarf zu attestieren, den sie dann ja nicht mehr leisten könnten. Es soll allerdings auch Förderzentren mit einer guten Stundenausstattung geben, die folglich weiteren Förderbedarf attestieren können. Das heißt, es gibt Schulen, in denen Kinder größere Chancen haben, gefördert zu werden.

Nun zur Berechnungsformel für diesen Bedarf! Die Stundenzuweisung berechnet sich nach 5,7 Prozent der Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs mal 2,6 Stunden. Wenn ich mit den zur Verfügung stehenden Zahlen richtig gerechnet habe, stehen damit jedem Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Durchschnitt 1,3 Stunden zur Verfügung. Aber vielleicht habe ich da ja einen Förderbedarf.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Der Satz war aber auch nicht so einfach zu verstehen!)

Allerdings, wenn das stimmt, dann ist das zu wenig. Andere Bundesländer gehen von höheren Sätzen aus.

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Das stimmt nun aber auch wieder nicht!)

Die Zuschläge aus dem Sozialstrukturbedarf, die immer noch als Unterstützung für die Stunden angeführt werden, die förderbedürftigen Kindern zur Verfügung stehen, gehen direkt an die Grundschulen. Es ist unwahrscheinlich, dass überall, an allen Standorten, alle erforderlichen Förderstunden daraus abgedeckt werden, denn wir wissen, dass die Förderbedarfe unter anderem mit den Vertretungsstunden konkurrieren. So ist es unwahrscheinlich, dass alle Kinder den ihnen attestierten Förderbedarf auch tatsächlich bekommen. (Glocke)

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident! Mit anderen Worten, nach der Antwort des Senats, die die steigenden Zahlen bestätigt, muss, um die tatsächlichen sonderpädagogischen Förderbedarfe zu erfüllen, überprüft werden, ob diese Berechnungsformel noch angemessen ist. Des Weiteren müssen entweder die Förderzentren besser ausgestattet werden oder aber, was wahrscheinlich unerwünscht ist, in den Regionen für die jeweiligen Unterstützungsmaßnahmen Förderklassen eingerichtet werden, um zumindest zeitlich begrenzt Kinder intensiv fördern zu können. Selbst die Grundschulen sagen, zu Beginn einer Schulanfangsphase hätten wir gern mehr Betreuungsund Beobachtungspersonal, weil wir sicher sind, dass wir bei vielen Kindern langfristige Fördermaßnahmen verhindern könnten, wenn wir anfangs gleich mehr Möglichkeiten hätten.

Für die Grundschule muss kurzfristig ein Rahmenkonzept entwickelt werden, in das die schulspezifischen Modelle eingearbeitet werden können. Die Entwicklung von unterstützenden Netzwerken sollte gefördert werden, damit die Grund-

schulen entlastet und andere Institutionen, die die gleichen Kunden haben, mit zur Verantwortung gezogen werden. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will noch ganz knapp auf drei Punkte eingehen. Erstens, Frau Jamnig-Stellmach, das geht nicht, was Sie jetzt am Schluss gesagt haben. Nehmen wir das Ziel Integration auch in der Grundschule vom ersten Schuljahr an ernst, am liebsten schon im Kindergarten müssten wir es genau so ernst nehmen! Wenn wir Pisa jetzt richtig ernst nehmen, fangen wir nicht erst bei der Grundschule an. Wenn wir das aber ernst nehmen, machen wir nicht aus den S-Gruppen irgendwelche F-Gruppen, hängen statt "Sonder" ein "Förder" daran, sondern wir versuchen tatsächlich, die Grundschulen so auszustatten, und das Personal, das in den Grundschulen arbeitet, ich sage ausdrücklich Personal und nicht nur Lehrerinnen und Lehrer, müssen wir so qualifizieren, dass es auch in der Lage ist, mit den verschiedenen Gruppen in der Grundschule umzuaehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das Zweite, die Frage ist heute noch nicht angesprochen worden, ist die Frage der Lehrerinnen und Lehrer. Ich will jetzt nicht auf diese Berechnungsformeln eingehen, Frau Jamnig-Stellmach, leider ist das in den meisten anderen Bundesländern nicht besser als in Bremen berechnet, wenn man sich da einmal umschaut. Das ist aber auch nicht das Kernproblem. Das Kernproblem ist einfach: Wie sieht es demnächst aus mit fachlich ausgebildeten Sonderschullehrern? Wir haben im Moment, wenn Sie die Antwort auf die Anfrage lesen, schon Unterrichtsstunden in Höhe von 25 Stellen nicht durch sonderpädagogisch qualifizierte Lehrer ausgewiesen.

Bei der letzten Einstellungsrunde im Sommer dieses Jahres konnten drei Stellen nicht besetzt werden. Jetzt im Februar sind es, glaube ich, zehn Stellen. Die werden vielleicht gerade noch ganz knapp besetzt, fast ausschließlich mit auswärtigen Bewerbern, weil in Bremen nicht ausreichend qualifizierte und zu qualifizierende Lehrerinnen und

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Lehrer überhaupt auf dem Markt sind und ausgebildet werden.

Wenn wir weiter sehen, wie die Ausbildungsquoten am Landesinstitut für Schulpraxis sind, dann sehen wir, dass in den nächsten Jahren bei den zu erwartenden Abgängen ein richtiger Mangel in weiten Bereichen der Sonderschulpädagogik auftreten wird und wir die fachlich qualifizierten Lehrer nicht bekommen, gleichzeitig aber nichts unternommen wird, um andere Kräfte rechtzeitig zu gewinnen. Ich denke dabei an die Gruppe der gut qualifizierten Diplom-Behindertenauch pädagogen, die durch Zusatzausbildungen, wie ich hoffe, für die Schule gewonnen werden und gerade der hier betroffenen Gruppe sehr viel helfen könnte.

Der dritte Punkt, das geht jetzt an alle, meine Damen und Herren! An Frau Jamnig-Stellmach, leider auch an Frau Jansen, der ich sonst für ihre ausgezeichnete und hoch engagierte Rede, weil ich finde, Sie haben & auf den Punkt gebracht, ganz herzlich gratulieren möchte! Eines geht hier nicht, das hat gestern schon angefangen bei einer Debatte über Hochschulen. Das war die Kollegin Berk. Ich zitiere sie, obwohl sie nicht da ist, weil wir sie ja alle kennen. Sie hat gestern hier gesagt

(Abg. Kleen [SPD]: Sie kann bei der Stadtbürgerschaft nicht hier sein!)

Doch, wenn wir sie noch dort oben ins Präsidium wählen!

(Abg. Kleen [SPD]: Aber da sitzen schon so viele Bremerhavener! - Heiterkeit)

Die Kollegin Berk hat gestern hier gesagt: "Leider hat dieses hohe Haus uns die Mittel nicht bewilligt." Eben klang das wieder so an: Dafür brauchen wir Geld! Wir haben in diesem Hause alle gemeinsam im Dezember über den Haushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen abgestimmt. Die Koalitionsfraktionen haben so abgestimmt, wie sie abgestimmt haben, und den Anträgen vom Bündnis 90/Die Grünen, sowohl zur verstärkten sonderpädagogischen Förderung als auch zur besseren Ausstattung der Grundschule mit Lehr- und anderem Personal, zur besseren Qualifizierung von Lehrerinnen und Lehrern genau auf diesem Gebiet nicht zugestimmt. Das muss man hier, glaube ich, doch noch einmal deutlich sagen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da gibt es auch keine Propagandageschichten, Frau Jamnig-Stellmach. Was Sie mit der Grundschule vorgeschlagen haben, das will ich dann doch hier noch sagen, das ärgert mich ganz besonders! Dann sagen Sie einmal, zu wessen Lasten das gegangen wäre! Wir haben hier über die OECD-Studie und über Pisa diskutiert und festgestellt, dass die deutschen Grundschulen materiell am untersten Ende der Weltskala liegen und die deutschen Sekundarstufe-II-Schulen ganz weit oben sind. Trauen Sie sich da heran, und schichten Sie da um! Dann könnten wir auch vernünftig finanzieren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Gute Rede!)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es fällt mir relativ schwer, hier jetzt für den Senat in die Debatte einzugreifen und zu versuchen, ein Fazit zu ziehen. Warum ist das so? Die Arbeit, die wir in diesem Behindertenbereich in Bremen machen, ist für Deutschland vorbildlich. Es gibt kein anderes Bundesland, das sich mit dieser Intensität um die behinderten und förderungsbedürftigen Kinder kümmert.

Wenn ich die Debatte hier erlebt habe, habe ich das Gefühl, ich stehe vor einem Trümmerfeld. Dies ist nicht so! Auch die Ausgaben, Herr Mützelburg, das war Ihre letzte Bemerkung, die wir aufwenden, die Kosten, die wir hier geltend machen, sind sicherlich nicht nur national, sondern international absolut an der Spitze! Deshalb muss ich sagen: Wir jammern, aber wir jammern auf einem unglaublich hohen Niveau. Das muss ich einmal zur Versachlichung sagen. Wenn ich an die Schulen gehe, ich sage einmal die Schule Louis-Seegelken-Straße, wenn ich da sehe, wie die Kinder mit Liebe und Zärtlichkeit jeden Tag wieder aufs Neue aufgenommen und betreut werden, dann ziehe ich den Hut und danke den Betreuern, Lehrerinnen und Lehrern, den Kräften, die sich um die Kinder kümmern!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wenn die eine solche Debatte hören würden, würden sie doch gar nicht verstehen, wie hier diskutiert wird.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch, doch!)

Nein, ich glaube das nicht! Es ist nicht alles nur eine Frage des Geldes, sondern wenn Sie das Engagement der dort beschäftigten Kräfte sehen, dann sehen Sie, dass es auch noch andere Dinge gibt außer Klassenfrequenzen senken, mehr Geld und mehr Stellen hineingeben. Wenn ich jetzt höre, dass die persönliche Assistenz entsprechend qualifiziert sein soll! Lieber Dieter Mützelburg, in vielen Punkten stimme ich Ihnen zu. In der Frage der Weiterqualifizierung von persönlicher Assistenz kann ich Ihnen nicht zustimmen, denn ich soll ja schließlich den gesamten Bereich, der mir übertragen worden ist, finanzieren. Da gibt es einen klaren Schwerpunkt. Wir geben für kein Kind mehr Geld aus als für die behinderten Kinder. Das ist auch absolut verständlich, nachvollziehbar, und da sind wir bundesweit Spitze. Wir müssen das aber auch einmal zur Kenntnis nehmen.

Wenn wir umschichten wollen, müssen wir den Senator auch entsprechend ausstatten, damit er nicht in diese Schwierigkeit kommt, hier abgewatscht zu werden für eine Situation, an der er überhaupt keine Schuld hat! Sie sagen, ganz trocken werden hier 13 Fragen mit 39 Unterfragen sehr sachlich und soweit wir das konnten beantwortet.

(Zuruf des Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen])

Ja, aber das darf man uns doch jetzt nicht vorwerfen! Wir haben Fragen bekommen mit sehr vielen ganz konkreten Dingen: wer, wie viel, wann, in welchem Zeitraum? Das ist von unserem Ressort in einer, zugegeben, Fleißarbeit abgearbeitet worden. Natürlich ist aber für mich als Senator das Allerwichtigste, dass wir den Auftrag des Gesetzes, kein Kind auszugrenzen, alle Kinder zu integrieren, egal ob sie den Tag zuhören können, da sind oder nicht. Sie gehören zu uns, zur Gruppe, und sollen integrativ, soweit das überhaupt geht, beschult werden. Da sind wir in Bremen, und ich gehe keinen Deut davon ab, bundesweit vorbildlich.

Wir müssen weiter daran arbeiten und besser werden in der personellen Ausstattung. Wir hatten aber in den letzten zwei Jahren Situationen, da haben wir keine Bewerber gefunden. Wir hatten die Stellen, das Geld und die Ausschreibungen, aber wir haben kein Personal gefunden, weder in Bremerhaven noch in Bremen. In diesem Jahr haben wir es Gott sei Dank etwas besser. Wir haben viel Geld ausgegeben, um im Referendariat zusätzliche Akzente zu setzen. Wir haben den besonderen Bedarf immer wieder hervorgehoben. Wir haben auch dafür geworben, und Gott sei Dank sieht es zum 1. Februar endlich wieder dwas besser aus. Wir haben Land in Sicht.

Meine Damen und Herren, die Ressourcenfrage aber zur alleinigen Frage zu machen kann ich nicht zulassen! Ich bin ja erschrocken gewesen, als ich gesehen habe, als wir die Förderzentrumsarbeit verstärkt in die Schulen übernommen ha-

ben, haben wir mit einem Mal erheblich mehr sonderpädagogische Förderfälle als vorher gehabt, dies aber in einer Art und Weise, die überhaupt nicht nachzuvollziehen ist. Unsere Kinder in Bremen sind keinen Deut verhaltensauffälliger als in anderen Großstädten der Republik. Wenn man sich aber die Zahlen anschaut, welche Förderbedarfe wir in Bremen haben und welche in Dortmund, Hannover oder München vorhanden sind, gibt es eine riesige Diskrepanz. Die kann ich nicht nachvollziehen.

Ich kann sie natürlich nachvollziehen, wenn ich weiß, was es für eine Klassenlehrerin bedeutet, die sagt, ich mache einmal lieber noch drei Kreuze mehr, dann bekomme ich entsprechend mehr Stundenzuweisungen über die Förderzentren. Das ist aber natürlich nicht die Wahrheit. Die Wahrheit ist, und da gehe ich jetzt mehr ins Inhaltliche, dass wir um jedes einzelne Kind, das in integrativer Form in den Grundschulen sitzt, kämpfen müssen, und den Lehrerinnen und Lehrern eben nicht sagen, ihr habt die Möglichkeit, in die Sonderschule auszugrenzen, wir geben die Kinder weg. Wir müssen vielmehr darauf achten, dass die Lehrer sich noch stärker engagieren, genauer Bescheid wissen, was zu Hause los ist und was das Kind wirklich für einen Förderbedarf hat.

(Beifall bei der SPD)

Dann sage ich allerdings, meine Damen und Herren, wir müssen alle Fördermaßnahmen, die wir haben, auch wirklich auf ihre Wirksamkeit überprüfen. Das Besondere an Pisa war doch, dass wir viele Dinge machen, als richtig erkannt haben, sie umsetzen, aber die Wirksamkeit nicht so ist, wie wir sie gemeinsam erhoffen.

(Zuruf des Abg. Rohmeyer [CDU])

Bitte?

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Überprüft Ihre Behörde eigentlich nie, was sie so macht?)

Das scheint in ganz Deutschland so zu sein, denn wir haben noch keine Bremer Ergebnisse bekommen. In ganz Deutschland machen wir offensichtlich diese Fehler, und das ist sehr bedenklich. Ich würde mir sehr genau überlegen, ob ich das zum parteipolitischen Gezänk mache, Herr Rohmeyer! Dies ist nicht geeignet für Parteipolitik!

(Beifall bei der SPD)

Ich arbeite mit meiner Behörde sehr intensiv, und ich fordere Sie zum Dialog auf, dazu beizutragen, zu überlegen: Was machen wir denn falsch? Was machen wir aber nicht nur in Bremen falsch, son-

dern was machen wir insgesamt falsch? Wo müssen wir stärker fördern, gezielter ansetzen und nicht die Mittel dafür frei geben, aber anschließend sehen, dass daraus gar nichts geworden ist? Das ist doch ein klares Signal von Pisa!

Wenn wir da nicht zusammenstehen, dann haben wir hier eigentlich gar nichts in der Politik verloren, meine Damen und Herren! Das sage ich einmal ganz nüchtern. Wir dürfen uns doch nicht jetzt hinlegen und sagen, lasst uns erst einmal abwarten, bis die Ergebnisse von Pisa im Sommer herauskommen, und dann werden wir schon die richtige Antwort finden. Wir sind jetzt aufgefordert, in aller Sachlichkeit und Ruhe zu diskutieren, was wir in Zukunft in diesem Land besser machen müssen für die Schüler!

(Beifall bei der SPD)

Ein letzter Aspekt! Frau Jansen hat in ihrer sehr engagierten Rede zweimal darauf hingewiesen: Lasst uns weggehen von der Freiwilligkeit, lasst uns das mehr anordnen und mit etwas mehr Druck durchsetzen! So habe ich sie jedenfalls verstanden. Ich bin der Auffassung, dass man in so einem hoch sensiblen Bereich, wo man die Eltern, die Kinder und die Lehrerinnen und Lehrer mitnehmen muss, nicht sagen darf, ihr habt das jetzt bis dann und dann unter diesen und jenen Konzepten durchzusetzen! Meine Erfahrung ist, dass wir die Menschen überzeugen müssen, dass es ein Gebot der Moral unserer Gesellschaft ist, dem Schwachen zu helfen, den Behinderten mitzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Da ist für mich das Entscheidende, diese Menschen inhaltlich davon zu überzeugen und durch gute Beispiele dazu zu bewegen, diesen Weg mitzugehen, nicht unter Anordnung und Zwang, sondern sie inhaltlich davon zu überzeugen, dass wir die Kinder, egal aus welchem Haushalt sie kommen - -.

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Ich habe nie von Zwang gesprochen!)

Nein, Sie haben - -.

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Den gesetzlichen Auftrag habe ich erwähnt!)

Ja, ich habe es vielleicht missverstanden. Dann sind wir da ja auch nicht unterschiedlicher Meinung. Ich finde, wir müssen diesen Weg der Überzeugung weitergehen, nur dann haben wir eine Chance, dass die Lehrer das auch akzeptieren und entsprechend inhaltlich durchsetzen.

Wenn Sie mich heute so hart herangenommen haben, nehme ich das als einen weiteren Auftrag, auch hierauf einen Fokus zu setzen. Das kann aber, meine Damen und Herren, auch zur Konsequenz haben, dass ich auch in diesem Jahr in diesem Bereich zu Ihnen komme und sage: Liebe Damen und Herren, mit dem Geld, das Sie mir zur Verfügung gestellt haben, schaffe ich es nicht, ich kann es nicht, ich brauche mehr Geld! Dann müssen wir überlegen, dass wir dort etwas umstrukturieren. Anders, meine Damen und Herren - es tut mir Leid -, kann ich Ihnen nicht zusagen, dass wir hier deutlich besser werden. Wir arbeiten heftig daran. - Danke sehr!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats mit der Drucksachen-Nummer 15/501 S auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kenntnis.

Einführung von Ganztagsangeboten in Bremer Sek-I-Schulzentren

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 6. Dezember 2001 (Drucksache 15/507 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Lemke, ihm beigeordnet Staatsrat Köttgen.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt noch Ganztagsschulen! Nach dieser Debatte eben, die ja eine sehr fachliche, detaillierte und auch engagierte Debatte war, betreten wir jetzt ein für Bremen und eigentlich die ganze Bundesrepublik neues Feld,

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Bayern hat das schon!)

denn Sie wissen, dass die Ganztagsschulen bisher in Deutschland keine Konjunktur gehabt haben.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Schauen Sie einmal nach Bayern!)

Seit den Haushaltsberatungen, in denen die SPD-Fraktion dieses Jahr ihren ausdrücklichen Schwerpunkt im Bildungsbereich erklärt hat, wird das Thema "Ganztagsschulen sofort einführen" auch in Bremen intensiv debattiert. Heute stellen wir nun die inhaltlichen Weichen, nachdem wir im Dezember in der Bildungsdeputation schon vorberaten haben.

Es gibt gewichtige Begründungen für die Einführung von Ganztagsschulen. Sie haben das alle hinlänglich in der Presse verfolgt, so dass ich nicht zu intensiv einsteigen möchte. Natürlich gibt es die Verbindung der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Natürlich ist für dieses gesellschaftlich wirklich vorrangige Projekt wichtig, dass man Jugendliche besser fördern und fordern kann. Hausaufgabenhilfen, Berufsorientierung, ein ganz wichtiger Punkt! Hier können Sie auch noch mit Initiativen der \$PD-Fraktion rechnen, mit Scherheit wieder freundlich unterstützt von der CDU.

Der Bereich Gesundheit! Gesundheitsförderung in Schulen ist ein wesentlicher Punkt. Wir werden dieses Thema im Zusammenhang mit der Einführung von Ganztagsschulangeboten bearbeiten. Wir denken dabei übrigens nicht nur an Mittagessen und Bewegung, sondern es wird ein breiteres Projekt werden.

Natürlich, meine Damen und Herren, bietet auch Pisa alle möglichen und auch sehr gute Argumente für die Einführung von Ganztagsschulen. Wr wissen, dass die Schulen, die besonders gut abgeschnitten haben, zum Beispiel in den skandinavischen Ländern, die Mauer 13 Uhr längst durchbrochen haben. Sie haben sie überhaupt nie gehabt, wenn wir die Geschichte der skandinavischen Schulen ansehen. Wir werden diese geringe Rolle, die Ganztagsschulen bisher in Deutschland und auch in Bremen gespielt haben, deutlich aufwerten und diese deutlich stärker gewichten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, durch Ganztagsangebote wollen wir erklärtermaßen mehr soziale Gerechtigkeit schaffen, aber ganz ausdrücklich möchte ich sagen, dies ist kein Benachteiligtenprojekt. Im Gegenteil, ich bin davon überzeugt, dass dieses Proiekt das Schulproiekt der Zukunft in Deutschland sein wird. Die Tage der Halbtagsschule sind gezählt. Die Auswirkungen der Veränderungen werden für alle bald spürbar und sichtbar, und ich hoffe, auch in den Ergebnissen messbar werden. Höhere Identifikation mit der eigenen Schule, Freude am Wettbewerb, Freude an Leistung, an kulturellen Aktivitäten, an sportlichen Wettbewerben werden sich entwickeln. Kooperationen mit dem Stadtteil und Öffnung dorthin sind ausdrücklich gewünscht. Ich möchte mich ausdrücklich bei den Sportvereinen, bei den Kirchen, bei Kulturinitiativen bedanken, die sich in dem unterrichtsergänzenden Bereich jetzt schon stark einbringen.

(Beifall bei der SPD)

Individuelle Förderung, Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich wiederhole und betone das auch noch einmal in Richtung unseres Koalitionspartners, entscheidet darüber - auch das ist eine Lehre aus Pisa -, ob Kinder und Jugendliche ihre Fähigkeiten und Interessen richtig entwickeln können. Ganztagsschulen helfen, dafür bessere zeitliche und auch konzeptionelle Bedingungen zu schaffen. Ich sage übrigens nicht, dass Ganztagsschulen die einzige Antwort auf Pisa sind. Sie sind eine und keine unwichtige Antwort auf Pisa, aber es sind noch etliche andere Weichenstellungen notwendig, die wir beschließen müssen im Hinblick auf die Sprachförderung von Kindern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, und im Hinblick auf die Qualitätssicherung. Wir werden diese Punkte weiter bearbeiten.

Voraussetzung für die Einführung von Ganztagsschulen, damit man überhaupt als Schule mitmachen kann, ist ein klares pädagogisches Konzept. Wir bekommen zusätzliches kompetentes Personal an die Schulen. Das Wort Personalmix ist ja heute in aller Munde. Dieser Personalmix wird die Schulen auch beleben.

Meine Damen und Herren, wir wissen durch den intensiven Vorlauf, dass jede Schule, die sich beworben hat, ein ganz detailliertes, bedarfsorientiertes und ortsangepasstes Konzept entwickelt und sich um die Teilnahme an diesem innovativen Projekt beworben hat. Ganztägig geöffnete Schulen können sich zu Lernzentren der Stadtteile entwickeln, das werden sie auch, davon bin ich fest überzeugt. Ich glaube, die Schule in fünf Jahren ist mit der Schule von vor fünf Jahren nicht mehr zu vergleichen. Eine Öffnung des Stadtteils ist nicht nur die Folge, sondern sie ist ausdrücklich erwünscht.

Jetzt komme ich zu den Standortempfehlungen, die die Bildungsdeputation bereits im letzten Februar beschlossen hat. Zur Bewerbung wurden Schulzentren der Sekundarstufe I angesprochen. 17 Schulen haben sich in dieser enorm kurzen Zeit gemeldet und mit einem tollen Projekt beworben. Der Einstieg wird jetzt stadtteilbezogen sein. In Bremen-Nord ist das Schulzentrum an der Lehmhorster Straße dabei, im Osten das Schulzentrum an der Koblenzer Straße, auf der anderen Seite des Ostens das an der Bergiusstraße. In der Vahr beteiligt sich das Schulzentrum an der Otto-Braun-Straße und in Bremens Westen, das

hat auch keinen verwundert, das Schulzentrum an der Pestalozzistraße, im Süden das an der Flämischen Straße und dann noch das Schulzentrum Overvieland. Dem Vernehmen nach, das freut mich übrigens besonders, wird sich auch das benachbarte Gymnasium um Teilnahme bewerben.

Damit komme ich zu meinem heutigen Hauptanliegen. Ich gehe hier ja nicht weg, ohne auch noch einen Wunsch zu äußern und einen Appell an Sie zu richten. Wir haben in den Haushaltsberatungen im letzten Jahr als große Koalition auf Wunsch der SPD-Fraktion für den Einstieg in Ganztagsschulen die Weichen gestellt. Das eine ist geschafft, aber unser Beschluss hier und heute kann und darf, ich betone das noch einmal, nur ein Einstieg sein. Wir müssen weitermachen. Es tut mir als überzeugter Verfechterin der Ganztagsschulidee in der Seele weh - ich meine das sehr ernst -, wenn ich heute sagen muss, dass wir nicht alle guten Bewerbungen berücksichtigen konnten,

(Beifall bei der SPD)

denn Ganztagsschulen kosten zusätzliches Geld, das, wie ich ausgeführt habe, natürlich sehr gut angelegt ist, vielleicht besser als manch andere Mark oder manch anderer Cent oder Euro. Deshalb sage ich stellvertretend für alle noch nicht berücksichtigten Schulen, auch die an der die Drebberstraße, auch die Carl-Goerdeler-Schule, die Schule In den Sandwehen und das Schulzentrum an der Butjadinger Straße werden wie die anderen bald die 13-Uhr-Mauer durchbrechen. Die SPD-Fraktion wird bei den anderen Fraktionen darum werben, die Haushalte hierfür noch einmal zu durchforsten. Das Geld ist eine Zukunftsinvestition, es ist gut angelegt. Ich sage Ihnen, es wird sich auch für die Zukunft Bremens gut verzinsen.

(Beifall bei der SPD)

Damit keiner meint, dass wir die Grundschulen vergessen, im Gegenteil, auch in den Grundschulen gehört der Einstieg in Ganztagsschulangebote zum sozialdemokratischen Konzept in Verbindung mit den Vorklassen und dem Vorschulbereich. Wir werden darüber ein anderes Mal diskutieren. Ich möchte - und wer eignet sich besser zum Zitieren als der Bundespräsident, das mache ich im Moment besonders gern, keiner wird es mir verdenken - mit einem Zitat des Bundespräsidenten enden, der gesagt hat: "Bei der Finanzpolitik, meine Damen und Herren, muss Bildungspolitik als integraler Bestandteil in Deutschland und auch gerade in Deutschland immer mitgedacht werden."

Ich danke Ihnen, und vor allem bedanke ich mich bei den anderen beiden Fraktionen, auch beim Bündnis 90/Die Grünen, die signalisiert haben, dass sie dem Antrag auch zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. Rohmeyer (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein, zwei Bemerkungen vorweg, und auch hinterher muss ich noch einige machen. Frau Hövelmann, Sie haben natürlich probiert, das, was Sie Ganztagsschule nennen, hier als sozialdemokratisches Erfolgsprojekt darzustellen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Jetzt kommen Sie nicht mit Bayern!)

Ich darf Sie auf den Freistaat Bayern verweisen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Frau Staatsministerin Hohlmeier hat schon vor längerer Zeit angefangen, das umzusetzen, wovon Sie hier schwärmen. Schauen Sie nach Bayern! Ab September werden Sie ja sowieso häufiger mit Bayern zu tun haben.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Das habt ihr jetzt davon!)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen nur ganz klar sagen: Frau Hövelmann, Sie haben hier etwas sehr dick aufgetragen! Das ist keine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte. Ganztagsangebote an Schulen sind einfach ein Erfordernis der Zeit.

(Glocke)

Vizepräsident Ravens: Herr Rohmeyer, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Hövelmann entgegenzunehmen?

Abg. Rohmeyer (CDU): Nein! Tut mir Leid, Frau Hövelmann! Sie können sich ja noch einmal melden.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Mache ich!)

Meine Damen und Herren, die Koalition legt Ihnen heute zur Beratung und Beschlussfassung einen Antrag vor, mit dem wir die Einführung von Ganztagsangeboten an Schulen der Sekundarstufe I in Bremen zum kommenden Schuljahr beschließen

-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

werden. Frau Hövelmann hat schon richtig ausgeführt, wir haben hierfür in den Haushaltsberatungen im Dezember schon Mittel bereitgestellt, und die Bildungsdeputation hat auch schon, vorbehaltlich des heutigen Parlamentsbeschlusses, entsprechende Standortentscheidungen getroffen, dies alles vor Weihnachten.

Mit der Einführung von Ganztagsangeboten reagiert die Koalition, wie schon bei der Einführung der verlässlichen Grundschule, die wir im November 1999 beschlossen haben, auf veränderte Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft. Wir wollen mit der Einführung von Ganztagsangeboten Familien stärken, aber nicht ersetzen, indem wir Betreuung und Förderung von Kindern ausbauen und ein bedarfsgerechtes Angebot schaffen. Die während der letzten Jahre in vielerlei Hinsicht gewandelten Rahmenbedingungen, insbesondere die Vielfalt der Lebenssituationen von Familien und Alleinerziehenden sowie Wunsch und/oder die Notwendigkeit einer Erwerbstätigkeit beider Elternteile, haben zu erheblichen Veränderungen auch im Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen geführt. Nicht zuletzt für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit spielen die Möglichkeiten der Kinderbetreuung eine ganz wesentliche Rolle. Schule endet mittags, die Berufstätigkeit der Eltern zumeist nicht. Die zu schaffenden Ganztagsangebote sollen gualitativ hochwertig ein additives Unterrichtsangebot darstellen.

Im Rahmen von Ganztagsangeboten soll zum Beispiel das zum schulischen Alltag gehörende Angebot von Arbeitsgemeinschaften verlässlich gemacht werden, Theater und Chor, Orchester und Sport, Leseklubs und Kunst-AG erhöhen nicht nur die Bildung der Schülerinnen und Schüler, sondern vermitteln auch soziale Kompetenzen.

(Beifall bei der CDU)

Wie bei der verlässlichen Grundschule wollen wir Unterricht und Betreuung erkennbar trennen, was aber nicht bedeutet, dass Unterricht und Zusatzangebot nicht aufeinander abgestimmt stattfinden sollen.

Die Freiwilligkeit dieser Angebote hat für uns eine hohe Bedeutung, meine Damen und Herren. An den in der Regel vormittäglichen Pflichtunterricht schließen sich die unterschiedlichen Förder- und Betreuungsangebote an. Dazu soll auch ein Mittagsverpflegungsangebot gehören, Hausaufgabenbetreuung, Förderkurse, sportliche, musische und gestalterische Aktivitäten.

Die Ergebnisse der Pisa-Studie, auf die auch Senator Lemke in etwas aufbrausender Form beim vorherigen Punkt schon eingegangen ist, aber auch Frau Hövelmann hat es sich ja nicht nehmen lassen, Pisa anzusprechen,

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das ist doch das Thema!)

daher komme ich jetzt auch zu Pisa, zeigen uns einen Weg, den Ganztagsangebote an Schulen gehen können. Sie haben die Aufgabe, Schülern das Lernen zu lehren, und zwar dort, wo es der herkömmliche Halbtagsunterricht nicht immer leisten kann, meine Damen und Herren. Kinder und Jugendliche dürfen zum Beispiel das Lesen nicht als schulisches Übel begreifen und sollten im Rahmen von Ganztagsangeboten für die Kulturfähigkeit lesen und für den Gebrauch der Sprache begeistert werden.

Aus den Reihen der SPD war nach Bekanntgabe der Pisa-Ergebnisse schnell, zu schnell vielleicht, die Forderung nach mehr Ganztagsbetreuung zu hören. Frau Bundesministerin Bulmahn hat zum Beispiel 20 Minuten, nachdem die Pisa-Ergebnisse vorgestellt worden waren, als einzige Konsequenz gesagt: Jetzt erst einmal mehr Ganztagsangebote! Frau Hövelmann hat das hier etwas relativiert. Sie lernen mit der Zeit.

Diese Forderung sollte den Anschein erwecken, dass mit Ganztagsangeboten bessere Pisa-Ergebnisse erzielt worden wären. Meine Damen und Herren, dies ist aber ein Trugschluss. Die Qualität des Unterrichts ist ein entscheidender Faktor, egal ob in einer Halbtags- oder einer Ganztagsschule. Nicht von der Dauer des Unterrichts hängen Lernerfolge ab, sondern von der Qualität. Auch in der herkömmlichen Halbtagsschule können große Lern- und Lehrerfolge erzielt werden, genauso wie in Schulen mit Ganztagsangeboten schlechte Leistungen erbracht werden können.

Mit sieben Schulen starten wir ab dem kommenden Schuljahr. Dies soll ein Anfang sein. Für die CDU-Fraktion lege ich aber Wert darauf, dass bei einer Ausweitung und Weiterentwicklung der Ganztagsangebote künftig auch andere Schularten und Schulstufen als die jetzt ausgewählten Schulzentren berücksichtigt werden. Es ist kein Geheimnis, dass in Bremen - und gleich werden Sie wieder etwas lauter werden - in der Vergangenheit insbesondere integrierte Systeme unverhältnismäßig besser ausgestattet worden sind und gegliederte Schulen, insbesondere Gymnasien, deutlich benachteiligt wurden. Bei einer Ausweitung von Ganztagsangeboten werden wir uns dafür einsetzen, und ich freue mich, dass Sie auf jeden Fall in Ansätzen eine Bereitschaft hierzu erkennen ließen, Frau Hövelmann, dass auch

durchgängige Gymnasien in Zukunft Ganztagsangebote machen können.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Ich habe darum geworben! - Vizepräsident Dr. Kuhn übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte zum Schluss meiner Rede noch etwas Wasser in den schönen Wein gießen, den Sie uns hier bereitet haben, Frau Hövelmann. Es hat ja das eine oder andere Hickhack bei der Debatte um Ganztagsangebote gegeben. Es hat den Versuch der SPD gegeben, an der Deputation und am Parlament vorbei etwas zu erreichen. Ich musste feststellen, die Bildungsverwaltung hat auch auf ein leichtes Hüsteln von Ihnen sofort reagiert und gearbeitet, ohne dass der Rest der Parlamentarier oder der Deputation etwas wusste. Herr Senator Lemke hat sich hochnotpeinlich berührt formal entschuldigt.

Meine Damen und Herren, für uns ist auf jeden Fall eines ganz wichtig.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das Ergebnis!)

Das ist abgehakt! Das Ergebnis für uns ist ganz klar. Ganztagsangebote sind ein kleiner Mosaikstein, mit dem wir das Unterrichtsangebot in Bremen bereichern können, unabhängig von Pisa oder nicht. Zur Pisa-Debatte will ich Ihnen nur ganz klar sagen: Pisa markiert das Scheitern sozialdemokratischer Bildungspolitik insgesamt.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: So ein Blödsinn!)

Sie rudern, Sie schwimmen, Ihnen ist der Boden entglitten, und Sie haben mit allen möglichen Punkten probiert, erst einmal davon abzulenken, dass wir in Bremen viel machen müssen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Wir reden bei Pisa von Deutschland!)

Die Pisa-E-Studie, die im Sommer vorgelegt wird, auf die wir schon sehnsüchtig warten, wird uns konkret sagen, was in Bremen zu verbessern ist, Herr Senator Lemke.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Wie lange regieren Sie eigentlich mit?)

Frau Hövelmann, die CDU ist seit 1995 ziemlich erfolgreich in der großen Koalition, und wir haben auch schon in vielen, zugegeben kleinen Schritten

viel in der Bildungspolitik, und zwar immer gegen den Widerstand der SPD, erreichen können. Wir haben aber etwas erreicht!

Ich möchte zum Schluss nur noch enmal ganz klar festhalten, der letzte Punkt, den ich hier ansprechen möchte, ist Ihr Vergleich mit den skandinavischen Ländern, den Sie bei jeder Gelegenheit bringen, Frau Hövelmann! Ganztagsangebote in Skandinavien haben dort einen völlig anderen Hintergrund als hier. In Skandinavien ist das Durchschnittseinkommen der Familien so niedrig, dass dort immer beide Elternteile erwerbstätig sein müssen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Vor allem in Norwegen!)

Die Ganztagsschule in den skandinavischen Ländern hat dort eine gesellschaftspolitische Aufgabe, und die dortigen integrierten Systeme können Sie auch nicht mit Bremen vergleichen. Hören Sie damit auf!

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Wir werden dies bei anderer Gelegenheit noch sehr ausführlich besprechen. Spätestens ab Sommer, wenn die Bremer Ergebnisse vorliegen, Frau Hövelmann, dann möchte ich Sie hier am Rednerpult sehen, und dann möchte ich sehen, wie Sie versuchen zu erklären, dass Bremen im Bundesdurchschnitt am unteren Ende liegt. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Kassandra!)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte im Dezember, es war ja auch noch das letzte Jahr, nach der Debatte, die wir hier über Pisa geführt haben, die Hoffnung, dass irgendwann hier einmal Schluss ist mit dieser unsinnigen Art von wirklich nur noch ideologisch und nicht durch Fakten belegter Auseinandersetzung um Schulstrukturen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Gerade bei diesem wichtigen Thema!)

-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Ich verstehe das schlicht und einfach nicht. Niemand kann nach Pisa in diesem Land einfach Recht haben und sagen, ich habe es schon immer richtig gemacht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das ist zwanghaft!)

Ganztagsschulen sind heute das Thema, oder besser, liebe Frau Kollegin Hövelmann, heißt & Ganztagsangebote, so steht es auch in Ihrem Antrag. Ich glaube, wir sollten uns bemühen, hier nicht Etikettenschwindel zu betreiben. Ich sage gleich noch ein paar Sätze dazu.

Frau Hövelmann hat es schon angekündigt, Bündnis 90/Die Grünen wird diesem Antrag zustimmen, weil wir sagen, endlich wird in Bremen auch das gemacht, was in anderen Bundesländern schon einige Jahre vorher angeschoben worden ist. Endlich wird das weitergeführt, was in den Jahren 1992, 1993 und 1994 mit Betreuungsschulen hier aufgebaut worden ist, denn das waren und sind ja Ganztagsangebote, und ein Teil dieser Schulen, die damals damit angefangen haben, wird jetzt auch in das neue Ganztagsangebotsprojekt des Senators überführt. Es wäre wichtig, ich will jetzt nicht diese langen soziologischen Reden über Frauenarbeit und über die Chancen der Frauen vertiefen. Leider gibt es auf unserem Arbeitsmarkt im Moment bei der Arbeitslosenlage eine bestimmte Begrenzung, die das Wünschenswerte leider nicht immer zur Realität werden lässt. Dennoch ist es aus sozialpolitischen Gründen durchaus notwendig, Schulangebote in dieser Form zu machen, wie es die Koalition hier jetzt auch vorschlägt.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das ist ein Einstieg!)

Es ist aber nach meiner Meinung nicht nur sozialpolitisch notwendig. Es ist auch eine bildungspolitische Chance. Die bildungspolitische Chance besteht nicht allein darin, dass man jetzt hier eine
neue Form, die verlässliche Grundschule, zu einer
verlässlichen Sekundarstufe-I-Schule ausweitet,
sondern es geht hier tatsächlich darum, das müssen wir auch nach Pisa genauer überlegen, ich
will da heute keine Konzeptvorschläge machen,
sondern sagen, wir müssen überlegen und auch
darauf achten, dass die Angebote, die die Schulen
machen - das wird von Stadtteil zu Stadtteil verschieden sein, weil die Schülerinnen und Schüler
in den Stadtteilen andere soziale Rahmenbedingungen haben, es stimmt ja nicht alles überein -,

nach Pisa nicht einfach nur Betreuungs- und Freizeitangebote sind, sondern ein Mix von Angeboten, der eng in Zusammenhang mit der Aufgabe der Schule steht.

Wir haben eben über behinderte Schüler geredet. Es gibt auch andere Aufgaben, es gibt die der htegration der ausländischen und sonstigen zugewanderten Jugendlichen, es gibt die sozialen Unterschiede in den Schulen. Man kann sie in den Schulen nicht beheben, aber wenigstens einen Teil zum Ausgleich beitragen. Das alles gehört zu dem Set, auf das sich Ganztagsschulen einlassen müssen, und für mich ist der Kern dabei, dass all das, was gemacht wird, einerseits der Identifikation mit der Schule und dem Schulleben dienen kann und andererseits der individuellen Förderung aller Schüler dienen kann, nicht nur einzelner.

Damit kommen wir zu einem Problem. Sie haben konzeptionell bei diesen freiwilligen Angeboten 25 Prozent aller Schülerinnen und Schüler zugrunde gelegt. Ich glaube, wenn das gut gemacht wird, werden es sehr schnell sehr viel mehr sein, die das machen. Dann werden wir auch diese Debatte noch einmal neu aufrollen müssen, denn dann ist die Frage der Ganztagsschule - das ist etwas anderes, als nur freiwillige Angebote zu machen, nämlich die Integration von Unterricht und anderen Angeboten, wie es zum Beispiel in Gesamtschulen der Fall ist oder der Fall sein soll, wenn sie das gut machen, und dafür gibt es in Bremen ja auch Beispiele -, dann ist das eine Richtung, über die wir neu diskutieren müssten. Das ist aber eine pädagogische Diskussion, die uns viel weiter führt als das, was hier heute vorgeschlagen ist.

In dem Zusammenhang, Herr Kollege Rohmeyer, lohnt dann doch noch einmal der Blick ins Ausland, nicht nur nach Skandinavien, aber auch nach Skandinavien. Ich habe schon einmal bedauert, dass ihre Fraktion eine Bildungsdeputationsreise nach Schweden nicht so gern machen wollte. Wahrscheinlich hatten Sie auch ein bisschen Angst davor, und haben sie dann lieber platzen lassen. Wenn wir nach Schweden schauen, sind nicht die anderen sozialen Bedingungen das Entscheidende, die sind in Schweden nicht so anders als in der Bundesrepublik, sondern es ist eine andere Kultur und eine andere Tradition im Umgang mit Schule überhaupt. Die Schule hat dort in den Gemeinden einen ganz anderen Stellenwert für die gesellschaftliche Entwicklung. So weit sind wir noch nicht. Ich würde es mir erträumen. Wir Grünen haben mit dem Konzept der Stadtteilschule Anfang der neunziger Jahre Vorschläge in die Bremer Bildungslandschaft hineingetragen. Da gibt es Möglichkeiten, das auf dem Stand dieses Jahrhunderts weiterzuentwickeln, und da ist der Blick über den Grenzzaun eher nützlich als schädlich, Herr Rohmeyer!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich habe gesagt, wir stimmen diesem Antrag heute zu. Ich werde hier auch nicht auf pädagogische Details weiter eingehen, weil es diesmal so gemacht wird, dass die Schulen den Auftrag haben, das zu entwickeln. Wir können davon lernen, uns damit auseinander setzen, wenn das vorliegt. Bündnis 90/Die Grünen wünschen dem Projekt Erfolg und wünschen insbesondere, dass der Erfolg so groß ist, dass wir gezwungen sein werden, es zügig auf weitere Schulen auszudehnen. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Kind der großen Koalition findet den Beifall der Opposition!

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir sind ja nicht so!)

Ich finde das gut, ich bedanke mich für die Unterstützung zu diesem Projekt. Ich möchte nur einen Punkt aus meiner Sicht hinzufügen, das ist der, der auch schon in der Frage, wie die Qualitiät der Angebote aussieht, angeklungen ist. Da lege ich großen Wert darauf, dass es nicht heißt, Ganztagsangebote gibt es in benachteiligten Stadtteilen, und das ist nur etwas Förderndes, etwas Freizeitmäßiges, wo die nachmittags noch ein bisschen betreut werden sollen, sondern ich stelle mir unter den Ganztagsangeboten, die sich dann in den Schulen entwickeln, inhaltlich wesentlich mehr vor.

Was, wie ich empfunden habe, bei Frau Hövelmann angeklungen ist, sich mit der Schule zu identifizieren, Schulmannschaften zu gründen, die am Nachmittag ihr Training machen können - das muss nicht unbedingt ein ausgebildeter Sportlehrer sein, der diese Schulmannschaft fördert oder betreut -, das kann dazu führen, dass sich die Schülerinnen und Schüler sehr viel mehr mit ihrer Schule identifizieren. Ich denke auch an Begabtenkurse am Nachmittag, die dann allerdings von Lehrerinnen und Lehrern betreut werden müssen, die dann auch lernen müssen, dass sie am Nachmittag den Weg in die Schule finden müssen. Das müssen alle wissen, die sich bereit erklärt haben, das wissen sie, glaube ich auch, dass

sie nicht um 13 Uhr oder 13.30 Uhr Schulschluss haben, sondern für diejenigen bedeutet das logischerweise, dass sie dann auch für spezielle Kurse im Bereich der Begabtenförderung den Weg zur Schule finden müssen,

(Abg. Bürger [CDU]: Das machen die heute schon!)

das Ganze unter dem Motto "Fördern und Fordern". Bitte?

(Abg. Bürger [CDU]: Das machen diese Kinder heute schon!)

Ja, dies aber noch zu verstärken, Herr Bürger! Die Kinder fördern, die das nötig haben, auch am Nachmittag, und wir bieten den Kindern, die es brauchen, zusätzliche Leistungsangebote auch für den Nachmittag an! Dann hat das nicht diesen Freude- und Spaßcharakter des nachmittäglichen Freizeitangebots, sondern ich finde ganz wichtig, dass die Schulen begreifen, dass es auch die Qualität und das Profil einer jeden Schule eindeutig befördert.

Ein allerletztes Wort zu den Ganztagsangeboten: Ich würde mir auch sehr wünschen, dass sich die Schulen auch durch diese Angebote weiter den Stadtteilen öffnen, dass man verschiedene Kooperationen auch mit anderen Institutionen, den Vereinen, den Kirchen oder den Sportvereinen, Seniorenbereichen, eingeht, wenn ich an die Webpunkte, die wir in diesen Stadtteilen eröffnet haben, denke. Wenn uns die Öffnung der Schulen für die Stadteile gelänge, würden wir einen guten Schritt in eine richtige Richtung tun, und ich bin ganz sicher, dass ich auf Ihre Unterstützung bauen kann, wenn wir das in den nächsten Jahren mit Ihrer Unterstützung weiter auch finanziell ausbauen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/507 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Ortsgesetz zur Umstellung der Beitragsordnung für die Kindergärten und Horte der Stadtgemeinde Bremen auf Euro

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2001 (Drucksache 15/514 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Umstellung der Beitragsordnung für die Kindergärten und Horte der Stadtgemeinde Bremen auf Euro beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Vorhaben- und Erschließungsplan 17 (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für den Bau der "Botanika im Park" im Rhododendronpark in Bremen-Horn-Lehe

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2001 (Drucksache 15/518 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Wechsel des Vorhabenträgers für den Bau der "Botanika im Park" im Rhododendronpark in Bremen-Horn-Lehe seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Sicherung der Arbeitsplätze im Instandhaltungswerk Sebaldsbrück der Deutschen Bahn AG

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Januar 2002 (Drucksache 15/520 S)

Wir verbinden hiermit:

Sicherung der Arbeitsplätze im Instandhaltungswerk Sebaldsbrück der Deutschen Bahn AG

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD vom 22. Januar 2002 (Drucksache 15/526 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Hattig, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Färber.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir befassen uns heute mit einem in der Stadt sicherlich nicht allen Leuten bekannten Unternehmen, nämlich dem Technischen Instandhaltungswerk der Deutschen Bahn AG in Sebaldsbrück, Anlass dafür, dass Bündnis 90/Die Grünen hier einen Antrag eingebracht hat, sind die Aktivitäten, die im Werk und um das Werk herum im vergangenen Herbst entstanden sind, als wieder einmal die Meldung die Öffentlichkeit erreichte, dass das Bundesbahnausbesserungswerk, so ist es in der Offentlichkeit über viele Jahre bekannt gewesen in der Stadt, einmal wieder von drastischem Arbeitskräfteabbau, ja vielleicht sogar von der Schließung betroffen sein sollte.

Ich glaube, auch wenn dieses Werk nicht so bekannt ist, es arbeiten dort immerhin 800 Menschen in Sebaldsbrück, und wer das einmal gesehen hat, weiß auch, dass es nicht eine Klitsche, eine Reparaturwerkstatt oder so etwas ist, sondern es ist ein Unternehmen, das sich mit Fahrzeugbau beschäftigt, in diesem Fall mit Dieselund Elektrolokomotiven, und das ist ein hochtechnologisches, technologieintensives Unternehmen, in dem im Wesentlichen Fachkräfte arbeiten. Ich will einmal sagen, neben Daimler-Chrysler und neben dem vielfach seinen Namen wechselnden Flugzeugbauunternehmen am Flughafen ist es das dritte Werk in einem wichtigen Bereich des Fahrzeugbaus in Bremen, das Bremens Ruf als

*) Vom Redner nicht überprüft.

-

Technologiestandort und zukünftiger Technologiestandort aufzubessern helfen kann.

Meine Damen und Herren, wir haben den Antrag vor allen Dingen auch deshalb eingebracht, weil ich glaube, dass es richtig und gut ist, dass dieses Haus die Aktivitäten, die mittlerweile zur Erhaltung der Arbeitsplätze in dem Werk angelaufen sind, auch unterstützen sollte.

(Beifall)

Worum geht es? Meine Damen und Herren, es geht darum, dass dort heute 800 Leute arbeiten und dass die Bahn AG einen drastischen Abbauplan vorgeschlagen hat, bis zu 200 Arbeitskräfte sollten am Ende nur übrig bleiben.

Mittlerweile hat sich die Bahn AG in der Perspektivplanung bis 2006 dafür entschieden, rund 450 Arbeitsplätze in dem Werk zu erhalten. Details sind noch nicht festgelegt. 450 sind immer noch weit weniger als die jetzt 800 Arbeitsplätze, und ich sage - und ich glaube, da spreche ich für alle Bürgerschaftsfraktionen -, diese Stadt kann sich einen Arbeitsplatzverlust eigentlich gar nicht leisten. Diese Menschen, die im Eisenbahninstandhaltungswerk in Sebaldsbrück arbeiten, wollen auch ihre Arbeitsplätze nicht verlieren. Auch das ruft uns hier auf den Plan.

Insbesondere aber ist Anlass dafür, sich damit zu beschäftigen, dass es im Betrieb selbst heftige Aktivitäten zur Erhaltung der Arbeitsplätze gegeben hat, die weit über das hinausgehen, was wir sonst in anderen Bereichen gewohnt sind, Aktivitäten, gegen das Rationalisierungskonzept der Bahn AG. Wir kennen das, die Bahn ist ja, auch wenn sie eine Staatsbahn ist, immer wieder auf Stellen-, Personalstreichungen und Abbau ihrer Leistungen aus, denen ein Ausbau der eigenen Leistungen und Ansätze für neue Arbeitsplätze entgegensteht. Deshalb will ich an dieser Stelle ausdrücklich, das ist in diesem Hause ja nicht gewöhnlich, wir schimpfen hier ja oft über Personal-, Betriebsräte und Gewerkschaften, den Betriebsräten des Instandhaltungswerks und der Gewerkschaft Transnet danken, dass sie sich viele, und ich glaube - ich gehe darauf gleich noch ein -, richtige, zukunftsweisende Gedanken zur Weiterarbeit in ihrem Werk in Sebaldsbrück gemacht haben.

(Beifall)

Was ist der Kern? Dieses Werk arbeitet heute ausschließlich für den Konzern Bahn AG. Das richtet natürlich die Aufgaben nach dem aus, was die Bahn selbst meint, noch künftig brauchen zu können. Die Konzepte, die von der Gewerkschaft

und den Betriebsräten erarbeitet worden sind, laufen aber in eine andere Richtung. Sie sagen, wir können qualifizierte Arbeit leisten, wir können mit unseren Leistungen auf den Markt gehen, und wir können auch an andere unsere Leistungen verkaufen. Wir wollen Fahrzeugreparaturen auch außerhalb der Bahn AG anbieten, Fahrzeuginstandhaltungen, Umbauten, Modernisierungen. Es geht vor allen Dingen um Lokomotiven, auch für die vielen Unternehmen, die es jetzt im Rahmen des liberalisierten Bahnmarktes gibt, des Wettbewerbes, den es ja in Deutschland in bestimmtem Umfang mittlerweile gibt. Privatbahnen im Personenverkehr fahren ja auch hier am Hauptbahnhof mit der Nordwest-Bahn, und im Güterverkehr gibt es viele private Anbieter. Gerade dort, wo sich die Deutsche Bahn AG in der Fläche zurückgezogen hat, könnten wir arbeiten und Loks bereitstellen.

Es ist eigentlich ein Skandal, dass in diesem Werk in Sebaldsbrück fast 40 Lokomotiven der Bahn AG ausrangiert herumstehen, die noch modernisiert, betriebsfähig und -fertig gemacht und anderen angeboten werden könnten. Diese Loks sind einmal mit Steuerzahlermitteln beschafft worden. Die Bahn AG lässt sie lieber verrotten und würde sie am liebsten verschrotten nach heutigem Stand, um sie nicht eventuellen Konkurrenten im Wettbewerb anzubieten und andere Wettbewerber zu beeinträchtigen.

Das ist erstens eine unsinnige Strategie eines Staatsunternehmens im Umgang mit Steuerzahlermitteln, das ist eher der Umgang eines Monopolunternehmens mit seinen eigenen Ressourcen. Zweitens liegt hier eine große Chance, den Beschäftigten in Sebaldsbrück Zukunftsperspektiven zu geben, indem sie eben mit diesem Material und mit anderen Kenntnissen auch für Dritte arbeiten und auf den Markt gehen können.

Dahin, meine Damen und Herren, zielte sowohl unser Antrag wie nun der, und dafür bin ich dem ganzen Haus sehr dankbar, gemeinsame Antrag aller drei Fraktionen, der sich ja inhaltlich im Wesentlichen nicht sehr unterscheidet. Darauf genau zielt dieser Antrag, dass der Senat erstens gebeten wird, alle Aktivitäten zum Erhalt der Arbeitsplätze zu unterstützen - ich weiß, dass da schon einiges im Gange ist, Herr Senator Hattig - und zweitens auch bei der Bahn darauf hinzuwirken, dass sie bereit ist, Aktivitäten über konzerninterne Arbeitsleistungen im Werk Sebaldsbrück zuzulassen.

Drittens bitten wir den Senat, in dem Fall, in dem aus dem Werk heraus Initiativen und Rechtsformen organisiert werden, die es erlauben, auf den Markt zu gehen, also an Dritte Arbeitsleistung zu verkaufen, auch zu prüfen, ob mit den bewährten

und in vielen anderen Dingen angewandten Instrumentarien der Bremer Wirtschaftsförderungspolitik Unterstützung geleistet werden kann. Man wird dann sehen, ob die Konzepte tauglich sind, und man wird nach den üblichen Verfahren beim Wirtschaftssenator prüfen müssen, ob das in Frage kommt.

Das steht in unserem Antrag. Ich nehme an, das werden wir auch gleich beschließen. Ich freue mich, dass es dazu gekommen ist. Ich freue mich insbesondere, dass wir auf diese Weise hier auch der Öffentlichkeit ein deutliches Zeichen geben, dass wir die Beschäftigten im Instandhaltungswerk Sebaldsbrück nicht allein lassen. - Vielen Dank!

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Liess.

Abg. Liess (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich die Freude von Herrn Mützelburg teilen und mich ausdrücklich auch bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Initiative bedanken, die nun zu diesem gemeinsamen Antrag geführt hat und die deutlich macht, welche Bedeutung wir in diesem Parlament dem Instandhaltungswerk zuweisen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Mitte letzten Jahres hatte es, Herr Mützelburg hat schon darauf hingewiesen, dramatische Aussagen gegeben. Es war davon die Rede, dass bundesweit 18 Instandhaltungswerke geschlossen werden sollten. Es sollte in Bremen zu einem Personalabbau auf 200 Arbeitsplätze kommen, nun sind 450 im Gespräch. Wir alle wissen ja durch die leidigen Beratungen, die wir auch in anderen Punkten haben, dass jeder Arbeitsplatz, der in Bremen verloren geht, uns auch Geld kostet. Insofern ist die Situation für uns so nicht zufriedenstellend.

(Beifall bei der SPD)

Daher unterstützen wir den Senat, bitten ihn, seine Bemühungen zum Erhalt der Arbeitsplätze fortzusetzen, und wir wünschen uns eine Verbesserung der Zukunftschancen dieses Werkes.

(Beifall bei der SPD)

Das Instandhaltungswerk mit seinen heute noch 800 Arbeitnehmern ist nicht nur ein wichtiger Ar-

7 THORETON THE THORE THE

beitgeber in unserer Stadt, sein Erhalt, seine Scherung und Stärkung sind auch im Rahmen der verkehrspolitisch auf uns zukommenden Aufgaben notwendig. Wenn nach seriösen Schätzungen davon ausgegangen werden muss, dass wir in den nächsten zwölf Jahren 30 Prozent mehr Pkw-Verkehre haben werden - wie Sie heute ja auch der Presse entnehmen konnten, dass 60 Prozent mehr Güterverkehre tatsächlich nun bewegt werden sollen -, dann kann man sich doch nicht ernsthaft vorstellen, dass dies über das Straßennetz geregelt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Wenn das nicht über das Straßennetz geht, ist die wichtigste Alternative die des Schienennetzes. hsofern ist auch das Instandhaltungswerk ein notwendiger infrastruktureller Bestandteil, um diese Wege nicht zu verstellen.

(Beifall bei der SPD)

Also kann es für uns mittel- und auch langfristig nur darum gehen, dass das Instandhaltungswerk funktionsfähig ist und gestärkt wird.

(Beifall bei der SPD)

Um dies zu sichern, ist gerade der zweite Punkt des Antrags, Herr Mützelburg hat darauf hingewiesen, von elementarer Bedeutung. Es muss gelingen, dass das Instandhaltungswerk sich nicht nur für die Qualität und die Sicherheit der Schienenfahrzeuge der Bahn einsetzt, sondern es müssen auch andere Aufträge erledigt werden können. In gewissem Maße geschieht dies heute auch schon. Es sollten hier aber auch neue Geschäftsfelder erschlossen werden. Wenn es möglich wird, dass dieses Werk alte Bahnen modernisiert und sie veräußert, dann ist ein neues Geschäftsfeld erschlossen, eine Stärkung des Standortes ist erreicht, und ich denke, wir würden dann in eine gute Zukunft gehen.

Allerdings gibt es da noch ein Problem: Selbst wenn bekannt ist, dass die Veräußerung beziehungsweise der Erwerb solcher modernisierter Altmaterialien nur zu Kosten von 40 Prozent gegenüber einer Neuanschaffung führt, insofern ein Markt vorhanden ist, liegt das Problem heute eigentlich beim Konzern selbst. Dieser befürchtet, dass, wenn er dieses Material verkauft, damit Mitbewerber zu starken Konkurrenten gemacht werden. Nun ist aber die politische Entwicklung insgesamt, was den Wettbewerb auch im schienengebundenen Verkehr angeht, anders gelaufen, und auch die Bahn hat sich diesem zu stellen. Es wäre sicherlich für unseren Standort hilfreich, wenn der Senat bei Gesprächen mit dem Bahn-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

vorstand auch darauf hinweisen könnte, dass hier vielleicht kurzfristige betriebswirtschaftliche Erfolge für die Bahn erzielt werden können, aber volkswirtschaftlich uns insgesamt kein Gewinn erwächst.

Um den Prozess der Übernahme der Erledigung von Aufgaben für Dritte und die Ausweitung der Geschäftsfelder zu begleiten, bitten wir in diesem Antrag den Senat, das Mittel der Wirtschaftsförderung, sofern es denn möglich ist, einzusetzen. Ich glaube, wir stellen gemeinsam fest, dass wir hier ein hervorragendes Werk haben, das wir sichern und stärken wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte zum Abschluss allerdings noch eine Anmerkung machen, vielleicht auch ein bisschen selbstkritisch. Ich glaube, es steht uns gut an, dass wir das Bewährte, das wir haben, stärken und durch neue Aufgaben ausbauen. Insofern sollte unser Blick auch bei der Bahn, insbesondere bei ihren Immobilien, nicht darauf gerichtet sein, was wir anderes daraus machen können, sondern ich denke, wir müssen uns darum kümmern, dass es in erster Linie um den Erhalt des Bahnstandortes Bremen insgesamt geht. Deshalb stimmen wir dem Antrag zu!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. Kastendiek (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich möchte mich dem allgemeinen Dank für die Initiative, die die Grünen auf den Weg gebracht haben, anschließen, nicht nur, weil sie dieses wichtige Anliegen, den Standort des Ausbesserungswerkes in Sebaldsbrück zu erhalten, auch öffentlich nachhaltig stärkt, sondern weil sie natürlich auch Gelegenheit gibt, die bisher erfolgreichen Aktivitäten des Wirtschaftsressorts, insbesondere in Person von Senator Hattig, im Zusammenwirken mit dem Betriebsrat hier positiv hervorzuheben. Ich glaube, dass es ein gutes Beispiel ist, wie man hier in Bremen erfolgreich Wirtschafts- und Strukturpolitik über die Bühne bekommen kann.

Es sind ja hier schon viele Fakten genannt worden. 800 Mitarbeiter sind es zurzeit. Die Zielzahl von Mitte letzten Jahres waren 200 Mitarbeiter im Jahr 2005. Die Ergebnisse des runden Tisches,

der in den letzten Wochen und Monaten gelaufen ist, sehen jetzt eine Zielzahl von 450 Mitarbeitern vor und gehen von einem Fremdauftragsanteil von drei Prozent aus, was eigentlich fast gar nichts ist. Wenn man sich die Strukturen in dem Ausbesserungswerk in Sebaldsbrück, die Leistungsfähigkeit und die Motivation der Mitarbeiter ansieht, glaube ich, wenn es dann das grüne Licht gibt, Fremdaufträge in welcher Art auch immer zu akquirieren, dass diese Zielzahl von 450 Mitarbeitern mitnichten das letzte Wort ist, sondern dass es gute Perspektiven gibt, diese Mitarbeiterzielzahl bis zum Jahr 2006 noch deutlich zu erhöhen.

In diesem Sinne glaube ich auch, dass das Wirtschaftsressort und die Politik insgesamt alles defür unternehmen werden, die Basis für diese Fremdakquisition für unterstützende Tätigkeiten zu schaffen, um das Ausbesserungswerk in die Lage zu versetzen, solche Arbeiten annehmen zu können, dass diese Ziele auf eine breite Basis gestellt werden und hier auch nachdrücklich von allen Fraktionen unterstützt werden.

Senator Hattig hat in persönlichen Gesprächen ich habe ihn ja auch zwischenzeitlich ein bisschen kennen gelernt, und weil er sich ja selbst ungern lobt, will ich das an dieser Stelle machen - mit dem Bahnvorstand auch Druck gemacht. Dieser Druck, der da erzeugt worden ist, und das sollte man hier auch deutlich hervorheben, hat dazu geführt, dass es überhaupt zu diesem runden Tisch gekommen ist und dass es auch eine Offenheit von Seiten des Bahnvorstandes zwischenzeitlich gibt, sich auf eine solche Diskussion mit dem Betriebsrat einzulassen. Der Betriebsrat hat ja auch diese Diskussionen und diese Ziele in beeindruckender Art und Weise vorangebracht, so dass das auf offene Türen zwischenzeitlich beim Bahnvorstand gestoßen ist.

Ich glaube, dass an dieser Stelle die Gespräche, die ja wohl offensichtlich noch einige Monate laufen werden - deswegen weiß ich nicht, ob wir hier das Datum April erreichen, wenn es Mai oder Juni wird, ist es, glaube ich, auch nicht so ganz dramatisch -, der Fortgang des runden Tisches hier Mitte dieses Jahres sehr positiv analysiert werden kann, so dass wir dann hoffentlich mit einer noch besseren Perspektive aufgrund der erfolgreichen Arbeit des runden Tisches hier allgemein jubeln können, um es ein bisschen euphorisch darzustellen.

Wie gesagt, Dank an das Ressort, Dank an den Betriebsrat und die Belegschaft, die hier sehr engagiert und tatkräftig Druck gemacht haben, um ihre eigenen Interessen voranzubringen! Ich glaube, das war vorbildlich. Der Hinweis an die Bahn ist hier schon gefallen, dass nämlich leistungsfähige und moderne Strukturen, die im Ausbesse-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

rungswerk vorzufinden sind, nicht zerstört werden dürfen, sondern dass sie im Gegenteil unterstützt werden müssen und dass man diesen Strukturen die Möglichkeit geben muss, am Markt zu bestehen.

Es bleibt nur zu hoffen - das ist eine persönliche Anmerkung -, dass die ruhige Hand in der Bundesregierung, die ja mehr oder weniger eine lahme war und sich zwischenzeitlich zu einer zittrigen entwickelt hat, nicht durch unkontrollierte Aktionen, wie man sie zwischenzeitlich ab und zu in den neuen Bundesländern sehen konnte, diese Aktivitäten nicht zunichte machen kann. Das ist meine einzige Sorge in diesem Zusammenhang. Ich glaube, wenn dieses Problem etwas eingegrenzt wird, dass wir dann, wie gesagt, Mitte des Jahres hoffentlich sehr positiv in die Zukunft blicken können. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Ist das eine Wortmeldung, Herr Senator?

(Senator Hattig: Oh pardon!)

Bitte schön! Wenn Sie sprechen wollen, bitte! Sie haben das Wort, wenn Sie wollen. Herr Senator.

(Senator Hattig: Darf ich jetzt reden?)

Ja, bitte schön!

Senator Hattig*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Hintergrund zum Werk: Das Ausbesserungswerk Bremen ist im Geschäftsfeld der schweren Instandsetzung von Diesellokomotiven der Deutschen Bundesbahn tätig, es hat 800 Mitarbeiter und einen Jahresumsatz von etwa 200 Millionen. In diesem Umfeld für schwere Instandsetzung sind neben Bremen auch die Werke Cottbus, Chemnitz und Stendal tätig. Soweit der Ausgangspunkt!

Der Sachverhalt: Der Vorstand der Deutschen Bahn hat im Juni des letzten Jahres eine Einscheidung zum neuen Werkekonzept gefällt. Diese Entscheidung hat im Einzelnen zum Inhalt, ich fasse es zusammen: Die Bahn passt ihre vorhandenen Instandsetzungskapazitäten für die Eisenbahnfahrzeuge dem tatsächlichen und zu erwartenden Bedarf an. Das heißt konkret: Es reduziert die vorhandenen Kapazitäten, weil neue Fahrzeuge weniger wartungsintensiv sind. Das Unternehmensziel ist die Konzentration der Werke, um Fix-

kosten zu senken, die Produktivität zu steigern und die Wettbewerbsfähigkeit des Gesamtunternehmens zu erhöhen.

Die Entscheidung der Bahn ist zunächst eine Schließung von Chemnitz und der Erhalt von Bremen und Stendal. Es ist insgesamt eine Entscheidung für den Standort Bremen, aber Kostensenkung durch Personalabbau. Ich referiere über die unternehmerische Entscheidung der Bahn. Es ist nach Möglichkeiten der Kapazitätsauslastung außerhalb der Bahn zu suchen, und dabei geht es vor allem um die Marktöffnung für Drittkunden.

Was haben wir bisher getan? Nachdem die Unternehmensentscheidung der Bahn bekannt wurde, hat es einen unmittelbaren Werksbesuch durch Herrn Staatsrat Knigge und mich gegeben, bei dem wir uns vor Ort ein Leistungsbild gemacht haben. Danach hat es Gespräche gemeinsam mit der Senatskanzlei und dem Arbeitsressort mit dem Vorstand der Bahn gegeben. Die Grundlage in diesen Gesprächen war, dass es sich um eine Entscheidung unternehmensorientierter Qualität der Bahn handelt, aber Bremen, um dieses Werk perspektivisch zu erhalten, jede mögliche Hilfe leisten wird.

Auf meine Anregung ist dann eine Arbeitsgruppe auf der Fachebene mit dem Ziel eingerichtet worden, insbesondere bei den Ressorts Wirtschaft sowie Arbeit die vorhandenen regionalen Kompetenzen und Marktkenntnisse in der Aufbauphase der Erschließung des Drittkundengeschäftes im Sinne einer Türöffnerfunktion nutzbar zu machen. Insgesamt: Unternehmerische Entscheidungen, insbesondere Effizienz- und Produktivitätsfragen, sowie die Akquisition von weiteren Aufträgen sind die Aufgabe der Bahn und dieses Werkes. Wir tun aber alles, um dabei behilflich zu sein.

Ich habe auch ein persönliches Gespräch mit Herrn Mehdorn geführt. Wenn Sie mir erlauben, es so zu formulieren, dabei haben wir uns nicht über das Wetter unterhalten, sondern über unternehmerische Perspektiven eines solchen Eisenbahnausbesserungswerkes, die natürlich auch in den Hintergrund eingeordnet sind, wie denn der Gesamtauftrag der Bahn, betriebswirtschaftlicher zu arbeiten, erfüllt werden kann. Durch die Arbeitsgruppe sind aufgrund eines vom Ausbesserungswerk Bremen erstellten Dienstleistungsprofils inzwischen Kontakte des Ausbesserungswerkes zu an seinen Dienstleistungen interessierten regionalen Wirtschaftsunternehmen sowie zu den Vertretungen der regionalen Wirtschaft hergestellt worden.

In diesen Prozess ist die BIG aktiv eingebunden. Die BIG vermittelt Kontakte zu Unternehmen in

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Bremen und im Umland, die als neue Kunden für das Ausbesserungswerk in Betracht kommen können. Mittlerweile sind erste Kontakte zu verschiedenen Unternehmen und Angebote des Ausbesserungswerkes erfolgt. Ferner baut das Ausbesserungswerk Bremen zur bahnexternen Vermarktung seines Leistungsangebotes derzeit einen eigenen, von einem Marketingfachmann geleiteten Vertriebsweg auf.

Ich muss nicht länger ausführen, wie schwierig es ist, ein bisher im Rahmen eines Konzerns eingebundenes Unternehmen zu einer anderen Marktbearbeitung zu führen. Das ist, ich sage es noch einmal, eine unternehmerische Aufgabe, bei der wir aber Hilfestellung leisten können, etwa auch in der Diskussion, ob man solche Werke durch einen Key-Accounter führen kann, was wiederum heißt, dass jede Art von Marktzutritt worher genehmigt werden muss, wie das wettbewerbliche Verhalten der Bahn dabei integriert bleiben kann, damit sich die Werke untereinander keinen Wettbewerb machen, und so könnte ich noch eine Fülle unternehmerisch zu beantwortender Fragen aufführen.

All das habe ich sowohl mit dem zuständigen Vorstand als auch mit Herrn Mehdorn in einer zielführenden Weise diskutiert. Dass ich dabei keinerlei Direktions- und Weisungsrechte habe, muss ich wohl nicht weiter ausführen. Ich kann nur darauf hinwirken, dass der Willensbildungsprozess im Ganzen, und damit für Bremen, freundlich ist. Wenn ich das zusammenfasse: Die unternehmerische Entscheidung ist eine solche der Bahn, Wirtschaftsförderung erfolgt in dem von mir dargestellten Umfang. Finanzielle Hilfe kann, wenn überhaupt, nur bei einem so genannten Outsourcing, also einer rechtlichen Verselbständigung, die aber, soweit ich weiß, nicht beabsichtigt ist, herbeigeführt werden.

Der Senat und das Wirtschaftsressort unterstützen und nutzen die Chancen der Willensbildung. Dass dabei dieser Wirtschaftssenator auch seine unternehmerischen Erfahrungen einbringt, ist selbstverständlich. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Der Ursprungsantrag mit der Drucksachen-Nummer 15/520 S der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen. Da das so ist, lasse ich jetzt über den Antrag mit der Drucksachen-Nummer 15/526 S abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/526 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Transparentes Verfahren für das Grundstück am Bahnhofsvorplatz

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Januar 2002 (Drucksache 15/523 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Hattig, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Färber.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben alle in unseren Fächern eine Einladung der Bausenatorin zum vierten Stadtentwicklungsgespräch gefunden. Der Titel der Veranstaltung, die nächste Woche stattfindet, ist "Stadtgestaltung eine öffentliche Aufgabe".

Meine Damen und Herren, Stadtgestaltung ist in der Tat eine öffentliche Aufgabe und darf nicht zu einem Closedshop degradiert werden. Darum legt Bündnis 90/Die Grünen Ihnen hier heute einen Antrag vor, in dem wir ein transparentes Verfahren für den Bahnhofsvorplatz fordern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Grundstück am Bahnhofsvorplatz ist kein beliebiges Grundstück. Wir wissen alle genau, dass es eine hohe Bedeutung in der Verknüpfung vom Bahnhof zur Innenstadt hat, am Beginn einer attraktiven Entwicklung der gesamten Bahnhofsvorstadt. Wir glauben, dass es eine zweite Lex Siemens-Haus hier an desem Ort nicht geben darf. Daher, davon sind wir fest überzeugt, ist Sorgfalt geboten, sowohl im Verfahren als auch in der Gestaltung des Gebäudes.

Meine Damen und Herren, die Regierung der großen Koalition hat sich im Umgang mit diesem Grundstück nicht gerade mit Ruhm bekleckert, ein Elefant im Porzellanladen, sage ich einmal, ist geradezu eine Elfe dagegen, wenn man berücksichtigt, was hier in den letzten Jahren passiert ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es wurden nicht nur fertige Straßenplanungen gekippt, das Grundstück in seiner Fläche dadurch erheblich dezimiert, Kollege Pflugradt, maßlos überhöhte Grundstückspreise gefordert, um schon ausgegebenes Geld wieder in die Staatskasse zu bekommen, begonnene Verhandlungen mit Investoren mussten ergebnislos abgebrochen werden, Hochhausdebatten wurden geführt, es existierten bereits Zeichnungen mit direkten Zufahrten von der Hochstraße in ein geplantes Hochhaus. Dann gab es diverse Ideen über eine Nutzung, über die wurde in der Stadt diskutiert und sie verschwanden dann wieder im Nichts.

Meine Damen und Herren, dann herrschte plötzlich Ruhe im Karton. Diese lange Zwischenzeit, in der die Fahrradbügel die Hüter des Bahnhofsvorplatzes waren, hätte bei weitem ausgereicht, um über eine neue Nutzung nachzudenken, um Kataster und Vermessung, heute heißt es ja Geolnfomation, endlich dazu zu bewegen, einen realistischen Verkaufswert zu ermitteln und um eine neue Investorenausschreibung vorzubereiten. Nichts ist geschehen. Stattdessen soll nun alles ganz hektisch passieren. Von Dezember auf jetzt soll das Grundstück verkauft werden, weil es einen neuen Interessenten gibt.

Meine Damen und Herren, ich sage an dieser Stelle ausdrücklich, wir Grünen begrüßen es, dass die Firma Tchibo Interesse hat, sich am Bahnhofsvorplatz Büroräume anzumieten.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Aber?)

Dies wäre in der Tat ein Gewinn für die Stadt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Unruhe bei der SPD)

Aber, meine Damen und Herren,

(Zuruf der Abg. Frau Hammerström [SPD])

wir sagen auch ganz klar und deutlich, Frau Hammerström: So, wie es augenblicklich läuft, geht es nicht!

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Doch!)

Es kann nicht sein, dass ein Unternehmen - -.

(Zuruf der Abg. Frau Hammerström [SPD])

Frau Hammerström, wollen Sie jetzt reden, oder lassen Sie mich erst einmal reden? Ich dachte, Sie seien eine höfliche Abgeordnete, dann hören Sie erst einmal zu!

So geht es nicht. Da geht ein Unternehmen zur BIG, die BIG sagt, jawohl, schön, Tchibo, sprechen Sie doch einmal mit der Firma Zech, das ist hier in Bremen sowieso die einzige Firma, die in der Kürze der gebotenen Zeit so ein Gebäude errichten kann. Meine Damen und Herren, ich sage, dies ist kein faires Verfahren und ist Bremens nicht würdig!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir Grünen fordern die Koalition dringend auf, ein transparentes und demokratisches Verfahren einzuhalten. Wir Grünen sind hier auch nicht allein. die Architektenkammer fordert ein solches Verfahren, der Bund deutscher Architekten fordert ein Verfahren auf höchstem Niveau sowohl im Vorgehen als auch in der Durchführung. Wir sind auch in prominenter SPD-Begleitung. Ich darf dazu mit Erlaubnis des Präsidenten Wolfgang Grotheer, Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Bremen-Stadt, zitieren, er sagte im "Bremer Anzeiger": "Das Grundstück ist für die Stadtgemeinde Bremen viel zu wichtig, als dass die Bebauung nach kurzfristigen Gesichtspunkten entschieden werden dürfte. Ein transparentes Ausschreibungsverfahren bietet am ehesten Anlass zu der Hoffnung, dass es dort zu einer vernünftigen Lösung kommt."

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, dies wird von Bündnis 90/Die Grünen geteilt. Für den Ruf Bremens ist es aus unserer Sicht unverzichtbar, dass in Bremen, aber auch außerhalb deutlich wird, dass jede Vergabe in Bremen nach Recht und Gesetz transparent, ohne Ansehen von Personen und ausschließlich auf der Basis parlamentarischer Beschlüsse erfolgt. Ich sage das gerade vor dem Hintergrund der jüngsten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen: Bei öffentlichen Vergaben im Baubereich muss die Stadt ein höchstes Interesse daran haben, dass jeder Anschein unkorrekten Verhaltens vermieden wird, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bremen darf doch nicht in den Ruf kommen, dass es hier in dieser Stadt nur einen einzigen Investor gibt, der an all die städtischen Grundstücke lerankommt. Dies würde der Stadt, dem Standort

Bremen, schaden und nicht nutzen, meine Damen und Herren, und hier hat der Senat Verantwortung gegenüber der Stadt, gegenüber den Bürgern, aber auch gegenüber möglichen Investoren. Das Vertrauen bremischer Investoren, aber auch Investoren von außerhalb darf nicht durch intransparente Verfahren untergraben werden. Darum sind wir dafür, dass es hier dieses transparente Verfahren gibt, dass es eine neue Ausschreibung gibt, dass hier an diesem wichtigen Ort für die Stadt nur die beste Lösung gebaut wird und nicht die zweitbeste.

Die beste gestalterische Lösung erhält man dann, wenn es Alternativen in der Abwägung gibt, nicht, indem man sich von vornherein damit zufrieden gibt, sich nur einen Entwurf präsentieren zu lassen. Sie, meine Damen und Herren von der großen Koalition, haben vor gar nicht langer Zeit hier noch gesagt, Wettbewerbe sind wichtig für städtische Grundstücke in herausragender Lage. Da nehmen Sie sich doch selbst einmal ernst und verlangen hier einen Hochbauwettbewerb! Dann kann sich das, das sehe ich wohl, respektable und anerkannte Büro Bothe, Richter und Teherani aus Hamburg mit seinem Entwurf messen lassen. Wenn es dann der geglückteste Entwurf in einer Reihe von Alternativen ist, soll auch so gebaut werden, aber nicht nur ein Entwurf, das hat dieses Grundstück nicht verdient!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich auch noch einmal kurz darauf eingehen, Sie werden ja wahrscheinlich gleich mit dem Zeitdruck argumentieren! Wer ist denn eigentlich derjenige, der hier diesen Zeitdruck macht? Es ist nicht so, dass die Firma Tchibo diesen Zeitdruck macht, sondern es ist ein ganz anderer Herr, wohlbekannt in dieser Stadt. Er sitzt im Hafen und ist jetziger Vermieter der Tchibo-Räume, und dieser Herr Schopf, um ihn einmal beim Namen zu nennen, ist derjenige, der Tchibo keine Übergangsfrist gönnen will.

Von daher sage ich: Anstatt jetzt hinter verschlossenen Türen wieder nur einem Interessenten die Möglichkeit zu geben, den Zuschlag zu bekommen, nehmen Sie doch Ihre geballte Kompetenz, Ihre Überzeugungskraft und verhandeln mit Herrn Schopf darüber, dass er der Firma Tchibo einen gewissen Übergangszeitraum gestattet! Dann kann man hier ein sauberes, ordentliches, transparentes Verfahren durchführen, dann kann man einen Wettbewerb durchführen, und dann kann man ein adäquates Gebäude für dieses Grundstück gewinnen, ein Unikat für die Stadt, kein Duplikat, dies ist nicht nur im Interesse von Tchibo, dies ist im Interesse der Stadt, dies ist im Interesse von möglichen Investoren, und dies ist im

Interesse einer demokratischen Städtebaukultur. - Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich teile die Aussage von Frau Krusche auf Punkt und Komma, dass Bremen in der Tat froh sein kann, dass Tchibo offensichtlich deutlich signalisiert, sich hier in Bremen mit dem so genannten Non-Food-Bereich ansiedeln zu wollen, also allem, was man in den Tchibo-Geschäften außer Kaffee kaufen kann.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Das ist ja das meiste!)

Das ist das meiste, damit machen sie auch großen Umsatz. Wir, und das muss man an der Stelle noch sagen, waren alle in Sorge, nachdem der von Frau Krusche benannte Herr Schopf seine Firma verkauft hat, dass diese Aktivitäten aus Bremen abgezogen werden. Es ist eine gute Nachricht, dass mit dem Bau des Hochregallagers eine Entscheidung getroffen worden ist und dass man jetzt auch Verwaltungsteile nach Bremen holen will.

(Beifall)

Das sichert Arbeitsplätze, das sichert Wirtschaftskraft, das ist ein ichtiger Erfolg, den wir, glaube ich, hier gemeinsam positiv finden. Ich finde, da hat Frau Krusche auch die richtigen Worte gefunden. Das will ich nur unterstreichen, da sind wir uns sicherlich sehr einig.

Jetzt geht es aber darum, wenn wir da in dem Ziel eine Einigkeit haben, wie man den Weg vernünftig und erfolgversprechend so gestaltet, dass diese mögliche Investition, diese mögliche Ansiedelung einer Firma und Schaffung von Arbeitsplätzen nicht ausgehaucht und nicht verhindert wird und sich auch vernünftig entwickeln kann. Darum geht es jetzt. In der Tat ist es ja so, dass in dem Zusammenhang der Bahnhofsvorplatz wohl ein Bereich ist, den die Firma Tchibo sich als Standort vorstellen kann. Dann müssen wir jetzt die Dinge von der Reihenfolge her richtig sortieren, damit man auch sieht, welche Handlungsmöglichkeiten wir als Stadtgemeinde in dem Zusammenhang haben und wie wir sie einsetzen sollten.

Die Entscheidung liegt meines Erachtens in erster Linie jetzt bei der Firma Tchibo, die verschiedene Standorte rund um den Bahnhof überprüft, was ja auch unter verkehrspolitischen Gesichtspunkten ausgesprochen erfreulich ist, und versucht, dort einen geeigneten Standort zu finden. Die privatwirtschaftliche Entscheidung, die dann von Tchibo getroffen wird, wird sicherlich ein Signal sein, wo eine solche Ansiedelung erfolgen kann.

Ich sage dies deshalb in die Richtung, weil es hier nicht darum geht, dass wir einen öffentlichen Bau anstreben. Es geht auch nicht darum, dass hier öffentliche Mieter gefunden werden müssen, sondern für ein privat zu bauendes Gebäude gibt es private Interessenten, private Mieter. Das ist ja auch etwas, was wir uns bei vielen anderen Immobilien gewünscht hätten, und wenn es in diese Richtung geht, ist das erst einmal ein gutes Signal.

Jetzt kommt in dem Zusammenhang der Bahnhofsvorplatz in den Blick, weil Tchibo offensichtlich auch da ein großes Interesse hat. Wenn es über die bremische Wirtschaftsförderung vermittelt ist, finde ich, hat sie einen guten Dienst getan, dass nämlich versucht wird, es allen Investoren für Immobilien zu ermöglichen, sie mit Tchibo zusammenzubringen.

In dem Zusammenhang muss man zum Bahnhofsvorplatz, finde ich, einige Dinge vor dem Zusammenhang des Antrags der Grünen, den wir als SPD-Fraktion so nicht mittragen möchten und hier im Haus ablehnen werden, noch einmal sagen: Der erste Punkt ist doch, dass wir in der Tat alle überrascht sein können. Wir können doch froh und überrascht sein, dass überhaupt bei diesem ja schon als verbrannt geltenden Grundstück Bahnhofsvorplatz jetzt wieder Bewegung und Interesse hineinkommt.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, das ist ein gutes Zeichen vor allem vor dem Hintergrund, dass wir dort ein Ausschreibungsverfahren gehabt haben. Dieses Ausschreibungsverfahren ist in der Tat nicht sehr erfolgreich verlaufen. Es ist bekanntlich ein ernsthafter Interessent übrig geblieben, der aber dann auch nicht ernsthaft blieb, weil es nie zu einem Vertragsabschluss gekommen ist. Die Spielräume, die es dort gibt, sind über dieses Ausschreibungsverfahren eigentlich so weit ausgelotet worden, dass jetzt niemand mehr daran gedacht hat, dieses Grundstück erfolgversprechend ausschreiben zu können und ausschreiben zu wollen.

Das ist an der Stelle, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt: Wir sind rechtlich - nicht politisch! - bei Grundstücksverkäufen nicht gezwungen, als Stadt Grundstücke auszuschreiben, sondern hier gilt, dass die Stadtgemeinde, und das machen andere Städte ja auch, die Grundstücke so vergeben

kann. Das ist ein Unterschied zur Beschaffung, wo die Vergabe rechtlich vorgeschrieben ist.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn es dem Wert entspricht!)

Wenn es dem Wert entspricht, natürlich! Die Frage des Wertes ist ein entscheidender Punkt, nicht nur rechtlich, sondern für uns ja auch monetär, ich komme nachher darauf, was sozusagen den Gesamtzusammenhang, die Abwägung angeht, die bei so etwas zu treffen ist. Nur, wichtig ist doch, dass wir uns. wenn wir hier eine rechtliche Handlungsmöglichkeit haben, diese nicht einfach politisch verbauen. Wenn die Möglichkeit besteht, hier auch politische Entscheidungen in einem solchen Zusammenhang zu treffen, sollte man sie erst einmal nicht per se verwerfen, wenn man seine Ziele realisieren kann. Das ist der wichtige Punkt, und in dem Zusammenhang will ich meinen Eindruck im Hinblick auf den Bahnhofsvorplatz schildern, dass wir mit dem, was sich jetzt entwickelt, ein besseres Ergebnis hinbekommen, als wir je mit der Ausschreibung hätten erreichen können, ein besseres Ergebnis in jeder Hinsicht!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben einen Rahmen als öffentliche Hand, als Gebietskörperschaft dargeboten. Wir haben hier noch im April 1999, am Ende der letzten Legislaturperiode, einen gültigen Bebauungsplan beschlossen. Dieser Bebauungsplan hat Vorgaben. Das, was ja in Rede steht und auch in der bremischen Presse schon veröffentlicht war, entspricht im Wesentlichen den Vorgaben dieses Bebauungsplans: die Frage eines öffentlichen Durchgangs, die Frage der Bauhöhen. Ich bin heilfroh, dass das Thema einer Hochhausbebauung auf dem Bahnhofsvorplatz, was ich immer für wahnsinnig und falsch gehalten habe, vom Tisch ist. Da liegt ein Angebot für ein Vorhaben vor, das sich in dem Rahmen bewegt. Es muss ein Dispens von 2,40 Metern erteilt werden, das halte ich für durchaus vertretbar. Insgesamt werden die Vorgaben dieses Bebauungsplans eingehalten und damit natürlich auch städtische Vorgaben.

Das Zweite ist in dem Zusammenhang, dass wir damit wirtschaftspolitisch und arbeitsmarktpolitisch einen Effekt haben. Ich habe das genannt, das kommt auch in den Abwägungsprozess hinein.

Der dritte Punkt ist für mich, dass es dort offensichtlich private Nutzerperspektiven mit Tchibo gibt. Dass eine private Nutzung möglich ist, ist doch ein positiver Punkt, den man auch in die Abwägung einbeziehen muss.

Der vierte Punkt ist die Tatsache, dass zumindest einer der uns jetzt vorliegenden architektonischen Vorschläge eine ausgesprochen hohe Qualität hat, und ich habe bisher niemanden gehört, der gesagt hat, dass das nicht einmal etwas anderes wäre.

(Beifall bei der SPD)

Frau Krusche, das ist kein Backstein, das sind Glas und Stahl! Das haben Sie doch immer gefordert. Das finden wir auch gut als einen Blickfänger, den diese Stadt auch an so einem prominenten Platz gebrauchen kann. Das Architekturbüro ist ohnehin ausgesprochen renommiert, und ich frage mich, ob es wirklich auch durch einen Hochbauwettbewerb noch möglich wäre, ein besseres Ergebnis zu erzielen. Das muss man sich in der Tat fragen.

Der letzte Punkt, der in die Abwägung hineingebracht werden muss, ist in der Tat das von Herrn Mützelburg schon eingeworfene Thema des Kaufpreises, völlig klar, die Frage also, was die Stadtgemeinde auf diesem Grundstück marktgerecht erzielen kann. Einen solchen Komplex muss man bewerten. Wir sind hier heute nicht an dem Ort, wo dies bewertet werden kann, weil zu all diesen Punkten überhaupt noch nichts vorliegt.

Wir diskutieren hier nur die Frage, ob wir vor dem Hintergrund einer solchen Perspektive eigentlich politisch auf einem Weg bestehen, den wir rechtlich gar nicht gehen müssen, nämlich jetzt noch einmal eine Ausschreibung anzugehen, die das Ganze verzögern würde. Da kommen die Dinge doch zusammen. Es wird doch keine Lösung sein, dass man mit Herrn Schopf redet und er dann sagt: Ach, liebe Stadt, da können wir dir doch noch einen Gefallen tun, ich stelle jetzt einmal meine Vorhaben zurück und bin da ganz locker und elastisch!

So kann man meines Erachtens keine Wirtschaftspolitik machen, sondern wir müssen versuchen, unter Abwägung aller Punkte dieses vernünftige Ergebnis zu erreichen. Wenn wir jetzt eine Ausschreibung machen, einen solch langen Weg eingehen würden, würden die Zeitperspektiven sich nicht erreichen lassen. Ich finde, wir sollten uns gemeinsam bemühen, diesen Zeitrahmen einzuhalten.

Außerdem ist es doch ausgesprochen erfreulich, dass diese öffentliche Debatte jetzt offensichtlich, so entnehme ich es auch der Presse, dazu geführt hat, dass eine zweite Firma schon geboten hat, und auch für diesen Bahnhofsvorplatz mit Tchibo ins Gespräch geht und versucht, da etwas zu entwickeln, was auch aus meiner Sicht den Krite-

rien Bebauungsplan und so weiter entsprechen muss. Ich finde dies gut, wenn wir schon diskutieren, ob man das Grundstück dort so bebaut und so vergibt, bin ich über vorhandene Alternativen froh. Natürlich sollten wir politisch froh sein, wenn wir Alternativen haben, weil man dann Verhandlungsmöglichkeiten hat, und ich gehe davon aus, dass der Senat natürlich eine Vorlage erarbeitet und einen Abwägungsprozess vornimmt unter Einbeziehung der von mir eben genannten Punkte, woraus man dann sehen kann, welches eigentlich das richtige Angebot ist.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch das, was wir hier an Anforderungen formulieren müssen. Ich darf aber immer vorweg sagen, dass es hier um den Ankermieter Tchibo geht, der, denke ich, auch schon einmal sein Votum wird abgeben können.

Ich fasse zusammen, dass wir als SPD-Fraktion es unter diesen Bedingungen für durchaus vertretbar halten, auf eine Ausschreibung zu verzichten, wenn man zu einem guten Ergebnis gelangen kann. Wir sehen uns dann an, was dort als Ergebnis kommt, und werden vor dem Hintergrund dann den Fall selbst und diesen Ansiedelungsvorgang zu bewerten und zu beurteilen haben.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal sagen, dass wir in der Tat in dieser Stadt ja einen durch die Staatsanwaltschaft angestoßenen Vorgang haben, der sehr sensibel einbezogen werden muss. Da bin ich ganz Ihrer Ansicht! Das muss sehr sensibel einbezogen werden, und ich und meine Fraktion erwarten vom Senat, dass er dies natürlich einbezieht. Nur, wir können hier natürlich auch nicht zu Vorverurteilungen oder Ähnlichem kommen, sondern dieses Thema muss einbezogen werden. Der Senat muss hierzu dann auch eine Bewertung abgeben, was er für verträglich hält. Dann werden wir ja in den entsprechenden Gremien dazu noch Entscheidungen zu treffen haben. Den Antrag an dieser Stelle halten wir für nicht sachgerecht und lehnen ihn daher ab. -Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Krusche hat in der Begründung zu dem Antrag ausgeführt, hier solle keine Closedshop-Geschichte passieren. Es solle nach Recht und Gesetz, transparent - so heißt es auch im Antrag -, ohne Ansehen von Personen und ausschließlich auf der Basis parlamentari-

scher Beschlüsse verfahren werden. Das suggeriert erst einmal, wir würden hier Closedshop σganisieren, aber das Gegenteil ist der Fall. Sie suggerieren, es würde nicht nach Recht und Gesetz verfahren werden, das Gegenteil ist der Fall. Dass nicht nach Recht und Gesetz verfahren werden soll, haben Sie auch nicht näher in Ihrer Begründung ausgeführt, weil Sie es gar nicht ausführen können. Das ist schlicht eine falsche Behauptung. Ich komme gleich darauf. Transparent? Natürlich wird auch dieses Verfahren transparent sein, denn jede Entscheidung, die der Senat vorbereitet, muss im Vermögensausschuss abgesegnet werden. Das ist das bei allen Grundstücksangelegenheiten übliche Verfahren in dieser Stadt, dass der Vermögensausschuss ab bestimmten Wertgrenzen allem seine Zustimmung gibt. Zu den Werten kommen ich gleich noch einmal.

Ich komme aber zu dem Hauptvorwurf, es würde nicht nach Recht und Gesetz entschieden werden. Liebe Frau Krusche, das, was Hamburg, Hannover, Gelsenkirchen, München, Berlin, ich kann alle Städte dieser Republik aufzählen, machen, ist das, was Recht und Gesetz ist. Recht und Gesetz ist, dass beim Verkauf von städtischen Grundstücken diese nicht dem öffentlichen Vergaberecht unterliegen, denn das öffentliche Vergaberecht regelt die staatlichen Beschaffungsmaßnahmen. Ein Verkauf ist eben keine Beschaffung. Das heißt, Rechtsgeschäfte, mit denen der Staat Waren und Leistungen im weitesten Sinne beschafft, also einkauft, unterliegen der Ausschreibung. Das machen auch bereits die Paragraphen 97 Absatz 2 GBB und 99 GBB deutlich, die die Begriffe "beschaffen" und "Beschaffung" verwenden. Ich will das doch auch einmal zitieren, weil das ganz wichtig ist. Das interessiert nicht so sehr die Öfentlichkeit, aber damit wir uns auch einmal verständigen. Sie sagen, Recht und Gesetz sei hier verletzt. Auch die EG-Richtlinie über die Koordinierung der Vergabe öffentlicher Bauaufträge Nummer 71/305/EWG, die EG-Richtlinie Nummer 89/444/EWG und die EG-Richtlinie Nummer 93/38/EWG beziehen sich nur auf staatliche Beschaffungsvorgänge. Ich zitiere das nur, damit Sie auch die Fundstellen einmal haben. Auch wettbewerbsrechtlich ist Bremen nicht zu einer Ausschreibung des Investorengrundstücks verpflichtet. Nach dem bremischen Haushaltsrecht ist es so, dass der Verkauf von Grundstücken in den Paragraphen 63 und 64 LHO geregelt ist.

Weder in diesen gesetzlichen Bestimmungen selbst noch in dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften - Verwaltungsvorschrift zur Haushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen vom 4. Oktober 1976 und vom 22. November 1977 - sind Ausschreibungsverpflichtungen vorgesehen. Ich will das nur noch einmal sagen, dass es EGrechtlich, bundesrechtlich, aber auch haushaltsrechtlich, bremisch, keine Verpflichtungen zur Ausschreibung gibt. Nicht nur von Gewerbegrundstücken! Wir haben ja im Zusammenhang mit dem Grundstück Contrescarpe-Center schon einmal darüber diskutiert. Das müssen Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen, dass Bremen nicht verpflichtet ist, solche Ausschreibungen vorzunehmen! Es kann das tun, wenn es keine Investoren oder Käufer hat, die das Grundstück kaufen. Recht und Gesetz aber sind erst einmal nicht verletzt. Insofern ist Ihre Unterstellung, wir würden hier nicht nach Recht und Gesetz handeln, schlicht eine falsche. Das möchte ich ausdrücklich noch einmal feststellen.

(Beifall bei der CDU)

Das muss auch einmal gesagt werden, das müssen Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen! Sie suggerieren immer, wir, die große Koalition, würden hier nicht nach Recht und Gesetz handeln, wenn wir solch ein Grundstück veräußern würden. Allerdings ist eines klar, wenn wir so veräußern, wie es beabsichtigt ist zu veräußern, dann dürfen wir nicht unter Wert veräußern. Das ist klar! Damit auch der Einwand von Herrn Mützelburg aufgegriffen worden ist! Auch das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Insofern wird jetzt gerade noch einmal der Wert ermittelt, und der Wert muss sich dann auch entsprechend in einem Kaufvertrag wiederfinden, ansonsten würden wir wettbewerbsrechtlich Probleme bekommen. Damit das auch klar ist! Das muss man ganz offen aufzeigen, damit nichts zu verschleiern ist. Es gibt auch nichts zu verschleiern. Das Verfahren ist also in Ordnung.

Das Zweite ist, es ist transparent. Es werden im Vermögensausschuss alle Fakten dargestellt.

Das Dritte ist, ich will noch einmal sagen, wir haben ja schon zweimal Ausschreibungen gehabt, weil wir keine Investoren hatten, die bei diesem interessanten Grundstück gesagt haben, dass das so toll ist. Diese beiden Ausschreibungen haben doch dazu geführt, dass man 1995 zu keinem Ergebnis kam, und 1998, wie war es denn da? Da war es doch so, dass der damalige Investor, der den Kaufpreis bezahlen wollte, den die Stadt verlangt hat, gesagt hat: Erstens, wir wollen, dass dort öffentliche Nutzungen festgeschrieben werden. Das Zweite ist, dass er das, was wir städtebaulich verlangt haben, nämlich diese Passage vom Bahnhof beziehungsweise vom ZOB in Richtung Innenstadt - darüber haben wir auch ausführlich in der Baudeputation diskutiert - nicht wollte. Wer war denn da am kritischsten? Das waren im Übrigen wir. Wir haben bei der Veränderung des Bebauungsplanes große Bauchschmerzen gehabt. Da waren Sie nicht an der Spitze, nur einmal mit Verlaub gesagt! Sie wollten damals, weil Sie städtebauliche Gründe so herausstellen, dem hvestor entgegenkommen, der nämlich genau vorsah, dass diese Passage, die jetzt kommt, damals beseitigt werden sollte.

Jetzt zu dem, was uns vorliegt! Fakt eins ist, Herr Sieling hat sehr ausführlich die Frage des Investors angesprochen. Ich sage einmal, wenn sich Tchibo in Bremen in solch einer exponierten Lage - ich will jetzt nicht auf die ganze Geschichte mit Eduscho und dem Verkauf an Tchibo und so weiter eingehen - engagiert, dann sollten wir froh und glücklich darüber sein, nicht nur weil es Tchibo ist, sondern weil das mit vielen Arbeitsplätzen verbunden ist. Das muss man immer wieder sagen. Es geht hier nicht um Tchibo, sondern es geht um Arbeitsplätze,

(Beifall bei der CDU)

die wir dort sichern und festschreiben wollen. Wenn sich Tchibo, dieses Hamburger Unternehmen, so in Bremen engagiert, an so prominenter Stelle, sollten wir froh und glücklich sein, dass es bestimmte Fakten gibt. Darauf ist Herr Dr. Sieling eingegangen. Darauf will ich nicht näher eingehen.

Das Nächste ist jetzt die Frage der Gestaltung. Was wir bisher an Vorschlägen aufgrund der hvestoren hatten, war ja nicht besonders glücklich. Ich muss sagen, was Bothe, Richter und Teherani uns hier vorgelegt haben, ich will das doch noch einmal hochhalten, finde ich spitzenmäßig! Das muss ich sagen. Ich habe solch eine tolle Architektur an dieser Stelle nicht erwartet. Herr Präsident, können Sie es auch sehen?

(Heiterkeit)

Ich kann Ihnen auch gern dieses ganze Heft zur Verfügung stellen. Ich finde, das ist eine spitzenmäßige Architektur, und selbst der hin und wieder gescholtene Herr Kniemeyer ist hellauf begeistert von dieser Architektur. Das muss man an dieser Stelle auch noch einmal erwähnen. Wenn selbst er keine Bedenken hat, dann muss das schon ganz gut sein.

Wenn ich sehe, was dort auch an Einrichtungen kommt, an Einzelhandel, was zur Belebung der Innenstadt beiträgt, was wir uns alle wünschen und wünschen müssen, was zu vielen Arbeitsplätzen führt, ich wiederhole das immer wieder und ganz penetrant, wenn ich diese städtebauliche Konzeption sehe, was die Fußgängerverbindungen betrifft, und wenn ich bedenke, dass sich das, was hier vorgeschlagen wird, im Großen und Ganzen bis auf wenige Dispense - und Dispense gibt es fast bei jedem Bauvorhaben - innerhalb des von uns beschlossenen Bebauungsplanes befindet, glaube ich, dass wir hier auch einen Vorschlag haben, der sich sehen lassen kann und auch über bremische Grenzen hinaus Beachtung finden wird.

Jetzt sagen Sie: Ja, da gibt es jemanden, der hier als Investor auftritt, bei dem es zurzeit ein staatsanwaltschaftliches Verfahren gibt. Dass man an dieser Stelle aufpassen muss, will ich natürlich bestätigen. Ich will aber auch ganz deutlich sagen, staatsanwaltschaftliche Ermittlungen bedeuten noch keine Verurteilung! Wenn Sie in Ihrem Antrag schreiben, vor den jüngsten Ermittlungen bei öffentlichen Vergaben im Baubereich muss jeder Anschein von unkorrektem Verhalten im Verfahren vermieden werden, unterstellen Sie,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, unterstellen wir nicht!)

wenn Sie das so in einem Antrag hier in die Bürgerschaft einbringen, dass, wenn man so verfährt, wie die Koalition verfahren will, wir uns über diesen Anschein hinwegsetzen. Ich sage ganz deutlich, mit solchen Vorverurteilungen sollten auch gerade Sie als Grüne sehr aufpassen, damit sollte man sehr vorsichtig sein!

(Beifall bei der CDU)

Solange es keine Gerichtsentscheidung gibt, ist auch dieses Unternehmen, sind auch die betroffenen Personen nicht verurteilt, denn die Konsequenz wäre, wenn wir das so weiterdenken, wie Sie das hier hineingeschrieben haben, dass wir in letzter Konsequenz diesem Unternehmen keine Aufträge mehr geben könnten.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das sagen wir nicht!)

Dann müssen Sie es nicht so hineinschreiben, Frau Linnert, denn die Gefahr besteht, wenn Sie das so hineinschreiben! Sie können das vielleicht andeuten, aber nicht in einem Antrag, den Sie beschließen lassen möchten! Sie wollen, dass das ganze Haus das beschließt, was Sie hier hineingeschrieben haben.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, der Vorspann wird nicht beschlossen!)

Dagegen wehre ich mich, und dagegen müssen wir uns auch gemeinsam wehren, weil das nämlich eine Vorverurteilung wäre, wenn wir das hier so beschließen würden.

(Glocke)

Zum Abschuss will ich sagen, wir können glücklich sein, dass sich Tchibo hier an dieser Stelle engagiert, an so prominenter Stelle engagiert. Ich kann sagen, dass das Verfahren ein sauberes ist. Es bewegt sich in dem Rahmen, den andere Städte ständig anwenden. Wir bewegen uns überhaupt nicht außerhalb des Rahmens. Die Lösung, die uns hier vorgeschlagen worden ist, diese städtebauliche Lösung, ist eine hervorragende, die für die bremische Innenstadt ein weiterer Meilenstein sein wird. Insofern kann ich nur sagen, ich finde das, was uns da vorgeschlagen worden ist, hervorragend. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht uns Grünen an dieser Stelle nicht um eine Vorverurteilung, das möchte ich hier ganz deutlich sagen, sondern es geht hier um eine Baukultur in dieser Stadt! Es geht darum, dass bestimmte Verfahren eingehalten werden und nicht auch der Hauch eines Verdachtes besteht, dass in dieser Stadt immer nur dieselben zum Zuge kommen. Dies kann man am besten dadurch erreichen, indem man bei einem Grundstück, das nun so lange in der Debatte ist und wo so viel schief gelaufen ist, was bei einem Grundstück nur schief laufen kann, wenn es einen neuen Interessenten gibt, ein sauberes Verfahren wählt, und so ein Verfahren ist ein neu ausgeschriebenes Investorenverfahren. Dann kann sich der Investor, der jetzt Interesse hat, in einem gemeinsamen Verfahren mit Tchibo und mit anderen Bietern darum bewerben. Das ist unser Ziel.

Ich finde es auch nicht fair, Herr Sieling, den Zweitbieter, den gibt es ja nicht erst seit jetzt, sondern es hat in diesem ganzen vergangenen, abgebrochenen Verfahren immer jemanden gegeben, der auf der Matte stand und gesagt hat, jawohl, wir bieten hier mit! Damals 25 Millionen DM für ein Grundstück zu fordern, das heute wahrscheinlich nicht einmal die Hälfte erbringen wird, war schon damals nicht in Ordnung. Insofern, davon bin ich fest überzeugt, tut die Stadt sich und auch der Öffentlichkeit einen Gefallen, wenn man hier dieses Grundstück noch einmal

sauber ausschreibt und nicht im Vorfeld einem Einzigen überlässt.

Noch ein letztes Wort, Kollege Pflugradt, zur Architektur! Ich gebe zu, im Vergleich zu dem, was wir hier in Bremen haben, ist das ein spektakulärer Entwurf. Das spricht aber nicht unbedingt nur für dieses Architekturbüro, sondern es spricht auch viel dafür, dass hier noch nicht allerorts in besonders hoher Qualität gebaut wird. Gerade aber an einem Gebäude, das doch die Hochstraße hoffentlich bei weitem überleben wird, gerade bei so einem Gebäude muss es möglich sein, dass man Alternativen hat, dass man genau abwägt, ist diese Art der Glasarchitektur, die ja nicht nur in Bremen steht, die in Hamburg schon dreimal steht, für diesen Standort das Richtige. Diese Entscheidung möchte ich gern in einem Wettbewerb treffen. Ich möchte abwägen können!

Ich sage Ihnen auch einmal: Der Entwurf mag ja im Modell sehr schön sein, aber schauen Sie einmal genau hin! Dort ist geplant, Autos in der dritten oder vierten Etage zu parken. Das mag ja vielleicht in den USA gang und gäbe sein, dass die Autos irgendwo in der Luft parken, aber hier bei diesem Entwurf ist es einzig und allein dieser schändlichen Hochstraße geschuldet, weil nämlich die Büros an der Stelle mit Blick auf die Hochstraße unvermietbar sind. Das ist der Grund, und auch das muss man doch hinterfragen!

Wenn man an der Stelle die Stadt und die Bahnhofsvorstadt aufwerten will, dann muss man ein Gebäude haben, das nur aus Vorderfassaden besteht. Das ist eine architektonisch schwierige Aufgabe, und ich möchte mich da nicht nur auf einen Architekten verlassen, sondern ich möchte den Wettstreit der Ideen. Auch das spricht dafür, dass man nicht nur einen Entwurf aus der Schublade holt, sondern hier einen Wettbewerb vorsieht, und dann kann man sich für das Beste entscheiden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dafür sind wir, und dafür bleiben wir, Herr Kollege Pflugradt!

Dass hier nicht nach Recht und Gesetz vorgegangen wird, haben wir nie behauptet. Wir sind dafür, dass es eine neue Ausschreibung gibt, und es gibt viele gute Gründe, dies an diesem Grundstück zu tun, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. Pflugradt (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Krusche, ich habe eben ein wesentliches Argument vergessen: Ich möchte noch einmal auf die Reihenfolge der Entstehungsgeschichte hinweisen und nicht auf die Jahre 1995 und 1998 eingehen, in denen es eine Ausschreibung gab, weil es keine Investoren gab. Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass es von der Reihenfolge her so war, dass Tchibo sein Interesse bekundet hat, an der Stelle etwas zu machen, und daraufhin die zuständige Einrichtung, die BIG, nicht nur an die jetzigen Investoren herangetreten ist, de diesen Vorschlag hier mit dem Architekturbüro vorgelegt haben, sondern parallel dazu, damit Sie das auch wissen, nicht nur an Grosse/Zechbau herangetreten ist, sondern auch die Weser-Wohnbau eingeschaltet hat. Man hat sich nicht nur auf ein Unternehmen "eingeschossen". Ich wollte diese Information noch geben, damit Sie das noch einmal eben wissen.

Im Hinblick darauf, dass Sie sagen, Bremen konzentriere sich hier auf ein Unternehmen: Das ist falsch! Es sind zwei Unternehmen angesprochen und gefragt worden, ob sie das, was dort jetzt mit Tchibo realisiert werden soll, realisieren können. Dies wollte ich nur noch einmal als wesentliche hformation nachliefern. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster erhält das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor des Gedankens Blässe auch mich erreicht, erlauben Sie mir einen Satz zu sagen: Ich freue mich über eine solche Investitionsmöglichkeit!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich will versuchen, es knapp zu begründen. Eines der attraktivsten und hochwertigsten Grundstücke in der Bremer City wird seit Jahren als Abstellplatz für Fahrräder genutzt. Von Visitenkarten einer Stadt habe ich eine andere Vorstellung. Stadt und Politik haben deswegen ein elementares Interesse daran, an dieser exponierten Stelle eine qualitativ hochwertige Nutzung zu ermöglichen. Dabei ist auch dieser Satz notwendig: Rein kommerzielle Interessen privater Investoren sind demnach zweitrangig.

(Beifall bei der SPD)

*) Vom Redner nicht überprüft.

stücksamt hat den Grundstücksverkauf seinerzeit im Auftrag der politischen Gremien bundesweit ausgeschrieben. Der gutachtliche Wert betrug 25 Millionen DM, die Ausschreibung ergab vier Gebote, und lediglich eines davon erreichte den angestrebten Erlös. Der Zuschlag erging zunächst durch den Senator für Finanzen an das Unternehmen Widerker in Stuttgart. Der Kaufvertrag kam aber nicht zustande, da im Laufe des Verfahrens unter anderem vom Bieter immer mehr Zugeständnisse gefordert wurden, die nicht ausschreibungskonform waren.

Zur Historie dieses Grundstücks: Das Grund-

Vom Senator für Finanzen konnte der Zuschlag in zwei weiteren Fällen deswegen nicht erteilt werden, weil keine geforderten Nutzungskonzepte vorlagen. Im weiteren Fall wurden bei einem deutlich niedrigeren Gebot als 25 Millionen DM sehr weitreichende Mietgarantien durch die Stadt gefordert, und ich bin bestrebt, auch das sage ich mit aller Deutlichkeit, öffentliche Mieter in einer solchen Investition möglichst zu vermeiden.

(Beifall bei der SPD)

Nach der Übertragung der Vermarktung von gewerblich zu nutzenden Immobilien vom Grundstücksamt auf die BIG im Jahr 2000 hat die BIG die Ausschreibung als gescheitert aufgehoben. Seitdem besteht keine Nachfrage mehr.

Nun zum gegenwärtigen Stand: Ende des Jahres 2001 kamen Kontakte zwischen Tchibo und der BIG zustande. Im Zusammenhang mit dem Management des Non-Food-Bereichs, darüber haben wir ja in den letzten Tagen erfreulicherweise berichten können, sucht Tchibo in Bremen einen neuen Verwaltungsstandort. Dafür ist der Bahnhof aus der Sicht der Firma Tchibo eine gute Gelegenheit wegen seiner Nähe und dem häufigen Reiseverkehr zwischen Bremen und Hamburg. Die BIG hat das Investorengrundstück auf dem Bahnhofsvorplatz vorgeschlagen, Tchibo prüft auch andere Alternativen.

Der Grundsatz ist, dass Tchibo als Hauptnutzer der Immobilie Tchibohaus auftreten würde, nicht als Investor. Gespräche zwischen Tchibo und einem Bremer Immobilienunternehmen führten zu dem vorliegenden Architektenentwurf von Bothe, Richter und Teherani aus Hamburg, Herr Pflugradt hat Ihnen das gerade gezeigt, und die Augen sind besser als das abstrakte Wort.

Das Problem ist, dass aus internen Gründen eine Entscheidung seitens Tchibo für die Nutzung des Bahnhofsvorplatzes im ersten Quartal 2002 erfolgen muss, da der Büroraum spätestens zum 1. Juni 2003 nutzbar sein muss. Die Dringlichkeit

des Vorgangs liegt also in den Anforderungen des Hauptmieters und nicht in der Willkür eines Senators oder wem auch immer man sonst in Bremen diesen Vorwurf machen könnte. Die Konsequenz für die Politik ist, falls die Entscheidung positiv ausfällt, müssen die erforderlichen Beschlüsse umgehend erfolgen, da der angestrebte Zeitplan sonst nicht zu halten ist. Ich habe gelegentlich der Information an die Presse über den Logistikstandort Tchibo dem zuständigen Vorstand nachdrücklich erklärt, dass ich mich darum sehr bemühen würde.

Das städtische und unser Interesse gilt dabei den rund 300 Arbeitsplätzen in Bremen. Das vorgestellte und mit dem Stadtplanungsamt abgestimmte Architektenmodell stößt, soweit ich das feststellen kann, quer durch alle politischen Parteien auf Zustimmung und berücksichtigt in vielfältiger Hinsicht die städtebaulichen Forderungen an einen solchen Standort. Vorteil der Nutzung: International tätiger Markenartikelhersteller positioniert sich mit einem Aushängeschild in zentraler Lage.

Frau Krusche, wenn Sie mir sagen, ein solches Verfahren sei Bremens nicht würdig, erlaube ich mir einmal, das umzudrehen: Ist es nicht würdig, bei einem solchen Investor mit einem solchen Namen und solchen Perspektiven sich zielgerichtet so zu verhalten, wie ich es vorschlage zu tun?

Unter der Voraussetzung des Hauptnutzers Tchibo wäre die geforderte neuerliche Ausschreibung mit dem erforderlichen Zeitplan nicht möglich. Ich habe auf die Dringlichkeit Tchibos hingewiesen. Eine Ausschreibung würde möglicherweise zusätzliche Bieter generieren, aber Tchibo käme als Hauptnutzer nicht in Betracht. Im Ergebnis würden neue Vorschläge auf dem Tisch liegen, mutmaßlich ohne das von der Stadt geforderte nachhaltige Nutzungskonzept, da haben wir ja mit diesem Grundstück unsere Erfahrungen gemacht.

Rechtlich gesehen ist bei dem geplanten Verkauf, Herr Pflugradt hat das eingehend ausgeführt, einer kommunalen Immobilie eine Ausschreibung nicht vorgesehen. Es sollen die Eigentums- und Gestaltungsinteressen der Kommunen und Länder, nicht die der Makler, Investoren und Projektentwickler geschützt werden. Nahezu alle Länder und deutschen Großkommunen verzichten bei hnenstadtgrundstücken mit besonderer städtebaulicher Bedeutung auf Ausschreibungen. Sie setzen vielmehr im eigenen Interesse auf optimale Nutzungskonzepte.

Schon die letzte Ausschreibung hat gezeigt, dass der angestrebte Verkaufspreis von 25 Millionen DM am Markt nicht oder nur unter der Voraussetzung weit reichender Mietgarantien durch die Stadt erzielbar ist. Eine erneute Ausschreibung würde auch bei einem niedrigeren Grundstückspreis nicht zwangsläufig zu einer optimalen Lösung führen. Herr Pflugradt und Herr Sieling haben auch ausgeführt, dass wir eine neue Bewertung vornehmen. Auch insoweit ist das Verfahren völlig transparent.

Die große Koalition setzt im Sinne der Allgemeinheit auf städtebauliche Konzepte, deswegen hat die BIG zum Beispiel beim Verkauf des Contrescarpe-Grundstücks auch Planungsalternativen gefordert und vertraglich durchgesetzt, was es bisher nicht gegeben hat. In der Innenstadt gibt es äußerst wenig Flächen, die im städtischen Besitz sind. Fast alle wichtigen Flächen wurden bisher von privaten Grundstückseigentümern bebaut. Private schreiben nicht aus, Ausschreibungsvorgaben durch die öffentliche Hand sind in solchen Fällen rechtlich ausgeschlossen.

Wenn ich das zusammenfassen darf: Eine neuerliche Ausschreibung für den Verkauf des Investorengrundstücks Bahnhofsvorplatz würde unter der Voraussetzung einer positiven Entscheidung durch Tchibo eine sinnvolle Nutzung der Fläche zumindest mittelfristig unmöglich machen. Das vorliegende Nutzungskonzept und der Architektenentwurf decken sich in vollem Umfang, iedenfalls weitgehend, mit den Interessen der Stadt für diesen Standort. Die Entscheidung - immer unter der Voraussetzung, dass sie positiv ausfällt -, mit welchem Investor und mit welchem Bauunternehmen ein solches Projekt realisiert wird, liegt beim Hauptmieter, in diesem Fall also bei Tchibo. Die Stadt nimmt nur insoweit Einfluss, als die qualitative Hochwertigkeit des Gebäudes und seiner Nutzung gewährleistet sein muss.

Wenn die öffentliche Hand Geld ausgibt, muss sie auf Chancengleichheit und fairen Wettbewerb achten. Wenn sie umgekehrt ein Innenstadtgrundstück von zentraler Bedeutung verkauft, steht das öffentliche Interesse an optimaler Nutzung im Vordergrund, nicht das private Interesse einzelner Investoren. Die Stadt hat sich an dieser Stelle das Heft des Handelns nicht aus der Hand nehmen zu lassen.

Zusammengefasst: Das Verfahren ist rechtlich korrekt. Dazu bedarf es keiner Andeutung auf ein Ermittlungsverfahren, zu dem sich der Senat schon aus rechtlichen Gründen nicht äußert. Das Verfahren ist auch transparent. Die Forderung, den Verkauf des Grundstücks Bahnhofsvorplatz erneut auszuschreiben, bitte ich abzulehnen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Zur Abgabe einer persönlichen Erklärung nach Paragraph 42 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung erhält das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kollege Pflugradt hat vorhin behauptet, Bündnis 90/Die Grünen wäre in der Debatte über die Änderung des Bebauungsplans zum Bahnhofsvorplatz bereit gewesen, dem Investor entgegenzukommen. Diese Behauptung ist offenkundig falsch, da ich mich seinerzeit als Mitglied des Baudeputation - und nur dort ist das beraten worden! - ausdrücklich gegen eine Änderung des Bebauungsplans, wie von der Senatorin vorgeschlagen, gewendet habe.

Ich erkläre hiermit, dass der Kollege Pflugradt wie schon wiederholt Äußerungen der Grünen bewusst falsch wiedergibt und damit hier öffentlich vor diesem Parlament lügt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Herr Kollege Mützelburg, Sie wissen, dass der Ausdruck "lügen" richt parlamentarisch ist. Ich weise ihn zurück!

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich nehme ihn mit dem Bedauern gegenüber dem Parlament insgesamt zurück und erkläre, er sagt die Unwahrheit!)

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/523 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Ortsgesetz zur Änderung des Hundesteuergesetzes

Bericht über die Entlastung des Bremer Tierheims durch die Novellierung des Hundesteuergesetzes von 1999

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2002 (Drucksache 15/524 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Perschau, ihm beigeordnet Staatsrat Metz.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Emigholz.

Abg. Frau **Emigholz** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu fortgeschrittener Stunde, denke ich, kann man es kurz machen, weil die Schlüssigkeit dieser Regelung auf der Hand liegt. Jeder, der sich annähernd mit Tieren auskennt, auch wenn er kein eigenes zu Hause hat, weiß, dass die dauernde Käfighaltung von Hunden, auch wenn die vorgeschriebenen Zwingermaße eingehalten werden, eine Qual ist und dass sie nicht im Interesse einer tierhaltungsverantwortlichen Gesellschaft sein kann. Deswegen sind wir froh, dass Anreize geschaffen werden, gerade Tierheimtiere von diesem Schicksal zu befreien und sie aus dauerhafter Käfighaltung in private Hände abzugeben. Dort sind sie sicher besser aufgehoben.

Dass der Senator für Finanzen, der ja jede Steuermark zusammenhalten muss, überdies bereit ist, an dieser Regelung aus den vorgenannten Gründen festzuhalten, begrüßen wir ausdrücklich,

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

weil wir das im Sinne eines verantwortungsvollen Tierschutzes als sachgerechte Maßnahme, wenn auch nicht unbedingt steuerdienlich auf den ersten Blick, empfinden. Steuerdienlich auf den zweiten Blick ist sie auf jeden Fall, weil ich ins Gedächtnis rufen darf, dass allein die außerhalb untergebrachten, unter Verwahrungsmaßnahmen belegten 40 Kampfhunde das öffentliche Gemeinwesen sehr viel mehr Geld kosten, als sich jeder verantwortungsbewusste Steuerzahler denken mag. Von daher ist es sicherlich eine sinnvolle Maßnahme.

In diesem Zusammenhang sollte man noch einmal darüber nachdenken, ob man Menschen, die unter schwierigen Bedingungen bereit sind, solche Tiere zu beherbergen, möglicherweise das Zahlen

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

der Hundesteuer ganz erlässt, um wirklich auch die öffentliche Hand zu entlasten. Bisher ist seit Bekanntwerden dieser schwierigen Vorfälle in Zusammenarbeit mit dem Tierschutzverein für diese Tiere mehr als eine Million DM gezahlt worden.

Eine zweite Bitte habe ich, die nicht an den Senator für Finanzen, sondern an den Senator für Inneres geht. Um noch sachgerechter dieses Problems Herr zu werden, wäre es klug, die neue Haltungsverordnung für Hunde bekannter zu machen, damit man weiß, welche Risiken und Verantwortungen man bei der Hundehaltung eingeht. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat der Abgeordnete Hoffhenke.

Abg. Hoffhenke (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Juli 1998 haben hier in der Stadtbürgerschaft die Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der AFB gemeinsam einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt mit dem Ziel, das Bremer Tierheim zu entlasten. Inhalt dieses einstimmig beschlossenen Antrages war, jemandem einen Anreiz zu geben, einen Hund aus dem Tierheim bei sich aufzunehmen und dafür auf Antrag ein Jahr von der Steuer befreit zu werden. Das Ganze wurde befristet für einen Zeitraum vom 1. Januar 1999 bis 31. Dezember 2001, also insgesamt für drei Jahre. Danach sollte dann geprüft werden, ob eine Verlängerung sinnvoll wäre. Seinerzeit waren im Tierheim etwa 70 Hunde untergebracht.

Der Senat hat uns nun am 15. Januar dieses Jahres einen Bericht vorgelegt, wonach diese Regelung insgesamt sich bewährt habe. Er schlägt deshalb vor, dass diese Regelung unbefristet beibehalten wird, das heißt, die Befristung bis zum 31. Dezember 2001 aus dem Steuergesetz herauszunehmen. Da das Bremer Tierheim unter den gegebenen Umständen jährlich zirka 200 Hunde vermittelt, verzichtet der Finanzsenator auf zirka 25.000 Euro jährlich, und zwar zugunsten der abgeschobenen beziehungsweise herrenlosen Hunde. Hier dürfen wir auch ruhig den so oft zu Unrecht gescholtenen Finanzsenator einmal loben

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Leider hat sich in der letzten Zeit die Situation im Bremer Tierheim an der Hemmstraße durch die öffentliche Diskussion über gefährliche Hunde nicht gerade verbessert. Unter den zurzeit zirka 50 Hunden, das schwankt manchmal - wer "Die Welt" gelesen hat, da waren es 45, aber ich habe

heute noch einmal telefoniert, es kamen dann schon gleich wieder fünf dazu -, also zirka 50 Hunden, sind leider auch viele schwer vermittelbare Tiere, die kaum jemand haben will. Auch und gerade deswegen müssen wir weiterhin etwas tun, damit auch sie eines Tages aus diesem Tierheim herauskommen.

Ich darf für die CDU-Fraktion sagen, dass wir den Vorschlag des Senats sehr begrüßen und das Hundesteuergesetz gemäß des Senatsentwurfs ändern wollen. Welleicht sind die 240 DM, jetzt sind es ja 122,64 Euro, Steuereinsparung für den einen oder anderen Hundefreund ein Anreiz, sich einen Hund aus dem Tierheim zu holen, wodurch dann diesem Tier so ein trostloses Leben hinter Gittern erspart bleibt. Da diese Regelung sicherlich insgesamt den Bremer Bürgern nicht so bekannt ist, möchte ich diese Information beziehungsweise diese Debatte auch als einen Appell an die Öffentlichkeit verstanden wissen. - Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung des Hundesteuergesetzes beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von dem Bericht über die Entlastung des Bremer Tierheimes durch die Novellierung des Hundesteuergesetzes von 1999 Kenntnis.

Ortsgesetz zur Änderung der Benutzungs- und Gebührenordnung der Stadtbibliothek Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen (BremStBOG)

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2002 (Drucksache 15/525 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung der Benutzungs- und Gebührenordnung der Stadtbibliothek Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen, beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 38 vom 15. Januar 2002 (Drucksache 15/522 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung.

Ich schließe die Sitzung der Stadtbürgerschaft und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss der Sitzung 18.36 Uhr)